

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis pränumerando: 1 Mark 10 Pf., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplizierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Effert“ „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 29. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Zur Lage im Ruhrbergbau.

Aus dem Ruhrbecken wird uns geschrieben: Unter obiger Ueberschrift erschien am 20. Juli im „Vorwärts“ ein Artikel, der nicht nur Beachtung in inzwischen stattgefundenen Bergarbeiterversammlungen gefunden hat und in der Presse lebhaft kommentiert wurde, sondern der auch den Zechenverband mit einer vom „Vorwärts“ bereits wiedergegebenen Verächtigung auf den Plan rief, die leugnete, daß der Arbeitsnachweis für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau sogenannte „schwarze Listen“ führe und daß Arbeiter dauernd ausgesperrt werden.

Daß wir es gleich sagen: trotz der „Verächtigung“ halten wir an unserer Darstellung, daß im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau „schwarze Listen“ geführt werden, fest! Es ist noch gar nicht lange her, da besuchte der Verfasser dieses Artikels mit einigen deutschen und ausländischen Herren eine Filiale des Arbeitsnachweises für den rheinisch-westfälischen Bergbau. Raumes, was wir sahen und hörten, war interessant. Und daß wir uns auch nach den „schwarzen Listen“ erkundigten, war selbstverständlich. In Maschinenschrift hergestellt und vervielfältigt, wies diese Liste etwa zwanzig Namen auf. Inzwischen dürfte sie umfangreicher geworden sein. Die Träger der in der Liste vorhandenen Namen sind dauernd ausgesperrt. So ist uns auf dem Bureau gesagt worden. Und wir wüßten auch nicht, welchen Zweck sonst die Anlegung dieser besonderen Liste haben könnte. Also ist es mit der „Verächtigung“ nichts. Und auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die gleichfalls wegen der obigen Feststellung voller Mut über uns herfällt, muß mit ihrer künstlich zur Schau getragenen Erregung wohl einpaßten. Machen wir uns die Worte des Zechenorgans zu eigen, so kennzeichnen der Abstreitungsbuch ganz den Charakter dieses literarischen Zechenhüters.

Doch noch einiges andere zu den Auslassungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über den „Vorwärts“-Artikel. Das Blatt erklärt unsere Mitteilungen über die schlechten Löhne, die rigorose Behandlung der Bergarbeiter usw. als Phrasen. Es dürfte dem „Vorwärts“ schwieriger werden — meint das Blatt — derartige Behauptungen zu belegen, als sie leichten Herzens auszusprechen. Wir werden die dreiste Stille des Zechenorgans bewundern können, wenn wir uns die Lohn Tabellen ansehen. Nur ein paar Zahlen hieraus. Es verdienen die eigentlichen (gelernten) Bergarbeiter:

1907	1908	1909
1871 M.	1768 M.	1655 M.

Das ist ein Lohnrückgang seit 1907 von 316 Mark!!! Dieser Lohnrückgang zeigt den Wert der Auslassungen des Zechenorgans. Man kann ihm nachfühlen, weshalb es weitere frampfhafte Anstrengungen macht, den Verdacht der Anstiftung eines Streiks von den Grubenbesitzern abzuwälzen. Die obigen Lohnzahlen und die heutige geradezu unerhörte Behandlung der Bergarbeiter auf den Zechen strafen es süßen. Jamohl, wir behaupten: Nichts wäre den Zechenbesitzern zurzeit lieber, als ein Streik! Sonst würden sie ihre Arbeiter menschlicher behandeln, als es jetzt auf den Gruben geschieht. Wir leben unter den Bergarbeitern und hören, was sie in Versammlungen, wie in privaten Gesprächen sagen; wir lesen ihre Klagen in der Arbeiterpresse. Daher nehmen wir uns das Recht zu schreiben, was ist!

Nun klammert sich das Zechenorgan noch an eine Stelle des „Vorwärts“-Artikels, wo es heißt:

Bisher haben im Ruhrbecken die Führer der Bergarbeiter noch keinen Streik gemacht, dieser kam bis jetzt noch immer wie die Windbraut in der Nacht, von unten herauf! Ist der Druck zu stark, dann gibt es kein Halten mehr, dann schlägt die Flamme der Empörung über alle Bergarbeiter, ohne Unterschied der Partei, der Religion und der Rasse.

Das Zechenorgan sucht nun auf Grund dieser Auslassungen festzustellen, daß die Führer der Bergarbeiter nicht genügend Autorität besitzen, einen Ausstand zu verhindern, und damit natürlich auch nicht, ihn zu beenden. Wenn das der Fall ist, meint das Zechenorgan weiter, werden sich allerdings die Arbeitgeber noch ernstlicher überlegen müssen, ob sie in den Führern die Vertreter der Arbeiter sehen wollen.

Man vergleiche das Zitat mit dem, was das Zechenorgan dazu zu erklären hat. Bisher hat freilich das Organ alles getan, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob die Arbeiterführer die Bergarbeiter in die Streiks hineingehegt hätten. Wir konstatieren lediglich die Tatsache, daß das bisher im Ruhrbecken noch nie der Fall war. Bis zum Ueberlaufen voll mußte das Maß sein, dann erst haben die Ruhrbergarbeiter zum letzten Mittel gegriffen. Die Streikheher waren diejenigen, die die Bergarbeiter bis auf Blut peinigten, ihren Klagen mit Spott und Hohn begegneten, sie keiner Beachtung würdigten. Nicht die Bergarbeiterführer haben die Bergarbeiter im Ruhrbecken bisher in die Streiks gehegt, sondern die vom übermütigsten Herrenmenschen besessenen rheinisch-westfälischen Grubenbarone und ihre immer willfährigen Trabanten! Die Arbeiterführer haben

noch stets alles versucht, um die Streiks, wenn sie ausgebrochen waren, zu einem möglichst guten Ende zu führen. Es braucht nur auf den großen Bergarbeiterstreik von 1905 hingewiesen werden, auf seinen Verlauf und sein Ende, um dem Zechenorgan auch den letzten Einwand zu nehmen, als hätten in schwerer Zeit die Bergarbeiterführer nicht die genügende Autorität gehabt, den Vergleichen zwischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten wählen zu lassen.

Vergleichen wir die Auslassungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ mit Darlegungen der von den Grubenbesitzern gesütterten „Kasparschen Korrespondenz“, dann will es uns scheinen, als drücke die Herrschaft das Schuldbewußtsein für kommende Dinge. Daß die Arbeiterführer nicht vor der Verantwortung zurückschrecken, das beweisen genug Vorkommnisse nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Bergarbeiterbewegung. Kein Verantwortungsgefühl und keine vernünftige Begründung aber haben für ihre Handlungsweise jene Leute, die in unserer heutigen Zeit das Recht des Herrenmenschentums proklamieren.

Nun aber hat der „Vorwärts“-Artikel vom 20. Juli Füße aus dem Bau gelockt, die durch ihre tollen Kapriolen ihre Verlogenheit verraten. Es sind das die christlichen Gewerkschaftsführer und sonstige Zentrumschlaumeier, die durch den „Vorwärts“-Artikel aufgeschreckt, in der Presse wie in Versammlungen Bekenntnisse ablegen, die wichtig genug sind, auch an dieser Stelle erörtert zu werden.

Es ist der Zentrumsgeellschaft unangenehm gewesen, daß wir das Zusammengehen des Gewerkschafts mit den Zechen für die kommenden Wahlen feststellten. Zu widerlegen gibt es hier nichts. Die „Kölnische Volksztg.“ (Nr. 621 vom 25. Juli 1910) spricht es auch aus, daß dem Bergarbeiterverband auch aus politischen Rücksichten bei den Wahlen eine Schlappe beigebracht werden müsse. Der Bergarbeiterverband sei die beste Stütze der sozialdemokratischen Agitation im Ruhrgebiet. Ein Schlag, der ihn treffe, treffe auch die Partei! Und da der Verband infolge seiner Stärke sehr wohl in der Lage ist, den christlichen Gewerkschaften, der politisch für die bürgerlichen Parteien von großem Nutzen ist, eine Schlappe zu bereiten, ist es notwendig, daß die Sozialdemokraten dem Gewerkschaften beistehen! Und dann heißt es am Schluß des Artikels in der „K. V.“: Bisher hat es der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter verstanden, der manchmal alle Dämme durchbrechenden Flut der Sozialdemokratie Widerstand zu leisten!! Er hat deshalb auf die Hilfe aller derjenigen, welche nicht wollen, daß die Bergarbeiter der Sozialdemokratie völlig überantwortet wird, berechtigten Anspruch!!! So das führende Zentrumsorgan am Rhein, das vorher noch um Entschuldigung bittet, wenn der christliche Gewerkschaft früher nicht immer eine solche Haltung eingenommen habe, die den Bundesgenossen des Gewerkschafts für die kommenden Wahlen gefiel! Wahrscheinlich, mehr kann man auf einmal über den christlichen Gewerkschaft nicht offenbaren. Dieser Artikel der „K. V.“ bestätigt genau, was wir im „Vorwärts“ geschrieben haben. Es wird zum Sammeln gegen den Bergarbeiterverband geblasen, damit in entscheidenden Momenten in politischer Beziehung die bürgerlichen Parteien und in wirtschaftlicher Beziehung auch die Zechen auf ihre Rechnung kommen! Darum das Anfeuern im Wahlhause! Aber es kann nicht oft genug betont werden: Werden der Bergarbeiterverband bekämpft, der bekämpft zugleich die wirtschaftlichen Forderungen der Bergarbeiter, der sucht die Bergarbeiter im Kampf um diese wirtschaftlichen Forderungen kampfunfähig zu machen! Es ist nur gut, daß die schwarze Heuschreckengesellschaft sich immer mehr als das entpuppt, was sie ist.

Nun hat sich auch der bekannte Kriegstropfener der christlichen Gewerkschaften, Herr Effert, in öffentlichen Bergarbeiterversammlungen über den „Vorwärts“-artikel ausgesprochen. Er nennt diesen Artikel eine „programmatische Rundgebung“ des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes, was sie nicht ist! Doch das nur nebenbei. Herr Effert erklärte in einer Weisenskirchener Versammlung am vergangenen Sonntag, daß der Bergarbeiterverband nach dem „Vorwärts“-artikel einen Streik einzuleiten gedenkt, wobei der Gewerkschaftsverein in Trümmer gehen solle! Es soll das ein Streik gegen den christlichen Gewerkschaft sein. Wo steht das im „Vorwärts“-Artikel? Auf diese Frage dürfte uns Herr Effert die Antwort doch wohl schuldig bleiben. Wir haben im „Vorwärts“ anschließend an das weiter oben angeführte Zitat geschrieben: „Das gute dabei ist, daß in solchen Zeiten (im eventuellen Streik) alle Kalkulationen christlicher Gewerkschaftsführer über den Haufen geworfen werden. Diese Führer haben sich dann zu bequem, den Haß gegen die übrigen Verbände vorläufig zurückzustellen und die Sympathien für die Zechen nicht zum Ausdruck zu bringen.“ Wo ist hier von Zertrümmerung die Rede? Schaden könnte

die christliche Gewerkschaft nur bei einem Streik haben, wenn sie ihre Zersplitterungstätigkeit fortsetzt und ihrem Haß gegen den Verband freien Lauf ließ. Aber ist der Streik so, daß auch die Gewerkschaftsmitglieder hineingerissen werden, dann würde es auch kein christlicher Agitator wagen dürfen, seinem innerlichen Haß gegen die übrigen Verbände Ausdruck zu verleihen. Er würde von der Rednertribüne geholt werden von den eigenen Gewerkschaftsmitgliedern, die heute in Zahlstellenversammlungen durch Reden und Herbeiführung von Beschlüssen die Verschlimpfungstaktik des christlichen Gewerkschafts verurteilen! Am vergangenen Sonntag erlebten wir, daß selbst zwei Bezirksleiter des christlichen Gewerkschafts zum großen Entsetzen des anwesenden Zentralleitungsmitgliedes Steeger erklärten, daß es unwürdig sei, wenn die Verbände angesichts der traurigen Verhältnisse im Bergbau sich nicht zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen! Weltanschauungsfragen dürfen in wirtschaftlichen Fragen die Bergarbeiter nicht trennen!!! In einer anderen Versammlung erklärte ein bekannter Gewerkschaftsleiter, er würde austreten, wenn sich herausstellte, daß der Gewerkschaft irgendwo mit den Zechen ein Bündnis eingeleitet! Die Zahlstelle des christlichen Gewerkschafts Ludwigstal erklärt, austreten zu wollen, wenn nicht die Gewerkschaftsleitung bald den Frieden mit dem Bergarbeiterverband anbahne! So denken viele Gewerkschaftskreise. Rame es zum Streik, dann würde sich das Zugehörigkeitsgefühl als Klassengenossen genau so behenden, wie 1905 beim großen Bergarbeiterstreik.

Bringe ein kommender Streik — so schieben wir weiter im „Vorwärts“ — nicht die Erfolge, die die Bergarbeiter von ihm erhoffen, dann würde ihnen die Erkenntnis ausgehen, daß mit dem Indifferentismus der Bergarbeitermassen besser ausgeräumt werden müsse als bisher und gleichzeitig auch mit der Zersplitterungstätigkeit christlicher Demagogen. Das heißt doch nichts anderes, als daß in Friedenszeiten die Verbände sich nicht wie Hund und Katze gegenüberstehen dürfen, sondern daß sie in bergmännischen Fragen zusammenhalten und gemeinschaftlich für die weiteren Kämpfe besser rüsten müssen, als es geschehen ist. Das ist im „Vorwärts“-Artikel zum Ausdruck gebracht worden. Wenn die christlichen Führer das als „eine Zertrümmerung des christlichen Gewerkschafts“ betrachten, so zeigt das nur, wie schlecht es mit ihrem Gewissen bestellt ist. Ferner, daß diese Führer ein Zusammenarbeiten der Verbände nicht wollen und wohl auch nicht wollen dürfen. Christliche Gewerkschaftsführer haben ja die Geschäfte zu besorgen, wie sie die „Kölnische Volkszeitung“ in sehr deutlicher Weise offenbart! Es ist nur gut, daß hier ein Widerspruch klappt zwischen dem Wollen der christlich-zentrierten Drahtzieher und den wirtschaftlichen und persönlichen Empfindungen weiterer Kreise der christlichen Arbeiter!

Herr Effert erklärte weiter, daß für den Gewerkschaft kein Anlaß vorgelegen hätte, den Extrabeitrag zu erheben. Wenn der alte Verband mit dem Streik komme (welche Verdrehung!), dann werde der Gewerkschaft schon mit der richtigen Antwort nicht zurückhalten. Diese Ausführungen bestätigen alles, was wir über die Haltung der Gewerkschaftsleitung in der Frage der Extrabeiträge und in der Frage des Arbeitsnachweises geschrieben haben. Effert jammerte, daß im Dortmunder Revier 1905 die christlichen Bergarbeiter dem Terrorismus der Verbände erlegen waren, daß sie durch den Terror zum Streik gezwungen worden seien. Diese Ausführungen Efferts sind ebenso neu, wie sie unwahr sind, aber sie sind zu verstehen, wenn man die gegenwärtige Situation im Ruhrbergbau kennt!

Daß es gerade Herr Effert ist, der so wütend über den „Vorwärts“-Artikel herfällt, das ist das bemerkenswerteste dabei. Derselbe Herr Effert, der mit Posaunen und Trompeten unter fürchterlichen Drohungen Streiks und Generalkreiks angedroht hatte, mo ihm auch nur etwas nicht in den Kram paßte! Nach Effert sollte der Streik um den Arbeitsnachweis noch vor dem kommenden Reichstagswahlkampf geführt werden, da die Bergarbeiter die Zeit schlau ausnützen müßten! Effert ging noch weiter:

„Der Schlag soll so vollständig geführt werden, daß das gesamte Gewerbe, die ganze Industrie lahmgelegt werde! Mit den Arbeiterverbänden der übrigen Länder sollen unter der Hand Verhandlungen angeknüpft werden, damit sie nicht allein mehr finanzielle Unterstützungen gewähren, sondern auch gegebenen Falls die Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland zu verhindern suchen.“

Ein katholisches Organ bekam ob dieser grandiosen Auslassungen Efferts Schreikämpfe. Effert wolle den Weltbrand entfachen, ein wirtschaftliches Chaos herbeiführen, die Anarchie und die Revolution! Das katholische Organ bezichtigte den christlichen Bergarbeiterführer des Landesverrats, da er mit englischem Gold und englischem Weistand den Untergang des Deutschen Reiches und die Vernichtung der deutschen Industrie herbeiführen wolle!

Wir sehen, Herr Effert ist ganz dazu berufen, den rheinisch-westfälischen Grubenherren jetzt die Friedensschalmeien vorzublasen!



# Die Wahlreform als Wahlköder.

Die „Berliner Pol. Nachr.“ schreiben anscheinend offiziell:

„Zu den Erörterungen der Presse über die Wahlreform ist zu bemerken, daß wie dies ja auch nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten bei Einbringung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus nicht zweifelhaft sein konnte, die Staatsregierung die Durchführung der königlichen Willensmeinung in der Thronrede von 1908 nicht mit dem ersten vergeblichen Versuche als erledigt ansieht. Man hat mit unbedingter Sicherheit vielmehr damit zu rechnen, daß der Landtag noch in der laufenden Legislaturperiode abermals mit der Frage der Wahlreform befaßt werden wird. Was aber die Frage anlangt, welche der drei Tagungen dieses Gesetzgebungsabschnittes zur Erledigung der gesetzgeberischen Aufgabe gewählt werden soll, so ist dies eine Frage reiner Zweckmäßigkeit. Daß dabei auch die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage eine beträchtliche Rolle spielen werden, liegt auf der Hand. Man wird auch ohne weiteres anerkennen müssen, daß die Gründe, die in der Presse für die Verschiebung der Erneuerung des Versuches zur Lösung des Wahlrechtsproblems bis nach den Reichstagswahlen angegeben werden, von erheblichem Gewicht sind. Denn für die Wahl des Zeitpunktes, zu welchem der Landtag wiederum mit der Wahlreform zu befaßt ist, kommt es doch wesentlich auch darauf an, daß die Aussichten auf ein positives Ergebnis sich möglichst günstig gestalten. In dieser Beziehung aber ist es sicher von erheblichem Einfluß, wie durch das Ergebnis der nächsten Reichstagswahlen sich die allgemeine politische Lage gestaltet. Man wird daher sicher in der Annahme nicht fehlgehen, daß zurzeit die Gründe für die Verschiebung der Wahlreform auf eine spätere Zeit noch überwiegen.“

Sie wird also abermals beteuert, daß noch in der laufenden Legislaturperiode dem preussischen Landtag von der Regierung eine neue Wahlrechtsvorlage präentiert werden solle. Nur werde sie wahrscheinlich erst nach den Reichstagsneuwahlen den beiden Häusern zugehen. Begründet wird diese Sinausschiebung der Vorlage mit der Rücksichtnahme auf ein positives Ergebnis. Denn von dem Ergebnis der nächsten Reichstagswahlen hänge wesentlich die Gestaltung der politischen Lage ab.

Die Verschiebung der Vorlage hat in der Tat vom Standpunkt der Regierung und der reaktionären Parteien aus manches für sich. Denn käme man vor den Wahlen mit einem neuen Wechselbalg, so würde das die Situation der „Kauterhaltenden“ Parteien nur noch mehr verschlechtern. Außerdem wäre es ja nicht unmöglich, daß dann im Landtag von neuem die schädigen Eifersüchtigkeiten und giftigen Intrigen zwischen blauschwarzem Block und den sogenannten „Mittelparteien“, den Freikonserwativen und Nationalliberalen, ausbrächen, daß sich also gerade die Parteien entzweiten, die Bethmann Hollweg für die Sammelpolitik der Wahlen so gerne vereinigen möchte!

Deshalb will man sich also mit dem Versprechen der Wahlreform begnügen. Ein solches Versprechen ist zwar blutwenig — zumal nach dem Versuch der Einlösung der Thronrede, den wir eben erst schauernd erlebt haben — aber er ist doch immerhin besser als gar nichts.

Denn wenn auch die empörten Volksmassen durch die erneute Verheißung der Wahlreform natürlich nicht zu düpiieren sind, so werden wahrscheinlich um so leichter die Nationalliberalen auf diesen Köder anbeißen. Schon jetzt ist ja der einflussreichste Teil der Nationalliberalen bereit, einem Wahlrechtsblock gegen die Sozialdemokraten beizutreten. Herr v. Bethmann Hollweg braucht der Partei Drehkreise nur noch einige Wahlrechtszusicherungen zu machen, die in der Richtung der Herrenhausbeschlüsse liegen, um sie völlig für seine Sammelpolitik einzufangen!

## Fürst zu Solms-Baruth gegen das öffentliche Interesse.

Seit einigen Jahren liegen die Einwohner der Gemeinde Friedrichshof bei Baruth mit dem Fürsten zu Solms-Baruth in einem Rechtsstreit, welcher einen geradezu klassischen Beitrag zur preussischen Polizei- und Verwaltungsprozedur liefert. Die Tatsachen, welche diesem Streitfall zugrunde liegen, zeugen mit unerkennbarer Deutlichkeit, wie die preussische Verwaltungsmaschinerie im privaten Interesse eines Junkers in Bewegung gesetzt werden kann.

Der Fürst zu Solms-Baruth umgab sein Waldgebiet im Jahre 1908 mit einem Wildzaun. Durch den Wald führen mehrere Landstraßen, welche die umliegenden Ortschaften miteinander verbinden. Hätte der Fürst den Zaun längs der Straßen errichtet, so würde das erheblich höhere Kosten verursacht haben, als wenn er ihn

quer über die öffentlichen Verkehrswege zog. Das ist zwar nicht gefallt, aber wenn man ein durchlässiger Fürst ist, findet man schon die Mittel, um etwas durchzusetzen, was gewöhnlichen Staatsbürgern nicht erlaubt ist. Wenn Fürst Bismarck sogar die Künste der Gesetzgebung in seinem privaten Interesse handhabte, warum sollte Fürst zu Solms nicht die Künste polizeilicher Verfügungen zu seinen Gunsten in Bewegung setzen? Der Fürst beantragte also bei dem stellvertretenden Amtsvorsteher v. Lochow in Peltus, eine Verfügung zu erlassen, wonach dem Fürsten gestattet wird, den Wildzaun quer über die Straßen zu führen und an der Ueberführungsstelle ein Tor anzubringen, welches von den Passanten zu öffnen und zu schließen ist. Der stellvertretende Amtsvorsteher — er ist ja auch ein Junker! — erließ die Verfügung unter Berufung auf seine wegepolizeilichen Befugnisse. Die öffentlichen Verkehrswege wurden also durch die fürstlichen Gittertore gesperrt und der Amtsvorsteher ließ an jedem Tor eine Bekannmachung anbringen, die jeden, der das Tor nach dem Passieren nicht wieder schließt, mit einer Geldstrafe bis 30 M. bedroht.

Die Einwohner von Friedrichshof waren begreiflicherweise sehr ungehalten über das Verkehrshindernis, welches der Fürst mit polizeilicher Erlaubnis auf die dem öffentlichen Verkehr dienenden Wege hingepflanzt hatte. Zunächst beschritten sie gegen die Verfügung des Amtsvorstehers den Beschwerdeweg. Der Landrat, der Regierungspräsident und der Minister wiesen die Beschwerdeführer ab. Die Verfügung des Amtsvorstehers — so hieß es — sei im verkehrspolizeilichen Interesse erlassen und bestünde zu Recht. — Die Sperrung der Wege durch fürstliche Gittertore war also von höchster Stelle sanktioniert.

Die Friedrichshofer sagten sich: Wenn der Fürst schon die Wege sperren darf, dann mag er Wächter anstellen, welche die Tore den Passanten öffnen und schließen. Wir sind nicht des Fürsten Diener und haben keine Veranlassung, seine Tore zu schließen, um so weniger, da das Öffnen und Schließen der Tore für Wagenführer sehr umständlich ist. — Man ließ also hinter sich das Tor offen. Die Landleute, welche so gegen die Verfügung des Amtsvorstehers getrevelt hatten, wurden vom Schöffengericht Baruth — dem Siege des Fürsten! — wirklich zu Strafe verurteilt. Die Strafkammer in Potsdam hat aber diese Urteile — es war schon im Jahre 1908 — aufgehoben und die Angeklagten freigesprochen mit der verständigen Begründung: Die Wegepolizei hat den Interessen des öffentlichen Verkehrs Genüge zu tun. Hier handelt es sich um eine Maßnahme, welche den öffentlichen Verkehr hemmt, die polizeiliche Verfügung ist demnach ungesetzlich und ihre Uebertretung nicht strafbar.

Trotz dieses Gerichtsurteils wurde weder die Verfügung des Amtsvorstehers aufgehoben noch die Gittertore des Fürsten zu Solms-Baruth beseitigt. — Nun verjüchten es die Einwohner von Friedrichshof mit einer Privatklage gegen den Fürsten. Sie beantragten, ihn zur Entfernung der Gittertore zu verurteilen, da die Vermögensinteressen der Grundbesitzer in Friedrichshof durch die Sperrung der Wege Schaden litten. Beim Landgericht Potsdam erstritten die Kläger ein obliegendes Urteil. Der Fürst wandte sich an das Kammergericht, erschien aber nicht zur Verhandlung, ließ sich auch nicht vertreten, denn er stellte sich auf den Standpunkt: In dieser Angelegenheit haben die Gerichte nicht mitzusprechen. — Dieser echt junkerliche Standpunkt machte aber auf das Kammergericht keinen Eindruck. Es fällt gegen den Fürsten ein Versäumnisurteil. Hiergegen erhob der Fürst Einspruch. Ehe es zur mündlichen Verhandlung über den Einspruch kam, forderte die königliche Regierung zu Potsdam einen Plenarbeschluss, welcher den Rechtsweg in dieser Angelegenheit als unzulässig erklärte. Die Regierung erhob den Kompetenzkonflikt und der Kompetenzgerichtshof erklärte denselben am 17. April 1909 für begründet, da sich die Klage gegen eine polizeiliche Verfügung richtete. Ein vom Kompetenzgerichtshof eingefordertes Gutachten des Kammergerichts sagt dagegen, die Klage richtete sich nicht gegen die polizeiliche Verfügung, sondern auf Beseitigung der Gittertore. Der Kompetenzgerichtshof aber schob dies Gutachten einfach beiseite und erklärte, wie gesagt, den Rechtsweg für ausgeschlossen.

In der Tat, ein klassisches Beispiel preussischer Zustände. Die Gerichte, selbst das Kammergericht, geben den klagenden Landleuten recht und verurteilen den Fürsten. Die Regierung aber greift zu dessen Gunsten ein und sagt: Hier haben nicht die Gerichte zu sprechen, sondern nur die Polizei.

Diese hat, wie wir gesehen haben, „im öffentlichen Interesse“ eine Verfügung erlassen, die in Wirklichkeit nur den privaten Interessen des Fürsten dient. Dagegen ist nun in Preußen nichts zu machen.

Der Rechtsweg zur Beseitigung eines fürstlichen Wildzaunes darf nicht beschritten werden.

Ingenieur fahren die Einwohner von Friedrichshof fort, durch Offenlassen der Tore die Verfügung des Amtsvorstehers zu übertreten. Kürzlich hat das Schöffengericht in Baruth wieder einen solchen Frebler verurteilt. Der letzte natürliche Berufung ein und stand infolgedessen gestern vor der Strafkammer in Potsdam, wo ihn Rechtsanwalt Dr. Karl Lieblinchi verteidigte. Der Verteidiger bezichtigte die polizeiliche Verfügung als ungesetzlich, weil sie nicht dem öffentlichen Verkehr diene, sondern ihn hemme, auch nicht im öffentlichen, sondern lediglich im privaten Interesse des Fürsten erlassen sei. Der Verteidiger beantragte Freisprechung und Uebernahme der Verteidigungskosten durch die Staatskasse.

Das Gericht gab diesem Antrage in vollem Umfange statt. Es stellte sich auf den Standpunkt, den das Landgericht schon in den früheren Prozessen eingenommen hat, wonach die Verfügung des Amtsvorstehers ungesetzlich ist.

Hierdurch ist also der Fürst zu Solms-Baruth, sowie die für seine Interessen wirkenden Verwaltungsbehörden aufs neue verurteilt. Die Sperrung der Wege durch den fürstlichen Wildzaun wird aber trotzdem nicht beseitigt werden. Denn auf Seite des Fürsten stehen ja die Verwaltungsbehörden bis zum Minister hinauf. Ja, der Fürst vermeht sogar die Abspernung der Wege und der Amtsvorsteher sanktioniert solche Abspernungen durch neue Verfügungen „im öffentlichen Interesse“. Gegen eine solche Verfügung ist bereits am 31. Oktober 1909 Beschwerde erhoben. Sie ist aber bis jetzt — nach acht Monaten — noch nicht erledigt und schwebt noch beim Regierungspräsidenten. Wie sie erledigt werden wird, das kann nach den bisherigen Erfahrungen wohl nicht zweifelhaft sein.

In Preußen herrscht der Junker. Das erklärt alles und es gibt trotzdem Leute, die Preußen für einen „Rechtsstaat“ halten. Ja, der Staatsanwalt erklärte erst kürzlich — am 12. d. Mes. — in dem Prozeß gegen die „Welt am Montag“ Preußen für den „sittlichsten Staat in der ganzen Welt“.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juli 1910.

### Die Großindustriellen im Kampf gegen Wassermann.

Die Ankündigung der dem nationalliberalen Führer Wassermann nahestehenden Blätter, daß ihr Heros nicht daran denke, in der jetzigen politischen Lage seinen Posten zu verlassen, hat den Kampf um Wassermann in der nationalliberalen Partei keineswegs gemildert. Die Gegner Wassermanns auf dem rechten, großindustriellen Flügel scheinen vielmehr aus dieser Ankündigung die Lehre gezogen zu haben, daß Wassermann noch nicht genügend discreditiert ist und er deshalb noch weit spöttischer und verächtlicher behandelt werden muß als bisher, damit er entweder des gegen ihn gerichteten Intrigenspiels der eigenen Parteigenossen müde wird und geht, oder er wenigstens das Ansehen, das er noch immer in einem großen Teil des nationalliberalen gewerblichen Mittelstandes genießt, mehr und mehr verliert. Dieses schöne Ziel zu erreichen, deutet der unter dem Einfluß der rheinisch-westfälischen Großindustriellen stehenden Presse kein Mittel zu niedrig. So schreibt z. B. die rechtsliberale „Rhein.-Westfälische Ztg.“, das Blatt der westfälischen Kohlen- und Güttennomagnaten, in einem „Wassermann“ überschriebenen Artikel:

„Erst war es der Abg. Fuhrmann, Herr auf Waldleben, der den Zeitgenossen verkündete, daß der Schwiegervater der Badenburger künftig auf minder anstrengende Weise als im Reichstag seine Millionen zu verbrauchen gedenke. Als die Parteizeitungen aller Richtungen diese Mitteilung mehr oder weniger bebauernd kommentierten, sprach Wassermanns Lieblingsblatt in Mannheim sehr indigniert von „unsauberen Wachschaften rechtsstehender Gegner“ und verkündete, daß sein Gebieter gar nicht daran denke, so bald schon sein Licht unter den Scheffel zu stellen. Dagegen behauptete Abg. Stresemann, er habe es aus Wassermanns eigenem Munde gehört, daß ihn eine Unpäßlichkeit, die gewöhnlich abgangstreife Minister befällt, bei den nächsten Reichstagswahlen unter Umständen verhindern könne, nach Mannheim, Jena, Karlsruhe, Frankfurt a. O. und Hoya zu reisen in einem festlichen Wahlkreis Umhau zu halten. In der Zwischenzeit halfen jungliberale Vertrauensumgebungen und eine Unmasse nationalliberaler Leitartikel für und wider über das Thema „Wassermann“, die „große sommerliche Stille“, von der am letzten Sonntag die „Nordd. Allg. Ztg.“ in Speerdruck allerlei Süffisantes zu plaudern wußte, ein wenig aufregender zu gestalten. Bis gestern aus dem Blätterwald

burg gebracht wurde und dann von hier aus per Post oder Bahn nach Deutschland an die verschiedensten Orte verandt wurde. Bei dieser Gelegenheit kam eine mit „Sozialdemokrat“ gefüllte, nach Rostock bestimmte Kiste dort an einen falschen Adressaten gleichen Namens, der die Kiste annahm und, nachdem er ihren Inhalt gesehen, sie der Polizei übergab, die ihrerseits wieder die Altonaer Polizei von der Sendung benachrichtigte. Der Zufall wollte es, daß eine an den jetzt verstorbenen Genossen Peters in Schwerin adressierte Kiste aufsprang, ehe der Adressat sie erhielt. Die Wohnverwaltung machte der Polizeibehörde von dem Funde Mitteilung und nun erst hatte der gewiegte Kriminalist Engel Anhaltspunkte für die Nachforschung über die Verbreitung des Züricher „Sozialdemokrat“ nach dem Innern Deutschlands. Er konnte nun leicht die Spuren auffinden, die jeder Dorfpolizist auch hätte entdecken können. Der Genosse August Kadelhahn wurde als der Verfasser ermittelt und kam nach dreimonatiger Untersuchungshaft vor den Strafrichter unter der Anklage, sich in 26 Einzelfällen der Verbreitung des verbotenen Züricher „Sozialdemokrat“ schuldig gemacht zu haben. Hierbei hat nun Engel bei der Verhandlung in der tendenziösesten Weise seine besonderen Verdienste bei der Festnahme des „Verbreiters“ in das hellste Licht zu setzen versucht. Die Belohnung hierfür ist denn auch nicht ausgeblieben. Ein Orden von Berlin war die Folge, derselbe Orden, der am Sonnabend neben 20 und 30 Personen seinem Sarge folgte. Der Genosse Kadelhahn aber hatte es diesem Zufall und nicht der Gerechtigkeit Engels zu danken, daß er auf dreieinhalb Jahre nach Glückstadt ins Gefängnis wandern mußte. Der Staatsanwalt Großschäff, der jede einzelne Verbreitung als selbstständige Handlung ansah, wollte ihn sechs Jahre sitzen lassen, das Gericht verurteilte ihn zu 3½ Jahren, welches Urteil durch das Reichsgericht bestätigt wurde. Der Genosse Peters in Schwerin, der wegen 13 Verbreitungen infolge des Kadelhahnschen Prozesses angeklagt wurde, kam mit fünf Monaten davon. Hier nahm das Gericht an, daß nur eine einmalige Verbreitung vorlag. Engel hat also wesentlich dazu beigetragen, die unter seine Hände geratenen Genossen mit möglichst hohen Strafen zu belegen zu lassen, aber wenn die Genossen während des Sozialistengesetzes nicht schauer gewesen wären als die Polizei, so wären Tausende von Jahren Gefängnis über sie verhängt worden, so sehr haben sie in Hamburg-Altona auf das Gesetz — und auf Engel gepiffen.“

## Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

In Altona ist vor einigen Tagen der Polizeikommissar Engel gestorben. Engel ist vielen älteren Genossen bekannt wegen seiner Tätigkeit bei der Jagd auf rotes Edeltwild unter dem Sozialistengesetz. Das „Hamburger Echo“ erzählt nun aus der damaligen Zeit einige Episoden, um davon zu zeigen, was tatsächlich an der von der bürgerlichen Presse in den letzten Tagen gerühmten Hindigkeit des Verstorbenen Wahres war. Das „Hamburger Echo“ schreibt:

„Am 4. August 1898 wurden in einer Wirtschaft in der Talstraße, St. Pauli, acht Genossen „ausgehoben“, wie der technische Ausdruck lautet. Altonaer und Hamburger Polizeibeamten teilten sich in die Vorberer des Erfolges über die Notizen. Unter den Polizisten war natürlich auch der berühmte Kommissar Engel. Auf die Aushebung folgte der damals obligate Geheimbundsprozeß, in diesem Fall unter dem Aktenvermerk „S a h u n d G e n o s s e n“. Der Prozeß endigte mit der Verurteilung der acht Sozialdemokraten zu je einem Jahr Gefängnis, ohne Anrechnung der einmonatigen Untersuchungshaft. Aber so war es ja damals Brauch, und insofern hatte die Geschichte nichts Besonderes. Das gab ihr erst der Polizei-Engel.

Genosse Sah hatte eben vor der Verhaftung alle Vorbereitungen zur Heirat getroffen, und er setzte es auch durch, daß er als Untersuchungsgefangener die Ehe schließen konnte; ein Gefängnisausseher begleitete ihn nach dem Standesamt und wieder zurück in die stille Klausel. Während nun Sah in Glückstadt seine Strafe „verbüßte“, erkrankte im Februar 1897 seine junge Frau und starb nach kurzer Zeit. Ein Antrag des Genossen Sah, ihn zum Besuch seiner schwerkranken Frau auf ein paar Tage zu beurlauben, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Gefangenen auf Urlaub zur Beerdigung seiner Frau wurde ebenfalls abgelehnt. Diese Bescheide wurden unserem schwergeprüften Genossen durch den Gefängnisdirektor in Glückstadt mitgeteilt. Darin war enthalten, daß das Gesuch zur Begutachtung an den Altonaer Polizei-

kommissar Engel gegeben wurde, der seine Begutachtung dahin abgab:

Sah habe gewußt, als er aus dem Gefängnis heraus heiratete, daß seine Frau schwer krank war, und er rechnete wohl damit, daß sie während einer längeren Gefängnisshaft ihres Mannes sterben würde. Diesen Tod wollte er benutzen, um aus dem Gefängnis Urlaub zu erhalten und dann zu entfliehen.

Das war Sah zutiefst. Er brach zusammen und kam nach einiger Zeit wieder zu seinen Leidensgefährten auf die Station, wo er schließlich diesen Schurkenreich erzählte mit dem Bemerkten, „der Gefängnisdirektor habe ihm sein Bedauern ausgesprochen, ihm keinen Urlaub geben zu können, und das übrige der Engelischen Begutachtung wolle er ihm lieber nicht mitteilen“. Es war auch so schon gerade genug für unseren Genossen! Der Tag an dem ihm diese Mitteilung wurde, war ein Sonntag, wo also nicht gearbeitet wurde. Der Genosse Sah knickte, nachdem er das erzählt hatte, auf seinem Bod zusammen und legte sich mit Armen und Kopf auf den Tisch. Das war Mittags. Als es Abend war und die Klode im Gefängnis zum Vorbereiten für das Zubereiten geläutet wurde, da erst kam unser Genosse wieder hoch. Die anderen sieben Genossen, die alle an einem Tische saßen, haben an diesem Sonntag kein lautes Wort zu sprechen gewagt, und so wie sie den ganzen Tag schweigend am Tisch gesessen haben, ebenso schweigend gingen sie zu Bett; während sonst die Abwesenheit des Aufsehers und die Möglichkeit, sich ungeniert unterhalten zu dürfen, die Gefangenen noch einige Stunden wach erhielt, herrschte tiefe Stille. An dem Tage sprach keiner mehr ein Wort. Aber bis heute, nach 23 Jahren, ist dieser Schurkenreich Engels oftmals von denen, die den Schmerz unseres Genossen miterlebten, erzählt worden; dem Urheber dieses Schandstrafs müssen oft die Ohren gestungen haben.

Unser Genosse Sah hat kurz nach der Entlassung aus dem Gefängnis, am 17. November 1897, den Staub Deutschlands von seinen Pantoffeln geschüttelt und lebt jetzt in Toledo im Staate Ohio (Nordamerika).

Das „Hamburger Echo“ erzählt dann einen zweiten Vorgang, wo es der Polizeikommissar Engel wohl fertig brachte, dem Genossen August Kadelhahn zu der unerhöht hohen Strafe von drei Jahren sechs Monaten Gefängnis zu verurteilen, wie er aber an der Entdeckung dieses Verbreitens nicht den geringsten Anteil hatte.

August Kadelhahn war der damalige Verfasser des Züricher „Sozialdemokrat“, der auf Umwegen von der Schweiz nach Ham-



mit Panzerplätzen herausgeschmettert wurde, Wasserhahn werde der Partei als Führer, dem Reichstag als eines seiner interessantesten Mitglieder erhalten bleiben, nachdem sich niemand Geringeres als der Herr und Meister der kaiserlich deutschen und königlich preussischen Politik, Reichskanzler und Ministerpräsident v. Bismarck, in langer Beratung mit Wasserhahn auf einer D-Jugsfahrt von Karlsruhe nach Berlin in diesem Sinne verhandelt habe. Man fühlt sich fast versucht, an einem Gänseblümchen (*Bellis perennis* L.) zu zupfen und innig minniglich bei Gounod'scher Musikbegleitung zu ruten: Er bleibt — von Herzen — mit Schmerzen — über alle Mahnen — kann's gar nicht lassen — ein ganz klein wenig — oder bleibt gar nicht . . .

In dieser feinen Tonart geht es weiter. Wohl noch nie ist in Deutschland ein langjähriger Parteiführer so perfide und verächtlich von seinen eigenen Parteigenossen behandelt worden, als Herr Wasserhahn. Dafür ist allerdings die nationalliberale Partei die Partei der „Bildung und des Besitzes“. Besonders ist bei den Beden- und Hüthenbüchern die ästhetische „Bildung“ im höchsten Maße ausgebildet. Der Sauerdenton ist ihrem feingebildeten Gemüt absolut unerträglich.

### Schlagfahne.

Von den Leistungen des Reichert v. Rheinbaben auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft läßt sich wenig Nützliches melden; dagegen scheint er ein nicht unbeträchtliches schauspielerisches Talent zu besitzen. Ungern und mit kaum verhaltenem Grimm gegen Herrn v. Bismarck und mit seinem Posten als Finanzminister geschieden; trotzdem versichert er jetzt mit anerkennenswerter Selbstüberwindung bei jeder Gelegenheit, daß er sich durch die kaiserliche Huld, die ihn an die Spitze der Rheinprovinz gestellt habe, hochbeglückt fühle und er mit tiefem Dank im Herzen sein schönes, wenn auch schweres Amt als Oberpräsident der herrlichen Rheinlande angetreten habe usw. usw.

Auch bei seinem gestrigen Besuche in Köln hat er wieder mit großem Geschick den Gläubigen geplatzt und auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Baltruff mit einer wohlstudierten poetischen Rede geantwortet. Er sagte:

„Wer das Glück hat, an die Spitze einer solchen Provinz, eines solchen Schaffensgebietes treten zu dürfen, hat alle Verantwortung vom Grunde seines Herzens dankbar zu sein, und das bin ich aus tiefstem Herzen. Aber an die Spitze einer so großen, einer so wichtigen, so mannigfachen Provinz zu treten, legt andererseits die Verpflichtung auf, wie es der Herr Oberbürgermeister gesagt, ein gerechter Richter zu sein, oder vielmehr ein gleichmäßig nach allen Seiten hin gerechter Fürsorger. Daß ich dies zu sein von Herzen bestrebt sein werde, brauche ich nicht weiter auszusprechen. Wenn der Wahlspruch unserer Hohenzollernischen Fürsten gewesen ist und ist: *Suum cuique*, so gilt das erst recht für die, die die Vertreter des königlichen Willens zu sein das Glück und die hohe Verantwortung haben . . . Die Rheinlande werden in ihrer Bewegung zur Sonnenhöhe nicht stillstehen, werden weiter voranschreiten, auf allen Gebieten wirtschaftlichen und geistigen Lebens. Soweit staatliche Behörden dazu überhaupt mitzuwirken imstande sind, werden sie freudig und gern die Hand dazu reichen, und der Herr Oberbürgermeister hat vollkommen recht, und darin stimme ich ihm von Herzen bei, die erste Verbindung ist, dem freien Bürgerinn Raum zu schaffen, ihn schalten und walten zu lassen in seiner angestammten Liebe zur Heimat, die eine Eigenart rheinischen Wesens ist. Die freie Selbstverwaltung der Bürgerschaft nach allen Richtungen hin zu schützen und zu beschirmen, wird mir eine besondere Aufgabe sein.“

Gerechter Richter, gerechter Fürsorger, Sonnenhöhe, freier Bürgerinn, angestammte Liebe, freie Selbstverwaltung! Eine prächtige Schaumfahnenrolle.

### Gegen die Rüstungseinschränkung.

Auch das Organ des rheinisch-westfälischen Gruben- und Panzerplattenkapitals, die *Ab.-Westf. Zig.* wendet sich scharf gegen den Gedanken einer Verständigung mit England. In einem Stile, der an die Zeiten der wüstensten Englandhege erinnert, schreibt das Blatt:

„Wenn wir zum notwendigen Schutz unseres Handels in fernem Meer und zum Schutz unserer Küsten gegen feindliche Bedrohungen und eine unseren Bedürfnissen angepasste Flotte schaffen, so kann unser Vorgehen nur bei einer solchen Großmacht Bedenken erregen, die das erstrebte stetige wirtschaftliche Wachstum und Emporkommen des deutschen Volkes mit weicher Mißgunst betrachtet und vielleicht an einem von langer Hand vorbereiteten Gewaltstreik gegen unsere rasch zunehmende Bedeutung im Rate der Völker arbeitet. Als Napoleon zu Tilsit Preußen vorschrieb, wie hoch die preussische militärische Macht bemessen sein dürfe, waren wir Besiegte, Preußen lag zerschmettert am Boden. Die Zumutung an das unbesiegt Deutsche Reich aber, an die größte Militärmacht der Welt, seine Flotte nach den Wünschen eines anderen Volkes zu beschränken, ist so ungeheuerlich, daß es keinem deutschen Staatsbeamten je an Worten ernstest Zurückweisung fehlen kann.“

Man sieht, wie un bequem unseren Flotteninteressenten der Verständigungsgedanke ist. Ihre Presse schreit vor den perfidesten Verdächtigungen Englands nicht zurück, um nur ja nicht der profitablen Flottenbauaufträge verlustig zu gehen! Und da der Einfluß gerade dieser Kapitalistenkreise ein unheimlich großer ist und obendrein in gewissen Liebhabereien einer anderen einflussreichen Stelle seine Stütze findet, ist es um so notwendiger, den Verständigungsgedanken unablässig und mit größter Energie im Volke und im Parlamente zu propagieren!

### Luftmilitarismus und Wassermilitarismus.

In einer Anzahl Parteiblätter wird mit Recht darauf hingewiesen, wie gefährliche Segnerkraft dem Marinismus in unserem jungen Luftmilitarismus erwacht. Eine Reihe von Versuchen hat, so wird da ausgeführt, bewiesen, daß es schon heute möglich ist, mit den Flugmaschinen die Schiffe durch herabgeschleuderte Sprengkörper anzugreifen und eventuell zu vernichten. Es wird dann die Frage aufgeworfen, welchen Wert dann unser so ungeheure Opfer verschlingender Marinismus überhaupt noch habe, wenn er sich tödlichen Angriffen aus der Luft fast wehrlos preisgeben sei.

Diese Frage ist in der Tat nur zu berechtigt! Geht, woran gar nicht zu zweifeln ist, die Entwicklung der Flugmaschine in einem auch nur annähernd so rapidem Tempo weiter, wie bisher, so werden bald unsere Schlachtflootten keinen Pfifferling mehr wert sein. Denn die verbesserteren und tragfähigeren Flugmaschinen werden dann auf sicherer Höhe nicht nur kleine Bomben, sondern auch förmliche Torpedos auf das Deck der Kriegsschiffe hinabschleudern können. Angesichts einer solchen Perspektive ist es eine geradezu fröbelhafte Vergewandlung der Staatsmittel selbst vom Standpunkte eines Bourgeois und Militaristen aus, jährlich neue Hunderte von Millionen in Panzerkolossen anzulegen, die nicht sein werden, als schwimmende Särge.

In einem Parteiblatt wird auch der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß Deutschland den Aeroplanen so wenig Aufmerksamkeit widme und höchstens in allerhand geheimnistuerlich behandelten Experimenten Geld verpulvere, während die französische Militärverwaltung die Flugtechnik in großzügiger Weise und ohne jene kindische Scheu vor der Öffentlichkeit fördere. Die Schuld daran wird dem militärisch-bureaucratischen Geist unserer Heeresverwaltung gegeben.

Kun, vielleicht verschleht man sich in den deutschen maßgebenden Kreisen auch deshalb der unverkennbaren Bedeutung der Flugtechnik, weil man nicht gern die Interessen der Flotteninteressenten gefährden möchte! So hat man's ja auch mit den Unterseebooten gehalten! Jede billigere Waffe, die geeignet ist, den Bau der unseren Panzerflottenpatricien so ans Herz gewachsenen Riesenpanzer als verflüchtigt und überflüssig erscheinen zu lassen, wird, so lange es irgend angeht, mit souveräner Geringschätzung behandelt! Nicht der „Schutz des Vaterlandes“ ist ja die Hauptaufgabe bei unserer Flottenrüstung, sondern der Profit des bei den Flottenbauten interessierten Großkapitals!

So wird man ohne jede Rücksicht auf die neueren Erfahrungen strupplos mit dem Bau von Schlachtschiffen fortfahren, ohne daß uns natürlich deshalb die Ausgaben für Unterseeboote oder auch den Luftmilitarismus erspart würden!

### Ueberfahrt.

Wir hatten gestern die Vermutung geäußert, daß es dem „Berl. Tagebl.“ vor einer so reaktionären Großblod-Politik, wie sie der nach R. Fischers zutreffender Bezeichnung nationalliberale Dr. Bloch in den „Soz. W.“ formuliert hat, grauen würde. Wir müssen heute zugeben, daß wir den Radikalismus des „Berl. Tagebl.“ doch erheblich überschätzt haben. Es meint zwar, daß die Bloch'sche Bemerkung, die neue Koalition dürfe keine anti-agrarische Spitze haben, sehr mißverständlich wirken könne. Im übrigen aber ist es von dem Gedanken der „positiven Aktivität“ — das ist die Aktivität in der Preisgabe sozialdemokratischer Grundzüge — entzündet. Dazu hat es ja als bürgerliches Blatt freilich auch allen Grund.

### Der Achtstundentag für die Vergarbeiter.

München, 26. Juli. (Fig. Ver.)

Bei Beratung eines neuen Vergesezes hat die Kammer der Abgeordneten den Achtstundentag gefehlich festzulegen gesucht. Die Kammer der Reichsräte hat aber die Bestimmung über den Achtstundentag aus dem Gesetzentwurf wieder herausgestrichen und diesen in so verformelter Form an die Kammer der Abgeordneten zurückgehen lassen.

Hier wurde nun in der erneuten Beratung der Achtstundentag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen abgelehnt. Genosse Segel betonte nochmals nachdrücklich die große soziale Bedeutung des Achtstundentages für die Vergarbeiter. Trotz dieses Resultates stimmte die sozialdemokratische Fraktion für den Gesetzentwurf, weil er noch eine Reihe nicht unwichtiger Reuerungen enthalte. Hervorzuheben ist besonders die Mitwirkung der Arbeiter bei der Grubenkontrolle, das vollständige Verbot des Wagnens und die Festsetzung der Strafe für vorschriftswidrige Fällung der Förderungsgefäße auf fünf Mark im Maximum für einen Monat.

Nach einer Rede des Ministerpräsidenten wurde das Gesetz von der Kammer in der von den Reichsräten beschlossenen Fassung einstimmig angenommen. Damit hat es jedes sozialen Verständnisses bare Reichstagskammer verschuldet, daß ein bringender Wunsch der Vergarbeiter auf lange Jahre hinaus unerfüllbar bleiben wird.

### Obstruktion im Frankfurter Rathhaus.

Die Frankfurter sozialdemokratischen Stadtverordneten trieben in der Dienstags-Sitzung Obstruktion. Der sozialdemokratischen Fraktion stand, weil sie die zweitstärkste ist, nach alter Uebung das Recht zu, bei der Neuwahl eines unbesoldeten Stadtrats einen Sozialdemokraten in Vorschlag zu bringen. Die stärkste Fraktion der Freisinnigen (Fortschrittliche Volkspartei) zog es aber vor, unseren Kandidaten niederzustimmen. Während die demokratische Frankfurter Zeitung sich dieser Tage dafür ins Zeug legte, daß — in Berlin ein Sozialdemokrat in den Magistrat komme, wurde in Frankfurt gegen allen Brauch die zweitstärkste Fraktion ausgeschaltet, obgleich in Frankfurt a. M. nach geltendem Referat aus dem Jahr 1867 ein Stadtrat nicht der Wahlberechtigung durch den König bedarf, wie in anderen preussischen Städten; mithin auch die Ausrede: es habe keinen Zweck, einen Sozialdemokraten zu wählen, da er nicht beschäftigt werde, hinfällig ist. Als Antwort auf das freisinnige Verhalten blieben die Sozialdemokraten am Dienstag dem feierlichen Einführungs- und Vereidigungskult des neuen demokratischen Stadtrats demonstrativ fern.

### Fortsetzung.

Die Frankfurter Polizei ist mit ihrer Niederlage in dem Wahlrechtsdemonstrationsprozeß gegen die Genossen Quard und Wittich nicht zufrieden. Wie die „Volksstimme“ meldet, wird die Wahlrechtsdemonstration im Walde die Gerichte weiter beschäftigen. Staatsanwalt Dr. Becker hat die Genossen Quard und Wittich durch eilige Schriftsätze davon benachrichtigt, daß er das Rechtsmittel der Berufung bei der Strafkammer eingeleitet habe.

### Die Allmacht des Landrats.

In London, einer Kreisstadt an der Nordsee im nördlichen Schleswig-Holstein, hat der seit 20 Jahren im Dienst befindliche Bürgermeister Rathje sein Amt niedergelegt. Als Grund wird das Verhalten des dortigen Landrates angegeben. Die Stadt Londern will ein Elektrizitätswerk bauen. Die Zeichnungen und Baupläne waren vom sachkundigen Kreisbaumeister genehmigt. Plötzlich kam der Landrat, ein verhältnismäßig noch junger Mann, und verlangte, daß ein seinem persönlichen Geschmack entsprechendes Dach auf das Gebäude gesetzt werde, das der Stadt 5 bis 6000 M. mehr kosten würde. Trotz aller Entgegnungen blieb der Landrat bei seinem Verlangen. Die Folge war, daß weil der Bürgermeister eine solche Mehrausgabe nicht verantworten konnte, er sein Amt quittierte. Doch soll der Streit um das Dach eigentlich nur den Beher zum Ueberlaufen gebracht haben. Schon seit langer Zeit hat sich der Bürgermeister als Polizeibeamter von Londern unter der Fuchtel des Landrats recht unbehaglich gefühlt.

Die Bürgermeister der kleinen und mittleren Städte Schleswig-Holsteins haben sich schon im April d. J. in einer geheimen Konferenz gegen die landrätlichen Eingriffe zur Wehr gesetzt. Ihre Wünsche haben sie jetzt dem Minister des Innern in einer Eingabe unterbreitet. Sie wenden sich in der Hauptsache dagegen, daß die Landräte die Befugnisse der Regierungspräsidenten übertragen erhalten, da jene in der Regel an umfassender Erfahrung von den Regierungspräsidenten übertrassen würden und außerdem kaum imstande wären, die Kommunalaufsicht gleich objektiv und einheitlich durchzuführen. Es liege bei einer Uebertragung der Staatsaufsicht über die kleineren Städte auf den Landrat auch die Gefahr nahe, daß dann für die Genehmigung von Beschläüssen der Städte der Kreisrat anstelle des Bezirksausschusses treten würde. Das sei sehr bedenklich, da jetzt schon die nicht kreisfreien Städte über-

wiegend unter ihrer Zugehörigkeit zum Kreiskommunalverbande zu leiden hätten. Ihre Verhältnisse wichen in vielen Beziehungen von denen des platten Landes ab, ihre Vertreter seien in den Selbstverwaltungskörperschaften in der Minderheit, und der Landrat sei nach der ganzen Natur seiner Stellung nur zu leicht in erster Linie der Vertreter des platten Landes, wenn städtische und ländliche Interessen sich widersprächen.

### Blinde Justiz.

Die Verurteilung von drei Schülern zu einem Jahre Gefängnis wegen Eisenbahntransportgefährdung stellt sich nach den näheren Nachrichten als noch ungeheuerlicher heraus als die gestrige Notiz annahm. Die drei Jungen im Alter von 12 und 13 Jahren (nicht 10, 12, 13 — die Strafmündigkeit beginnt mit vollendetem 12. Jahr) hatten Kieselsteine, Schrauben und sonstige kleinen Gegenstände auf die Schienenstränge gelegt, um sie von den Rügen zermalmen zu lassen. Einen zu großen Stein, von dem die Knirpse annahmen, der Zug würde nicht herüber kommen, nahmen sie wieder von den Gleisen weg. Aber gerade dies die Schuldlosigkeit und Kinderei der Angeklagten geradezu Moment sollte ihnen zum Verhängnis werden. Denn hieran knüpfte der Staatsanwalt seine Betrachtungen in der Richtung an, daß die Anaben sich der Strafbarkeit ihrer Handlungen bewußt gewesen seien. Der Lokomotivführer Braumann, der den frohlichen Zug führte, als die Jungen erwischt wurden, befandete, daß es kaum anzunehmen sei, daß durch das Auslegen von Kieselsteinen ein Zug ernstlich gefährdet werden könne. Es müßte den Staatsanwältern auch nicht, daß sie darauf verwiesen, daß wenigstens die Wahrscheinlichkeit einer ernstlichen Gefährdung vorliegen müsse, um die beantragte Strafe von einem Jahr Gefängnis zu rechtfertigen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an. Es nahm also an, die Knirpse hätten mehr Einsicht als erlauchte Studenten.

### Oesterreich.

#### Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Ein Stadtverordnetenwahltag wurde von den Genossen in Zenta, einer Stadt von etwa 8000 Einwohnern in Südburgarn an der Theiß, erscholten. In zwei Bezirken wurden unsere Kandidaten mit großer Mehrheit gegen die der Rostuth-Partei gewählt. Es gibt nun fünf sozialdemokratische Stadtverordnete und drei Erfagmänner dort.

### Separatistische Entwicklung.

Die Brüner tschechisch-autonomistischen Genossen sind unter der Führung des Landtagsabgeordneten Banjel und des Robnost-Redaktors Lufar bereits auf dem Riveau anderer Autonomisten, nämlich der galizischen Bahmacher, angelangt. Das beweisen die Wahlen zu der in ihrer Verwaltung befindlichen Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse. Diese werden statt wie sonst im Arbeiterheim, im bürgerlichen tschechisch-nationalen Vereinshaus vorgenommen, obgleich das Lokal dreißig Mal teurer ist als das proletarische; aber es hat den Vorteil, von internationalen Proletariatsgenossen zu werden. Die sonst an einem Tag beendete Wahl dauerte diesmal drei Tage, darunter zwei Werkstage. In die Wahlkommission nahm man nur verlässliche Separatisten. Langjährige freiwillige Mitglieder, die des Zentralismus verdächtig sind, hat man gestrichen, weil sie, wie Gewerkschaftssekretär Genosse Jura ihren Beitrag statt Sonnabend Montag zahlten. In diesem Falle besetzte man einen die Wähler brandmarkenden Ausdruck des Schiedsgerichts durch die wahrhaft separatistische Erklärung, für gewesene Mitglieder gebe es kein Schiedsgericht. So machen die Separatisten Kassenwahlen!

### England.

#### Die Eidesformel.

London, 27. Juli. Unterhaus. Premierminister Asquith erklärte heute bei der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage betreffend die Erklärung bei der Thronbesteigung, die Vorlage sei nicht zu Parteizwecken eingebracht, sondern nur zu dem Zweck, dem König von der Notwendigkeit zu entlasten, beim Beginn seiner Regierung in der Öffentlichkeit eine Erklärung abzugeben, welche für Millionen seiner lokalen Untertanen kränkend sein würde. Die protestantische Thronfolge sei durch die Gesetzgebung von 1859 vollkommen sichergestellt. Er beantragte so gende Abänderung des Wortlauts: Der Souverän solle sich jederzeit selbst als getreuen Protestanten bekennen und versprechen, nach seinen besten Kräften die Gesetze zu halten und aufrechtzuerhalten, welche die protestantische Thronfolge als die einzig mögliche sicherstellen. Der Abgeordnete Hobart (liberal) beantragte die Ablehnung des Gesetzentwurfs betreffend die Erklärung bei der Thronbesteigung. Balfour erklärte, er könne nicht einsehen, wie die protestantische Thronfolge dadurch gefährdet werden könne, daß der König sich als einen getreuen Protestanten erkläre, während er sich die Freiheit der Aktion vorbehalte. Er würde dem Vorschlag nicht entgegenreten, den Asquith heute gemacht habe. Der Antrag auf Zurückweisung des Gesetzentwurfs wurde sodann mit 410 gegen 84 Stimmen abgelehnt und die Bill zum zweiten Male gelesen.

### Die Annexion Liberias.

London, 27. Juli. Dem Neuterischen Bureau ist eine Mitteilung über den Bericht zugegangen, den Staatssekretär Knox im März dieses Jahres an den Präsidenten Taft mit Bezug auf die Vorschläge der von der Regierung der Vereinigten Staaten im vorigen Jahre nach Liberia entsandten Kommission erstattet hat. Der Staatssekretär unterstützt die Vorschläge der Kommission lebhaft. Bezüglich der Differenzen zwischen Liberia und anderen Mächten erklärte Knox, Liberia allein sei hilflos. Es habe bisher jedem Angriff nachgeben müssen. Es müsse zudem bemerkt werden, daß die Stellung als nächster Freund Liberias, die die Vereinigten Staaten bisher eingenommen hätten, sich als ungenügend erwiesen habe. Es sei mehr erforderlich, so z. B. ein Vertrag, durch welchen den Vereinigten Staaten die Funktion eines tatsächlichen Anwalts für Liberia in allen internationalen Streitfällen übertragen werde. Falls der Präsident zustimmt, beschließt das Staatsdepartement, der Regierung von Liberia einen Vertragsentwurf zu unterbreiten, der diesen Zweck erfüllt. Der Gesandte der Vereinigten Staaten ist jetzt auf dem Wege nach Liberia mit dem Auftrage, die dortige Regierung bezüglich eines derartigen Vertrages zu sondieren.

### Türkei.

#### Der Vorkott.

Konstantinopel, 28. Juli. Infolge persönlichen Einschreitens des Ministers des Innern verpflichteten sich die Passiräger der Hofensollämter, fremde Waren aus griechischen Schiffen und griechische Waren aus fremden Schiffen auszuladen, während sie griechische Waren aus griechischen Schiffen nur bis zum Ausgang der Sollämter bringen wollen. Die Reicherschliffen verharren im Ausstand.

### Amerika.

#### Der Inbanische Aufstand unterdrückt.

Savanna, 28. Juli. Die Insurrektion des Generals Viniey ist unterdrückt. Der General ist mit zweien seiner Anhänger gefangen genommen worden, die übrigen Neuterer sind entflohen.



# Gewerkschaftliches.

## Streikjustiz.

Während der letzten Bauarbeiterausperrung kam es in Heidelberg und Umgebung zwischen Arbeitswilligen und Ausgesperrten wiederholt zu Zusammenstößen, wobei die herausfordernde Haltung der Streikbrecher meist die Veranlassung gab. Als Strafrichter fungierte meist der Oberamtsrichter Seih, der im Rufe einer besonderen Verehrung der Arbeitswilligen steht.

Der Maurer Jodely hatte dem Polier Vaier einige Grobheiten gesagt. Der Polier hatte diese auf der Stelle erwidert. Bei einem Privatbeleidigungsprozeß hätten beide Strafe erhalten. So aber erhielt Jodely sechs Tage Haft, der Polier geht ohne Strafe aus. Der Gisser Ebert sagte zu einem Buchdrucker, der in einer Wirtschaft bei einem Arbeitswilligen saß: „Rede nicht mit dem; der schafft ja.“ Es gab eine kleine Geldstrafe. Der Amtsrichter Seih bemerkte zu dem ausgesperrt gewesenen Arbeiter: „Ist es denn eine Schande, wenn man schafft!“ Der Arbeitswillige Schwegler begegnete auf dem Heimweg mehreren Ausgesperrten. Es kam zu Sticheleien. Schwegler nahm ein Nichtsheit und schlug auf den Maurer Stoß ein, so daß dieser betäubt zusammenbrach. Schwegler erhielt nun von anderen Arbeitern Schläge. Stoß, der geschlagen wurde, und ein Maurer Eh kamen auf die Anklagebank und erhielten jeder der beiden zwei Monate Gefängnis. (1) Der Amtsrichter gab bei der Leitung der Verhandlung dem Verteidiger Veranlassung, sein Mandat niederzulegen. (2) Eine Vernehmung der gemeldeten Entlastungszeugen wurde abgelehnt. (3)

Der Malierer Friedrich Vogt war nach dem Streik der Hilfsarbeiter in den Oefenfabriken in Reichen wegen angeblicher Verletzung gegen den § 153 der Gewerbeordnung angeklagt, vom Reichner Schöffengericht aber freigesprochen worden. Der Staatsanwalt legte dagegen Berufung ein. Er erzielte vor der Strafkammer auch eine Verurteilung des Angeklagten zu einer Woche Gefängnis. Das Reichner Schöffengericht hatte freigesprochen, weil sich die Aussagen der Zeugen gegenüberstanden. Das Dresdener Landgericht aber folgte den Aussagen des Wachtmeisters und verurteilte.

Außerdem wurde gleichzeitig gegen zwei andere Streikführer wegen desselben Delikts aus denselben Ursachen verhandelt und jeder zu zwölf Tagen Gefängnis verurteilt.

## Berlin und Umgegend.

### Mißstände bei der M. E. G.

Eine Betriebsversammlung des Werkes der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Brunnen- und Vorkaststraße wurde zum Mittwochsabend vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufen. Die Versammlung fand in den „Germaniafälen“ statt. Die Arbeiter kamen in Massen, der große Saal mit seinen Galerien war dicht besetzt. Der Referent Johannes besprach die Mißstände, über die die Arbeiter des Werkes lebhaft Klage führten und deren Abheilung von der Direktion öfters versprochen wurde, ohne daß irgendwelche Verbesserungen eintraten. Die Arbeiter müssen sich eine unwürdige Behandlung gefallen lassen; sie fühlen sich unsicher, denn Rohrregelungen sind an der Tagesordnung; eine Art Spitzsystem ist eingeführt worden, um die Arbeiter wie Gefangene zu überwachen. In verschiedenen Abteilungen wird ohne weiteres verlangt, daß Überzeit gearbeitet wird, und wer sich weigert, ist in Gefahr, entlassen zu werden. Ueber die sanitären Verhältnisse wird viel gellagt, und wenn Verbesserungen auch zugesagt wurden, so hielt man doch die Zusagen nicht. Die Lohnverhältnisse sind in manchen Abteilungen außerordentlich schlecht. Wenn der Arbeiterauschuss nun aber sich der Interessen der Arbeiter annimmt, dann werden die Mitglieder des Ausschusses gemahregelt. So sind schon viele von ihnen unter nichtigen Vorwänden entlassen worden, und die Direktion gab dazu auch ihre Zustimmung. Eine allgemeine starke Unzufriedenheit herrscht unter den Arbeitern, mehrmals brachen offene Differenzen aus. Dann wurden wohl Verhandlungen geführt, Versprechungen wurden gemacht, Erklärungen abgegeben, aber es wurde auf die Dauer nicht besser. Die Arbeiter haben das Vertrauen zu der Direktion eingebüßt. Der Redner forderte die Versammelten zu einem energischen Protest gegen die bestehenden Verhältnisse im Werk auf und machte den Vorschlag, die Subkommission des Ausschusses zur Direktion zu senden, um dort vorstellig zu werden, damit die Arbeitsverhältnisse eine Verbesserung erfahren. Die Versammlung sollte den Ausführungen des Redners den reichsten Beifall und erklärte ihre Zustimmung zu den gemachten Vorschlägen.

In der Diskussion wurde den vielen Beispielen, die der Redner für seine Behauptungen anführte, noch manches zugefügt und die Verhältnisse im Werk oft sehr scharf beleuchtet. Fremde vom Deutschen Transportarbeiterverband erklärte den Versammelten, daß sie sich darauf besinnen müßten, welche Mittel sie besitzen, um ihre Wünsche zu erfüllen und ihren Klagen Gehör zu verschaffen! Wenn der Arbeiterauschuss nicht fest sich darauf verlassen könne, daß ihm stets der Rücken gekehrt wird, dann könne er auch nichts ausrichten. Zur Einmütigkeit im Handeln sei aber vor allen Dingen eine starke Organisation nötig, der sich alle anschließen müßten, die eine Verbesserung der Verhältnisse wünschen. — Derselben Rührung gab auch der Referent in seinem Schlusswort Ausdruck.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma B. Joseph, Ritterstraße, ist ein Streik ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt und der Zugang dahin ferngehalten.  
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

### Tarifbewegung der Jalouiscarbeiter.

Bereits vor einigen Monaten waren die Jalouiscarbeiter an ihre Arbeitgeber mit dem Ersuchen herangetreten, zwecks Bekämpfung der Heimarbeit und der durch sie verursachten Schmutzkonkurrenz wieder einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Arbeitgeber brachten diesen Bestrebungen der Arbeiter auch Sympathie entgegen. Es kam am 11. Mai zu gemeinsamen Verhandlungen, die aber die Arbeitgeber scheitern ließen, nachdem sie gewahrt wurden, daß die Arbeiter bei der größten Anzahl der Positionen des Tarifs vom 1. März 1905, der den Verhandlungen als Grundlage diente, auch Erhöhungen der Lohnsätze forderten. Die Arbeiter betrauten darauf in einer späteren Versammlung ihre Unterhandlungskommission mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifs, dessen Einführung zum 15. August bzw. 1. September d. J. erstrebt werden soll.

In einer am Mittwoch bei Boeler in der Weberstraße stattgefundenen gut besuchten Versammlung der Jalouiscarbeiter wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt. Man sei an der Sache darüber und bespreche dabei die gegenwärtige Situation in der Branche. Die Hoffnung, daß die Bewegung in friedlicher Weise von statten gehen würde, scheint sich nicht zu erfüllen, denn verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß man sich im Unternehmerlager zu einem eventuellen Kampfe rüstet. Es gelte deshalb, auf dem Posten zu sein.

Der Tarif sieht zunächst zeitgemäße Erhöhungen der Allfördhne vor. An Mindestlöhnen wird gefordert: für Anschläger 75 Pf. pro Stunde, für Tischler, Maler und geübte Anstreicher 60 Pf. pro Stunde, für Maschinenarbeiter und Reparateure 65 Pf. und für Hilfsarbeiter 50 Pf. pro Stunde. Jugendliche Arbeiter sollen nach Vereinbarung entlohnt werden. Die Maximalarbeitszeit soll 60 Stunden pro Woche betragen und muß in die Zeit zwischen 7 Uhr morgens und 5 Uhr abends gelegen sein. Das Meingen der

Maschinen und Arbeitsplätze hat während der Arbeitszeit zu geschehen. Bei Neueinstellungen soll nur der Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes benutzt werden. Bei Arbeitsmangel soll, bevor Entlassungen erfolgen, die Arbeitszeit auf 42 Stunden verkürzt werden. Bei allen Arbeiten im Allförd sind die Mindestlöhne zu garantieren. Der 1. Mai soll als Feiertag freigegeben werden. Nachregelungen dürfen aus Anlaß einer Verhandlung oder wegen Eintretens für den Tarif bzw. für die Organisation nicht erfolgen. Ebenso dürfen während der Vertragsdauer Sperren oder Streiks nicht verhängt werden. Etwaige Differenzen sollen durch die beiderseitigen Vertreter der vertragstreuenden Parteien geregelt werden. Die vertragstreuenden Parteien sind gehalten, die Heimarbeit und Schmutzkonkurrenz mit allen Mitteln zu bekämpfen. Der Vertrag soll auf die Dauer von 2 Jahren Geltung haben.

Einmütig sanktionierte die Versammlung den vorgelegten Tarif und beauftragte die Organisationsleitung, denselben sofort den Arbeitgebern zu übermitteln, deren Antwort innerhalb 8 Tagen erbeten werden soll. Mit Rücksicht auf die Kampfrufen im Unternehmerlager waren sich die Versammelten darin einig, daß bis zum Abschluß der Bewegung Ueberstunden strengstens vermieden werden müssen.

Die streikenden Schmiede kamen am Donnerstagmorgen wieder zu einer Beratung zusammen. Die Situation ist, wie Siering ausführte, wenig verändert. Beide Parteien nehmen noch eine abwartende Haltung ein. Die Meister hoffen, daß der Tag der Wiedergahlung, der bevorsteht, die Reihen der Streikenden wankend machen werde. Die Verbandsleitung hat deswegen beschlossen, den Streikenden eine Extrazuschussung zu gewähren, die am 1. August zur Auszahlung kommen soll. Die schlecht die Meister mit den Streikbrechern auskommen, geht unter anderem auch daraus hervor, daß in zwei Werkstätten die Streikbrecher wegen ihrer Unfähigkeit entlassen wurden. Es sind bis jetzt etwa 20 Strafmandate den Streikenden von der Polizei zugesandt worden, die meisten laufen über 30 M., werden aber erst durch die Gerichte geprüft werden müssen, denn die Bestraften bestreiten ihre Schuld, behaupten im Gegenteil, daß sie nur ihre berechtigten Interessen wahrnahmen. Die Streikenden haben oftmals einen sehr schweren Stand. Außer den Schulden machen manchmal noch andere Leute den Vorkost die Arbeit schwer. So wurde über den Barbier und den Gastwirt, die Kolonnenstraße 127 wohnen, in der Streikerversammlung Klage geführt. — Als Streikende stehen noch 475 Mann in den Reichen, viele haben Berlin verlassen oder andere Arbeit angenommen.

**Zur Aussperrung der Mineralwasserarbeiter bei der Firma „Karlina“.** Manbaderer 9, ist mitzuteilen, daß die Differenzen durch Verhandlungen beigelegt sind.  
Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksleitung Groß-Berlin.

**Achtung, Fleischergesellen!** Der Streik bei der Firma Risch, Lindenstraße 105, ist beendet. Die Firma hat die Forderungen anerkannt. Die Sperre ist aufgehoben.  
Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

## Deutsches Reich.

### Zum Straßenbahnerausstand in Hanau a. M.

wird noch gemeldet: Die Angestellten der Straßenbahn erhalten bei einer Arbeitszeit von 305 Stunden monatlich ein Anfangsgehalt von 75 M., das in 10 Jahren auf 100 M. steigt. Das Personal hatte im Mai d. J. eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Direktion der Straßenbahn, den Herren Heder und Cie. in Wiesbaden verlangt. Das Hanauer Stadtparlament faßte den Beschluß, bei der Betriebsleitung auf eine Lohnaufbesserung der Straßenbahner hinzuwirken. Doch die Direktion kam in keiner Weise den gerechten und doch sehr bescheidenen Wünschen ihres Personals entgegen. Die Angestellten, die alle im Transportarbeiterverband organisiert sind, und auch das Betriebspersonal beschloß darauf in einer Nachversammlung vom 26. zum 27. Juli einmütig, Mittwoch früh die Arbeit einzustellen. Sie verlangen als Anfangsgehalt 100 M. monatlich, das in 10 Jahren auf 130 M. steigen soll, eine Herabminderung der Arbeitszeit auf 260 Dienststunden monatlich, jeden achten Tag frei (seither war erst der 12. Tag frei), und 50 Pf. Zuschlag für Ueberstunden. Die Arbeit ruht vollständig. Die Ausständigen resp. ihre Organisationsleitung erklärten sich zu Unterhandlungen bereit. Sie hatten dies übrigens auch vorher verschiedentlich versucht, stießen aber bei der Betriebsleitung auf schroffen Widerstand. Die Hanauer Straßenbahn gehört einer Aktiengesellschaft in Wiesbaden, jedoch haben der Magistrat und die Stadtvorordnetenversammlung im Aufsichtsrat Sitz und Stimmen.

Die Zementarbeiter in Plauen i. V. haben die Arbeit eingestellt. Sie gehören mit zu den schlecht bezahltesten Arbeitern am Orte. Den Unternehmern hatten sie ihre Forderungen schriftlich zugehen lassen und bis zum 23. Juli Antwort erbeten. Gefordert wird 48 Pf. Stundenlohn und ab 31. März 1911 60 Pf. für Hilfsarbeiter 40 bzw. 42 Pf. für Ueberstunden 20 Proz. Nur zwei Unternehmer haben die Forderungen anerkannt. Inzwischen hat das einmütige Vorgehen der Arbeiter bewirkt, daß die größte Firma, die erst die Lohnkommission ganz brüsk behandelte, nun mit ihr wegen Tarifabschluß verhandeln will. Dringend wird ersucht, den Zugzug nach Plauen fernzuhalten.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank.

Ueber die Gründe des Zusammenbruchs schrieb noch vor der Konkursverhandlung der Dortmunder „Generalanzeiger“:  
„Dieses Geldinstitut gehört mit zu den blutigsten Gründungen der letzten Jahrzehnte. Auf einer lächerlich schmalen finanziellen Grundlage, die kaum ausreichte, ein besseres Produktionsgeschäft zu betreiben, haben struppellose Männer sozusagen über Nacht eine schwindelerregende Pyramide von Geldgeschäften errichtet, die heute offenkundig den Stempel unsauberer Machenschaften trägt und allen Befehlen des Rechts und der Moral, die für einen ehrlichen Kaufmann maßgebend sein sollten, Hohn spricht.“

Es ist kein Zweifel mehr darüber, daß schon seit einer Reihe von Jahren alle Bestrebungen der Niederdeutschen Bank, sich auszudehnen, sei es durch neue Zahlstellen oder durch Angliederung anderer Geschäfte, oder durch Finanzierung von Neugründungen nur den einen Zweck hatten, sich um jeden Preis bares Geld zu verschaffen und das fürchterliche Ende hinauszuschieben.  
Mit welchen unerlaubten Mitteln da gearbeitet worden ist, wie Vorstand und Aufsichtsräte miteinander und gegeneinander in immer neuen Rollen auftraten, wird noch die genaue sachverständige Prüfung der einzelnen mit der Bank zusammenhängenden Gründungen ergeben.

Der Leidtragenden gibt es leider in Dortmund und Umgegend viele. Kleinere Geschäftsleute und Rentiers hatten Aktien; sie werden wohl die ganze Summe verlieren. Dann kommt die Unmenge der Geschäftsleute, die mit der Bank arbeiteten; ihr Verlust ist, wie gesagt, noch nicht festzustellen.

Und wer sind die Schuldigen? Der Vorstand und der Aufsichtsrat. Darüber kann kein Zweifel sein. Es wird wohl, wie es noch immer so war, unter den Herren zwei Arten geben: die einen wußten nicht um die Geschäfte der Bank, die anderen wußten drum, aber die Stöcke zu tief mit in dem Sumpfe und konnten nicht gut zurück. Der Trebertrochungsandal hat uns das alles ja gezeigt. Aber wir glauben fast, daß inzwischen das Gewissen sowohl der Sachverständigen wie der Richter in Bankbruchsachen empfindlicher geworden ist und daß eine Wiederholung des einst so beliebten Spiels von den „selbstgetäuschten“ Ehrenmännern diesmal weniger Beifall finden dürfte.“

Dazu wurde dem „Generalanzeiger“ noch von „sachverständiger Seite“ geschrieben:

„Der gestrige Leitartikel trifft ungefähr das Richtige; doch hätten Sie als sehr ansehbar auch die Berliner Handelsgesellschaft mit aufzählen können, die durch das große Vertrauen, das sie Herrn Ohm entgegenbrachte, diesen geradezu zu den wahnsinnigsten Experimenten verlockte. Die Berliner Herren sind übrigens schon heraus; sie haben sich mit den verpöndeten wertvollen Depots und den Aktien, für die die Bürgen einstehen mußten, gut eingedeckt, und können nun beruhigt mit ansehen, wie die kleinen Gläubiger sich um den Rest halgen.“

Schlumm daran sind jene Freunde, die Herr Bankier Ohm veranlaßt hat, bei der Emittierung von Aktien ihren Namen herzugeben, wogegen sich die Niederdeutsche Bank verpflichtete, sie für alle Fälle schadlos zu halten. Ja ja, die Aktien hat die Berliner Handelsgesellschaft als Pfand und sie wird sich von den Bürgen schon ihr Geld holen. Aber wo bleibt deren Rückbürge, die Niederdeutsche Bank?

Ein Stückchen noch von der Gründungsstättigkeit des Herrn Bankiers Ohm, das Ihre Leser interessieren wird: In Brackel oder da herum betrieb ein Herr Rosenknecht ein kleines patentiertes Glasfabrikationsgeschäft; er war in Geldverlegenheit und wendete sich an Herrn Ohm; der kaufte ihm seine Patente für 10 000 M. ab und machte dann mit ihm zusammen eine G. m. b. H. auf, worin Herr Ohm eben dieses Patent mit 180 000 M. und anßerdem 10 000 M. in bar einlegte. Die Verzinsung der 180 000 M. froh natürlich das ganze Geschäft auf und Herr Rosenknecht hat deshalb vor drei Monaten Herrn Ohm wegen Bankers verklagt.“

Die Berliner Großbanken teilen mit: „Die seitherzeit mitgeteilt, hatten die in Sachen der Niederdeutschen Bank zusammengetretenen Banken bei grundsätzlicher Geneigtheit zur Einleitung einer Hilfsaktion die Fassung fester Beschlüsse von dem Ergebnis einer durch die Treuhändergesellschaft und eine zu diesem Zweck gewählte kleine Kommission vorzunehmenden eingehenden Prüfung abhängig gemacht. Da die Prüfung ergab, daß die Lage der Bank eine ganz hoffnungslose ist, mußte von der in Erwägung gezogenen Hilfsaktion Abstand genommen werden. Die Bankengruppe hat nunmehr beschlossen, den kleinen Gläubigern der Niederdeutschen Bank durch möglichst baldige Vorauszahlung eines Teiles ihrer Forderungen zu Hilfe zu kommen. Wegen der hierzu zunächst erforderlichen Feststellung der einzelnen Gläubigerposten ist das Vergehen in die Wege geleitet.“

Infolge des Bankbruchs erwartet man etwa zehn bis zwölf Konkurse. Die Lünener Bank ist bereits geschlossen. Auch das Dortmunder Brauhaus steht vor dem Konkurs. In Düsseldorf ist die dortige Getreidefirma Blomberg u. Co. in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Unter den Geschädigten befinden sich auch viele Gelsenkirchener Arbeiter, die eine Klasse von 8000 M. gefammt hatten, um die Kräfeller Weltausstellung zu besuchen. Das Geld, das bei der Niederdeutschen Bank deponiert war, ist größtenteils verloren.

Man erwartet in Dortmund noch weitere Verhaftungen. Charakteristisch ist auch, was der „Dortmunder Generalanzeiger“ über den verhafteten Direktor Ohm mitteilt. Dieser hat großen Aufwand getrieben. „Er war ein frommer Heuchler, der unter dem Deckmantel religiöser Gefühle die List des durchtriebenen Geschäftsmannes mit der unernehlichen Genußsucht des vornehmen Lebemanns verband. Seine Laten hören sich wie ein Kapitel aus Reineke Fuchs an, nur der goldene Quack schilt.“

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Vom Rüstungskoller.

London, 28. Juli. (B. T. W.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Faber den Ersten Lord der Admiralität, Mac Kenna, ob er Kenntnis davon habe, daß erstens, während das schwerste Geschütz der englischen Marine nur Geschosse von 1250 Pfund feuert, das neue deutsche Geschütz solche von 1600 Pfund feuern würde, daß zweitens, während bei der englischen Marine das Gewicht der von den schweren Geschützen einer Breitseite abgefeuerten Geschosse nur 147 000 Pfund betrage, bei der deutschen Marine sich dieses Gewicht auf 161 000 Pfund belaufe, und daß drittens die neuen mit 1400 Pfund Geschützen ausgerüsteten Schiffe der deutschen Marine 8000 Tons größer seien, als die ursprünglichen englischen Dreadnoughts.

Mac Kenna erwiderte: Ich kann für die Richtigkeit der in der Frage angegebenen Zahlen eine Verantwortung nicht übernehmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragte Hugh Cecil an, ob die englische Regierung es abgelehnt habe, an der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911 teilzunehmen. Grey antwortete bejahend und setzte auseinander, die Regierung habe berücksichtigt, daß es nicht wohl angängig sei, eine offizielle Ausstellung in Dresden zu veranstalten, weil die britischen Industriellen sich dagegen sträubten, die großen Kosten auf sich zu nehmen, welche mit der häufigen Teilnahme an großen internationalen Ausstellungen verbunden seien, und weil von der Regierung bereits Verpflichtungen in bezug auf andere Ausstellungen eingegangen worden seien, die in diesem und im nächsten Jahre stattfinden werden.

### Schwerer Einbruchdiebstahl.

Asterlobn, 28. Juli. (B. T. W.) Ein schwerer Einbruchdiebstahl ist heute nacht in der hiesigen Pfandleihe verübt worden. Die Diebe durchstießen die Eisenstäbe eines Hoffensters, stiegen durch das Fenster in die Räume, erbrachen Schränke und Kästen und entwendeten aus ihnen Wertgegenstände im Werte von vielen Tausend Mark. Man glaubt an der Art der Ausführung des außerordentlich verwegenen und frechen Einbruchdiebstahls dieselben Verbrecher zu erkennen, die in letzter Zeit hier in verschiedenen Restaurants eingebrochen sind.

### Schiffsunfälle.

London, 28. Juli. Nach einer Lloyd-Meldung aus Valparaiso sind die deutschen Segelschiffe „Ruti“ und „Thella“ heute in leicht beschädigtem Zustand in Valparaiso eingetroffen. Jedes der Schiffe hat einen Mann verloren. Der Thella wurden zwei Boot weggespült.

### Die Polizei im Dienste des Kapitals.

New York, 28. Juli. Zwischen Personen, die mit den ausständigen Angestellten der American Sugar Refining Company in Brooklyn in Sympathisierten, und Polizisten kam es zu einem Zusammenstoß, bei welchem ein Mann getötet und ein Polizist und einer der Unruhestifter verwundet wurden. Der Streit war entstanden, als Arbeitswillige unter polizeilichem Schutz Zuckerkieferungen aus der Fabrik herauszuführen wollten.



Die Budgetbewilligungsfrage.

Unter dem Titel „Der Aufstand in Baden“ schreibt Karl Kautsky in der „Neuen Zeit“:

I. Die neuesten „positiven“ Leistungen unserer badischen Landtagsfraktion sind bereits von unserer gesamten Parteipresse eingehend gewürdigt und fast einstimmig beurteilt worden...

Wenn das Durchbrechen von Parteitagbeschlüssen nicht tragisch zu nehmen ist, was dann die Parteitage? Tatsache ist, daß bisher Durchbrechungen von Parteitagbeschlüssen stets sehr ernst genommen wurden...

Das war sicher die Verletzung eines Parteitagbeschlusses, sie wurde daher auch von niemand leicht genommen. Das Zentralwahlkomitee entschloß sich auf Antrag Liebknechts, den Parteitagbeschlüssen außer Kraft zu setzen...

Ganz anders liegt die Sache mit der Budgetbewilligung in Baden. Das ist eine Frage, die seit einem Jahrzehnt schon wiederholt aufs eingehendste erörtert und von den Parteitaggen mit großer Mehrheit stets im gleichen Sinne entschieden wurde...

Wir bestreiten ganz entschieden, daß ein derartiger Disziplinbruch einer ganzen Parlamentsfraktion, nicht einiger untergeordneter Stänker, in der Partei bisher vorgekommen ist...

Daß das Vorgehen der badischen Fraktion eine Aufsehnung gegen die Mehrheit der Partei bedeutet, wird sie selbst nicht leugnen. Aber die Badenser und ihre Freunde glauben förmlich ein Recht auf Disziplinbruch zu haben...

Daß eine Erklärung, die nicht debattiert, über die nicht abgestimmt, sondern bloß im Protokoll genommen wird, die Wirkung haben soll, einen Parteitagbeschlüssen aufzuheben, ist etwas Neues,

namentlich dann, wenn es die Erklärung einer Minorität von 68 unter 300 Kongreßmitgliedern ist.

Nach wadliger wird aber der Rechtsboden des Disziplinbruchs, wenn man die Fassung der Erklärung ansieht, die zu Protokoll gegeben wurde. Dort heißt es sehr unbedeutend: „Wir sind der Ansicht...“

Eine Ansicht wurde hier ausgesprochen, nicht etwa ein Protest, eine Weigerung, dem Parteitagbeschlüssen nicht Folge zu leisten, sondern nur die bescheidene Bemerkung, man sei anderer Ansicht als die Majorität.

Und dieser Verrat wird nicht besser durch seine Begleiterscheinungen und seine Begründung, sowie durch die Situation, in der er erfolgt.

II.

Ein Teil unserer badischen Landtagsabgeordneten begnügt sich nicht damit, der Regierung das Budget zu bewilligen, sie versuchen sich auch gleichzeitig an die Monarchie anzubiederern. Sie nehmen an Huldigungen für den Großherzog teil und entsenden eine Deputation, die zur Gratulationscour beim Feste der silbernen Hochzeit des großherzoglichen Paares gehen...

Es ist richtig, in unserem Programm steht nicht ausdrücklich die Republik. Aber daran ist doch nicht zu zweifeln, daß man nicht ein guter Sozialdemokrat sein kann, wenn man nicht ein guter Republikaner ist. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, in welcher Weise wir unseren republikanischen Standpunkt am zweckmäßigsten zum Ausdruck bringen.

Monarchistische Demonstrationen sind aber auch keine Privatangelegenheit sozialdemokratischer Abgeordneter. Sie sind unvereinbar mit der Demokratie, also mit unserem Programm.

Das empfindet unsere Partei so tief, daß sie es in ihrer Dresdener Resolution ablehnte, Posten im Präsidium des Reichstags mit ihren Kandidaten zu besetzen, wenn daran hiesige Verpflichtungen geknüpft würden, obwohl die Verpflichtungen eines Vizepräsidenten des Reichstags noch nicht als Huldigungen betrachtet werden müssen und nicht freiwillige, sondern vorgeschriebene sind.

Unsere Partei ist es ihren demokratischen Grundfragen wie ihrer Ehre in gleicher Weise schuldig, jede Teilnahme an hiesigen Huldigungen aufs strengste zu verbieten, die sie auf das Niveau der Durrananalle herabdrücken würden, wenn sie sich wiederholten und Nachahmung fanden.

aber dort ist auch die jährliche Einwanderung sehr groß. In Australien ist die Anbaufläche wegen der Ungunst der Regenmenge kaum zu vergrößern. Das Gesamtareal für Weizen, das 1900 auf rund 800 000 Quadratkilometer geschätzt wurde, dürfte also kaum zu verdoppeln sein.

Nun kann freilich der Ertrag gesteigert werden. Wie groß, Einfluß dies haben kann, zeigen folgende Zahlen: Es beträgt der mittlere Ertrag pro Hektar in Dänemark 36, in Deutschland 19, in Oesterreich 14, in Argentinien 12, in den Vereinigten Staaten 11, in Rußland 8, in Südafrika 7 Hektolitern.

Aber auch die Steigerung des Ertrages geht nicht ins Unendliche, sondern nur bis zu einer gewissen Grenze. Auf Grund dieser Ermüdungen kommt der Verfasser zu dem Schluss, daß die Zahl der gegenwärtig auf der Erde lebenden Menschen höchstens verdoppelt werden, also höchstens etwa 3 Milliarden erreichen könnte.

Ueber die Herkunft der Haustiere sind die Meinungen der Fachgelehrten noch recht geteilt. Vieles nahm und nimmt man noch an, daß unsere Haustiere aus Asien stammen. Neuerdings wird aber die Notwendigkeit, die prähistorischen Haustiere aus Asien herzuleiten, von verschiedenen Forschern bestritten und Studien zur Geschichte der Schweinerassen, die von einem schwedischen Naturforscher angestellt worden sind, scheinen darzutun, daß die neuere Auffassung die begründetere ist.

III. Das Vorgehen unserer Fraktion im badischen Landtag ist entschieden zu beurteilen. Darüber ist wohl die große Mehrheit der Genossen einig.

Aber es genügt nicht, sie zu beurteilen. Wir müssen auch versuchen, sie zu begreifen, sie zu erklären. Denn das ist ja selbstverständlich, aus purem Übermut oder reiner Gedankenlosigkeit haben die badischen Genossen ihren Disziplinbruch und ihre Verleugnung der Demokratie nicht begangen.

Was sie zu erreichen suchten, ist freilich nicht so leicht zu erfassen. Am 4. Juli hatte die Fraktion den Beschluß gefaßt, es sei mit ihrer politischen Ehre unvereinbar, für das Budget zu stimmen, da der Minister Bodman die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie ablehnte.

„Herr v. Bodman ist, wie Genosse Dr. Franz einmal sagte, eine komplizierte Natur...“ Zwar schleppt er das Kleingewicht veralteter Traditionen am Bein, aber schon mehr wie einmal hat er ein überraschendes Verständnis für die moderne gesellschaftliche Entwicklung und die in ihr wirkenden Kräfte bewiesen.

Stüdt er nach links an, dann ist es mit der politischen Ehre unvereinbar, ihm das Budget zu bewilligen. Stüdt er nach rechts an, dann muß es ihm bewilligt werden, um ihn vor dem Sturze zu bewahren.

Man denke, welch unerschlicher Verlust für die Menschheit es wäre, wenn ein Minister der eben beschriebenen Art, ein Vertreter des unzuverlässigsten Jidzadkurses stürzte. Da versteht man lieber der Parteidisziplin eine schallende Ohrfeige und sagt der Mehrheit der Genossen den Krieg an, als daß man einen solchen Minister gefährdet.

Und man denke, eine Fraktion, die ihre Stellung zur Regierung nicht nach deren Gesamthaltung festsetzt, sondern nach der letzten ihrer zufälligen Schwankungen. Da es Herrn Bodman zufällig postierte, daß der letzte Anstoß vor der Budgetabstimmung, den er bewirkte, nicht nach links, sondern nach rechts ging, wurde der Gesamtergebnis das Budget bewilligt, das ihr sonst verweigert worden wäre.

Offenbar ist Herr v. Bodman ein Schläumeier, der seine Pappenscheitler kennt. In seinen Latzen „schleppt er das Kleingewicht veralteter Traditionen am Bein“, ist er sozialistenfeindlich, er verweigert der Sozialdemokratie die Gleichberechtigung. Aber seine Lebensart ist doch so zu beschreiben, daß naive Gemüter daraus ein „überraschendes Verständnis“ für die moderne gesellschaftliche Entwicklung herauslesen. Und es genügt, daß er ein paar solcher Lebensarten äußert, die zu nichts verpflichten, und sofort ist in unserer Fraktion aller Großbergessen und Herr v. Bodman der Mann, der um jeden Preis, auch um den des Disziplinbruchs, gehalten werden muß!

Die französischen Ministerialisten verlangten doch praktische Konzeptionen, Remter für sich und ihre Freunde. Die badischen Ministerialisten lassen sich schon durch loere Lebensarten lockern.

Aber wozu der monarchistische Zauber? Wozu eben jetzt das gestifelte Herbeileben der Unterleuten, das Befremden mit den bürgerlichen Parteien um die großherzogliche Kurst? Dafür wird uns nicht einmal der Versuch einer Erklärung gegeben. Wir müssen nach einer solchen selbst suchen.

Da gibt es nur eine, die einen Sinn hat und auch die Budgetbewilligung weit besser motiviert, als das Bedürfnis, die Dienste des so wechselvollen Herrn v. Bodman dem badischen Volke zu erhalten: diese Erklärung liegt in der Grobblockpolitik, in dem Streben, mit den Rationalisten zusammen eine Regierungspartei auszumachen und diese Politik aus Baden auf das Reich zu übertragen. Auch das deutet der Artikel des „Volksfreund“ an. Er sagte, es handelt sich darum, der Reaktion „eine aktionsfähige Mehrheit entgegenzustellen. Dies ist in Baden mit dem Grobblock abermals gelungen, und zwar mit einem Erfolg, der weit über die Grenzen Badens hinaus von großer Bedeutung ist.“

Hier haben wir selbst den Hinweis darauf, daß wir es in der badischen Aktion nicht mit einem lokalen Vorkommnis zu tun haben, das die Genossen im übrigen Deutschland nicht angeht, sondern mit einem Vorkommnis, das „weit über die Grenzen Badens hinaus von großer Bedeutung ist.“

Gleichzeitig mit der Budgetbewilligung erschienen in dem „Monatsheften“ Artikel, die für die Blockpolitik im Reich eintraten

softe. Die Untersuchungen des schwedischen Gelehrten haben aber nur gezeigt, daß es von dem alten Wildschwein nicht nur zu dem Hauschwein, sondern auch zu dem Lorchschwein alle Übergänge gibt. Daß es sich hierbei nicht etwa um Kreuzungen handelt, das wurde besonders durch Funde bewiesen, die in der Grotte von Cerna Starý, einem jungsteinzeitlichen Wohnplatz, gemacht wurden. Hier wurde in den untersten (ältesten) Schichten das alte Wildschwein, darüber die Reste von einer Zwischenform und erst in den jüngsten Schichten das Lorchschwein gefunden. Damit ist der sichere Nachweis geliefert, daß das Lorchschwein, das kleinste bisher bekannte subfossile Schwein, durch Verknüpfung aus dem europäischen Wildschwein hervorgegangen ist, also nicht aus Asien stammt.

Humor und Satire.

Kulturträger.

Nude mimt den kungen Schweiger, Denn sein Florapoch ist groß. Aber den „Lokal-Anzeiger“ Hegt er auf den Segner los. Sei, zieht der ergrimmt vom Leder, Wo der Meister in Gefahr! Frech beschmiert er mit der Feder Auch, was hier zu lesen war.

Zum Bekehrer schickt er Schnorrwärtel Seinen Schmod behufs Rescherch! Alfred Holzbock kontra „Vorwärts“! Leser, kringt dir das nicht nurr'ich?

Und, gedeppt ob manches Bödschens, Schüttel Vode mit Gebraus In den Wufen dieses Schmodschens Seine wunde Seele aus.

Rein, wir Sogis sind mit nistern (So diktiert er forsch dem Kerl) Weis, um über Kunst zu richten, Wie's der Dummste ist bei Scherz!

Unser kritisches Gewinmer zeigt von Kenntnis keine Spur! Proletarier bleiben immer Eben Feinde der Kultur.

Der nur ist ihr echter Träger, Der, von Strapeln nicht geniert, Händlich folgt dem Florajäger Und auf jeden Piff pariert...

Eraber Holzbock, gut gemedert! In dem Holzpapiergefilb Hast du dich mit Ruhm belledert, Ganz nach Vodes Ebenbild.

Kleines feuilleton.

Wieviele Menschen können auf der Erde leben? Ueber diese Frage stellt Rudolf Schulze in der Zeitschrift „Hochland“ folgende interessante Betrachtungen an: Die Gesamtbevölkerung der Erde schätzt man gegenwärtig auf 1600 Millionen Menschen. Davon wohnen mehr als die Hälfte in Asien, ein Viertel in Europa. Die Volksdichte beträgt auf einen Quadratkilometer für die Ackerbau-länder Mitteleuropas 60, Südeuropas (Lombardien, Campanien) bis 150, in den Tropen (Indien, Java) bis 300. Aber die letzte Zahl ist eine seltene Ausnahme. Ungeheure Strecken, die Polargebiete, die Steppen und Wästen, sind fast menschenleer. Von den 132 Millionen Quadratkilometer Landfläche, die die Erde außer den Meeresflächen hat, sind circa

Table with 3 columns: Population density (100 Mil. / km), description (sehr dünn bevölkert oder unbewohnt), and range (Dichte 1-10 Menschen pro km).

Die Frage nun, für wieviel mehr Menschen die Erde noch Erziehungsmöglichkeit bietet, hängt nicht nur von dem vorhandenen Raum, sondern auch von der Ernährungsmöglichkeit ab, da müssen also alle diejenigen Gebiete ausgeschaltet werden, die infolge der Ungunst des Klimas keine großen Erträge liefern können. Es kommt somit darauf an, wie viel ertragsfähiger Boden noch gewonnen werden kann. Schon heute sind Deutschland und England auf Getreideeinfuhr angewiesen. In Deutschland betrug die Weizenmenge im Durchschnitt der letzten Jahre rund 3 1/2 Millionen Tonnen, eingeführt aber wurden rund 2 Millionen Tonnen. Würde Deutschland sich selbst ernähren, so müßte also das Weizenareal verdoppelt werden. England würde zur Selbsternährung einer Weizenfläche von 84 000 Quadratkilometer gleich einem Viertel des Landes bedürfen; das ist unmöglich zu erreichen. Man könnte einwenden: es gibt in Europa noch tausende von Quadratkilometer Oedländereten. Aber fast die Hälfte davon, nämlich 100 000 Quadratkilometer liegen nördlich der Getreidegrenze. Wie groß der Bedarf ist, merkt man erst, wenn man bedenkt, daß England allein für die zunehmende Bevölkerung jährlich 200 Quadratkilometer mehr anbauen müßte. Da will also auch die Ausdehnung der kontinentalen Sumpfe mit 300 Quadratkilometer und selbst des Indusdeltas mit 2000 Quadratkilometer nicht viel besagen.

Von den Anbauflächen, die sonst noch in Frage kämen, haben die Vereinigten Staaten keinen jungfräulichen Boden mehr; seit 1903 hat dort die Weizenfläche, 200 000 Quadratkilometer, nicht mehr zugenommen. Vergrößert werden kann die Anbaufläche in Kanada, 12 000 Quadratkilometer, um höchstens das Vierfache, und in den La Plata-Staaten Argentinien und Uruguay, circa 35 000 Quadratkilometer, um das Dreifache. Große Flächen besitzt noch Sibirien,



als Mittel, der Reaktion eine aktionsfähige Mehrheit entgegenzustellen", ein Mittel, das bei den nächsten Reichstagswahlen zur Anwendung kommen soll, wo die Sozialdemokratie Arm in Arm mit den Nationalliberalen vor die Wähler treten müsse, um für Deutschland die Freiheit zu erobern, für die die Nationalliberalen bekanntlich seit jeher bereit waren, ihr Herzblut hinzugeben.

Nur als Vorbereitung für die Wahlpolitik ist der badische Disziplinbruch zu verstehen. Nur daher auch das plötzliche Hervortreten der Unterlegenheit der badischen Republikaner. Es gilt, sich bei den Nationalliberalen lieb zu machen, ihnen zu beweisen, daß die Sozialdemokratie bereit ist, alle ihre Prinzipien an den Nagel zu hängen, wenn ihr dafür von den Nationalliberalen gnädigst erlaubt wird, in dem von ihnen kommandierten "Großbündel" mitzutun.

Das ist des Pudels Kern. Und deshalb geht vor dem Eintritt in die Agitation für die Reichstagswahlen, der Vorstoß.

#### IV.

Die Idee des Bündels von Wassermann bis Bebel sieht auf den ersten Blick ganz vernünftig aus: zerstückelt sind wir nicht, vereint sind wir eine Macht. Und die nächsten Interessen der Liberalen wie der Sozialdemokratie sind die gleichen: die Ueberführung Deutschlands aus einem bürokratischen Feudalstaat in einen verfassungsmäßigen, parlamentarisch geleiteten, liberal und industriell geleiteten Staat. Stellen wir also alles zurück, was uns trennt, die Revolution und das Endziel, heben wir die gemeinsamen Aufgaben hervor, dann werden wir im Bunde mit den Liberalen einen gewaltigen Wahlsieg erringen, der doch die Bourgeoisie nicht erschreckt, sondern an uns fesselt, so daß wir mit ihr gemeinsam einen regierungsfähigen Bund der Vorden schaffen, der Zentrum und Konföderation auf die Dauer in der Minderheit hält und durch seine positiv-fruchtbare Politik vor allem Volke den Beweis zu liefern vermag, daß ihm die Zukunft des deutschen Volkes auf die Dauer anvertraut werden darf.

Dies der Weg zur Macht, den Maurandbrecher vorschlägt und den die Vadenzer offenbar bereits eingeschlagen haben.

Die Gangbarkeit dieses Weges hängt davon ab, ob es möglich ist, das zurückzustellen, was uns trennt, ob unser nächster Weg in derselben Richtung geht, wie der des Liberalismus. Das erweist sich sofort als unmöglich, wenn man die politische Entwicklung nicht als rein parlamentarische aufstellt, nicht die Parteien ins Auge faßt, sondern die Klassen, die hinter ihnen stehen. Da zeigt sich es, daß die ökonomischen Interessen der Kapitalisten und die der Proletariat nicht erst in der ferneren Zukunft, sondern bereits in der Gegenwart auf Schritt und Tritt auseinandergehen.

Und das Endziel selbst, ist es ein bloßer Traum der ferneren Zukunft, der auf unsere Praxis nicht den mindesten Einfluß hat? Das Endziel ist nicht eine Forderung, die man nach Belieben aufstellt oder beiseite schiebt. Es entspringt der Erkenntnis, daß die kapitalistische Gesellschaft auf der Ausbeutung des Proletariats begründet ist, und daß sich das Proletariat in dieser Gesellschaft zu keiner Lage erheben kann, die es befriedigt. Daß alle Verbesserungen seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaften und Sozialpolitik den auf seiner Ausbeutung beruhenden Massen Gegensatz nicht beseitigen; daß ihre soziale Bedeutung vielmehr darin ruht, die Kampffähigkeit des Proletariats zu vermindern. Daß es daher die politische Macht nur dazu benutzen kann, der kapitalistischen Ausbeutung durch die Expropriation der Kapitalisten für immer ein Ende zu machen; daß es jeden Bruchteil politischer Macht, den es erringt, dazu benutzen muß, die Macht des Kapitals einzuschränken.

Das ist eine Erkenntnis, die, einmal gewonnen, nicht wieder verloren gehen kann. Und wenn wir selbst diese Erkenntnis verdrängen wollten, würde dies bloß auf das Proletariat zurückwirken, nicht auf die Bourgeoisie. Diese hat ein zu ausgebildetes Klassenbewußtsein, als daß sie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit mit dem Gefühl der politischen Macht des Proletariats nicht schon frühzeitig begriffen hätte — lange vor Marx. Seit den Tagen der französischen Revolution hat jeder wirkliche Machtgewinn des Proletariats die Bourgeoisie erschreckt und ins Lager der Reaktion getrieben, indes er gleichzeitig die Anforderungen des Proletariats an den Staat steigerte. Die Arbeiterklasse hat bisher noch keinen großen Sieg errungen, der nicht die Klüft zwischen ihr und der gesamten Bourgeoisie erweitert hätte. Nicht anderes kann auch die Folge der nächsten Reichstagswahl sein, wenn sie wirklich für unsere Partei den großen Sieg bringt, den alle Welt erwartet.

Sollte es aber nächste „gemeinsame Aufgaben“ von Liberalismus und Sozialismus geben, so großartiger Natur, daß sie die Gegensätze zwischen beiden Parteien wenigstens vorübergehend zu überwinden vermöchten?

Die eine dieser Aufgaben soll darin bestehen, Deutschland in einen „industrial regierten Staat“ zu verwandeln. Das ist eine jener nationalsozialen Phrasen, die Maurandbrecher seinem Lehrer Raumann nachschwatzt, eine schillernde Seifenblase, die platzt, sobald man sie berührt. Leidet das deutsche Volk etwa unter einem Mangel an Industrialismus? In keinem Lande der Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, hat sich in den letzten vierzig Jahren der industrielle Kapitalismus so gewaltig entwickelt wie in Deutschland. Die Verwandlung des jetzigen Deutschlands aus einem Feudalstaat in einen Industriestaat zu fordern, ist eine Stimmlosigkeit. Soll Deutschland etwa kein Industriestaat sein, weil die preussischen Junker noch solche Macht haben? Da könnte man ebenso gut England einen Feudalstaat nennen, wo der Großgrundbesitz und das Haus der Lords mindestens ebenso fest wurzeln, wie in Preußen das Junkertum. Die Macht der preussischen Junker beruht heute nicht auf ihrer Beherrschung der Kapitalisten, sondern auf ihrer Unterführung durch die Kapitalisten. Das Junkertum selbst ist völlig dem Feudalismus entwachsen, durch und durch industrialisiert und kapitalisiert und an der weiteren Industrialisierung Deutschlands aufs lebhafteste beteiligt.

Was heißt aber überhaupt „industrialistisch“ regieren? Doch nicht die Industrie künstlich stärker entwickeln als die Landwirtschaft? Daran denkt niemand. Tatsächlich handelt es sich aber auch den industriellen Kapitalisten ebenso wenig um die Industrie wie den Grundbesitzer um die Landwirtschaft. Das sind schöne Worte, um die Interessenpolitik für die naive Masse zu verdecken. Die Kapitalisten treiben Industrie um des Profits willen, wie die Grundbesitzer Landwirtschaft treiben oder, beim Pachtsystem, treiben lassen um der Grundrente willen. Die einen sagen, sie wollen die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellen, und verstehen darunter die Erhöhung der Grundrente durch Verteuerung der Lebensmittel. Die anderen erklären, sie wollen dem deutschen Volke Beschäftigung geben, und verstehen darunter die Erhöhung des Profits durch vermehrte Ausbeutung der Arbeiter. Ein industriell regiertes Deutschland ist für sie ein Deutschland, in dem die Staatsgewalt für den Profit der Kapitalisten besorgt ist.

Sollte die Sorge für den industriellen Profit wirklich eine gemeinsame Aufgabe sein, die Arbeiter und Kapitalisten zusammenfesselt und aus ihnen eine eiserne Klammer gegenüber den Grundbesitzern macht?

Und die andere Aufgabe, die Ersetzung des persönlichen und bürokratischen Regimes durch ein parlamentarisches, also Unterwerfung der Regierung unter das Parlament? Das ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben für die Sozialdemokratie. Aber seit wann ist es eine für die Nationalliberalen? Sie ist es heute weniger als je.

In dem Maße, in dem das Proletariat politische Fortschritte macht, schwindet in den bestehenden Klassen das Bedürfnis, im Parlament die oberste Macht des Landes zu besitzen, wächst in ihnen das Bedürfnis nach Ersetzung der Regierungsgewalt gegenüber dem Parlament. Das sehen wir in England, wo das Königtum in den letzten Jahren eine Macht erlangt hat, wie es sie schon lange nicht besaß. Wir sehen es in der Republik Amerika, wo Roosevelt die Stellung eines ungekrönten Königs einnimmt. Wir sehen es in Frankreich, wo der neue Autokrat ausgerechnet ein ehemaliger Apostel des Generalstreiks ist. Und gerade jetzt sollen die Nationalliberalen in Deutschland, die so unendlich viel seiger sind als die Liberalen Englands, Frankreichs, Amerikas, entschlossen

sein, die Macht der deutschen Regierungen zu brechen, und dazu die Hilfe der Sozialdemokratie anrufen?

Die Gratulationscour bei der silbernen Hochzeit des Großherzogs soll wohl den gemeinsamen Kampf der beiden Verbündeten gegen die Regierungen feierlich eröffnen?

Es kann nichts Lächerlicheres geben, als den Glauben, ein Bündnis mit den Nationalliberalen zu einem „regierungsfähigen Bund“ sei der Weg, der das Proletariat zur Macht führt. Selbst wenn wir alle unsere Grundsätze über Bord würcen, aus Sozialdemokraten Nationalsozialen würden, was sich Maurandbrecher offenbar ebenso einfach vorstellt, wie die Verwandlung aus einem Nationalsozialen in einen Sozialdemokraten; selbst wenn wir lauffertreue Nationalsozialenwörter und Platinpatrioten würden, erhöhte Zivillisten und Kriegsbrütlungen mit Begeisterung dotierten, um unsere „Regierungsfähigkeit“ zu erweisen, würde das „herzliche Einvernehmen“ mit den Nationalliberalen schon an der Frage des preussischen Wahlrechts scheitern. Wollten sie es doch noch plutokratischer gehalten, als es ohnehin schon ist!

„Der wichtigste Schritt“, sagt Maurandbrecher, „auf dem Wege zur Macht ist, daß es uns gelingt, im kommenden Reichstag die liberal-sozialdemokratische Mehrheit zu erringen.“

Man nenne uns eine, aber auch nur eine einzige „positive“ Arbeit zugunsten des Proletariats, die von dieser „Arbeitsmajorität“ zu erwarten wäre.

Die Nationalliberalen und selbst der größte Teil der Freisinnigen sind ebenso unsere Gegner, ebenso geneigt, jegliche Reaktion mitzumachen, wie der schwarzblaue Bund. Nur eines verbündet und mit ihnen: die momentane gemeinsame Gegnerschaft gegen das Zentrum.

Diese beruht aber bei uns auf ganz anderen Motiven wie bei ihnen und erfordert bei uns eine ganz andere Art der Bekämpfung. Nicht einmal bei der Propaganda gegen das Zentrum dürfen wir mit den Nationalliberalen ins gleiche Horn blasen.

Das erfordert eine kleine Erläuterung.

(Schluß folgt.)

## Argus R. verhaftet.

Endlich ist in Leipzig der Mann hinter Schloß und Riegel, der am 2. November 1908 der Friedrichs Ehepaar ermordete, vordem schon einen Ueberfall auf den Geldbrieffräger Rübner ausführte und vielfache Erpressungsversuche gegen den Leipziger Verlagsbuchhändler Weber machte. Die Ergreifung ist nicht der Intelligenz der Polizei, sondern dem Zufall und der Entschlossenheit des Verlagsbuchhändlers Weber und seines Chauffeurs zu danken.

Am Sonnabend, den 16. Juli, nachmittags etwa gegen 4 Uhr, betrat ein Schußunge das Weberische Geschäftsgebäude und überreichte einen Brief an Herrn Siegfried Weber mit der Bemerkung, daß er auf Antwort warten solle. In dem Briefe wurde die Anforderung ausgesprochen, daß dem Ueberbringer ein Geldbetrag mitgegeben werden solle. Durch weitere Fragen stellte man fest, daß der Junge den Brief von einem besser gekleideten Menschen erhalten habe, der in der Nähe des Weberischen Geschäfts wartete. Als dem Boten noch weitere Auskünfte abverlangt wurden, lief er davon.

Von Herrn Weber war inzwischen aber bereits das Automobil zur Versteigerung verlangt worden. Als nun der Junge austrat, nahm Herr Weber selbst die Verfolgung auf, während das Auto auf einem anderen Wege folgte. In der Salomonstraße wurde der Boten dann wieder bemerkt; er ging die Karstraße entlang und begegnete dort zwei Männern, denen er anscheinend Bericht über seine Mission erstattete. Die beiden Menschen gingen nachher bis zu dem Droschkenhalteplatz an der Karstraße. Herr Weber folgte ihnen. An der Droschkenhaltestelle bemerkten die beiden verdächtigen Männer, denen sich alsbald ein dritter zugesellte, das Weberische Automobil. Wie nun Herr Weber auf den einen derselben losging, knipste dieser seinen Ueberrock auf, zog ihn aus und ergriff die Flucht, die andern beiden Verdächtigen blieben zurück. Es entspann sich nun eine wilde Jagd, bei der der sich Flüchtende schließlich durch einen Schuhmann ergriffen wurde. Der Festgenommene war der nur gelegentlich als Kellner arbeitende 29 Jahr alte Karl Friedrich Koppius. Die Durchsuchung seiner Wohnung ergab viel Belastendes. Es wurde dann auch sein Bruder, der 22 Jahre alte Fritz Koppius als der Mittäterschaft verdächtig in Haft gebracht. Karl Koppius hat nach Vorhalt der in seiner Wohnung vorgefundenen Schriftproben gestanden, die Postanweisungen geschrieben zu haben, die bei der Ermordung der Friedrichs Eheleute eine Rolle spielten. Sein Bruder nahm in der Wohnung der Ermordeten unter dem Namen Schlingel das an diesen adressierte Geld in Empfang.

Wir rufen die Geschichte der schweren Verbrechen in Erinnerung, denen gegenüber bis jetzt die Leipziger und Berliner Polizei, sowie die Leipziger Staatsanwaltschaft einen so auffallenden Mangel an Geschicklichkeit bewiesen.

Am 2. November 1908 wurden die Eheleute Schiffschreiber Friedrich zu Leipzig, Windmühlenstr. 21, ermordet vorgefunden. Die Schädelbede der beiden alten Leute, die sich mit Zimmervermieteten besaß hatten, war mit einem stumpfen, schweren Instrument eingeschlagen. Die Recherchen der Staatsanwaltschaft und Polizei ergaben, daß Sparkassenbücher und Wertpapiere entwendet waren. Auch der Polizeihund vermittelte aber von der Spur des Täters oder der Täter nichts weiter als einen Straußenschlüssel und eine Sportmütze, die sie am Ort der Tat zurückgelassen hatten, aufzufinden. Die Ermittlungen ergaben folgendes: Am Vormittag des Mordtages hatte der Briefträger eine Nachnahme an einen gewissen Lediginski (unter diesem Namen hatte ein unter Polizeiaufsicht stehender Mann namens Heming eine Zeitlang bei Friedrich gewohnt) zu bestellen. Ein unbekannter Mann, wahrscheinlich der Mörder, nahm das Nachnahmepaket in Empfang; währenddessen kam der Geldbrieffräger Rübner, um eine kleine Postanweisung an einen gewissen Schlegel zu bestellen. Der Unbekannte behauptete, er sei der Schlegel und quittierte über den Empfang des Geldes. Hernach stellte sich heraus, daß die Unterschriften, die dieser Mann geleistet hatte, dieselbe Handschrift trugen wie ein in der Wohnung vorgefundener Postanweisungsschnitt an Schlegel, der nie bei Friedrich gewohnt hatte. Mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit ließ sich annehmen, daß die Postanweisung zum Zweck geschrieben war, um den Geldbrieffräger zu überfallen, und daß die armen Witwenleute von ihm und seinem Komplizen ermordet sind, um Zeugen der Tat zu beseitigen. Die Ausführung der schändlichen Tat wurde lediglich durch das Zusammentreffen beider Briefträger vereitelt. Das Mandat erinnert an das hier in Berlin am 7. Mai 1909 in der Köpenickerstraße verübte Attentat gegen einen Geldbrieffräger und die schwere Verletzung der Witwe Räsche in der Körnerstraße.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Polizei ergaben ferner, daß von derselben Handschrift eine nach dem Peterssteinweg gerichtete Postanweisung geschrieben war. Auch hier hatten die Täter ein ähnliches Verbrechen in Aussicht genommen.

Es wurde eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt. Von dem Täter wurde aber nichts entdeckt. Lediginski wurde in Magdeburg festgenommen und später wegen einer anderen Straftat abgewurteilt; zur Zeit der Leipziger Tat soll er sich in Magdeburg aufgehalten haben.

Ein ähnliches Attentat war zwei Jahre früher, am 17. Dezember 1906, in Leipzig gegen den Geldbrieffräger Rübner verübt. Dieser war mit einem schweren, stumpfsichtigen Instrument niedergeschlagen, bewußlos zusammengebrochen und seiner Wertschaft in Höhe von 9000 Mk. beraubt. Die von dem Täter damals geschriebene Postanweisung trug dieselbe Handschrift wie die im November 1908 gefertigten.

Zu Weihnachten 1908 erhielten die Verlagsbuchhändler Weber ein seltsames Angebot durch einen anonymen Brief. Der Schreiber stellte sich als einen Verbrecher vor, der auf seinen jetzigen Lebenswandel durch den Staat getrieben sei. Er führe ihn erst seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Er habe unter anderem 20 Morde, darunter drei in Leipzig, begangen, und wolle seine Taten in packender Weise in einem Buch beschreiben, das er der Verlagsbuchhandlung anbiete. 5000 Mk. Vorschau wolle er haben, 5000 Mk. wenn das Werk erschienen ist. Zum Zeichen, daß er nicht renommierte und für die Unfähigkeit der Polizei, führte er an, daß er den Mord in der Windmühlenstraße ausgeführt habe. Das Bild, das die Staatsanwaltschaft nach Zeugnisaussagen von ihm angefertigt und veröffentlicht hatte, entspreche dem Gesicht, das er außerhalb des Hauses der Tat trage, nicht. Den Verbleib der Sparkassenbücher habe die Polizei nicht ermitteln können, weil er diese verbrannt habe. Daß die Polizei den Verbleib der beiden geraubten Uhren nicht ermittelt habe, liege nicht an ihm. Er habe sie noch am 2. November auf dem Leibamt für 27 Mk. veräußert. Wenn die Adressaten auf das Anerbieten nicht eingingen, so würde es ihr Schade sein. Am 24. Dezember um 6 Uhr sollen die Adressaten nach einem Zeitungskiosk den Vorschau senden. Unterzeichnet war der Erpresserbrief mit Argus R.

Die Verlagsbuchhändler erhielten den Brief erst am 25. Dezember. Sie zeigten sich mit der Polizei in Verbindung. Angestellte Recherchen ergaben, daß in der Tat die Uhren (und noch eine Aette, von deren Entwendung die Staatsanwaltschaft erst jetzt Kenntnis bekam) auf dem städtischen Leibamt, so wie der anonyme Briefschreiber angegeben hatte, veräußert waren. Ferner ergab sich, daß die Handschrift des Briefes mit der auf den Postanweisungen gebrauchten identisch war. Kein Zweifel, der anonyme Schreiber des Erpresserbriefes und der Mörder der Friedrichs Eheleute waren identisch.

Die Herren Weber hatten auf Veranlassung der Polizei und der Staatsanwaltschaft dann Inzerate in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erlassen, in denen mitgeteilt war, der Brief sei erst am 25. Dezember erhalten, Antwort läge an der erbetenen Stelle. Am 8. Januar erhielt Weber einen zweiten Erpresserbrief. In diesem gab der Schreiber noch weitere Momente als Beweis dafür an, daß er der Mörder gewesen sei, könlte über die Ungeschicklichkeit der Polizei und forderte, falls Weber auf das Verlagsgeschäft nicht eingehen wolle, 1000 Mk. Abfindungssumme, die an einer bestimmten Stelle abgegeben werden sollten.

Diesem Verlangen entsprechend wurde ein Paket abgegeben. In einem Brief vom 11. Januar höhnte dann der unbekannte Briefschreiber den Herrn Weber wegen seines unwürdlichen Zutrauens zur Polizei: „So waschlapig Ihr Philister, so stumpsinnig Eure Polizei.“ Die Kriminalpolizisten, die als Straßengelehrer verkleidet waren, hätte er sofort erkannt und natürlich sich gehütet, das Paket entgegenzunehmen. Tatsächlich waren mehrere Polizeigenten, darunter auch ein Berliner Polizeigent, als Straßengelehrer verkleidet, an dem bezeichneten Ort gewesen.

Nach vielerlei Inzeraten, die die Behörde erlich, erhielt Weber unter dem 23. Januar abermals einen Brief des Erpressers. In diesem verlangte der Schreiber, der schon in einem vorausgegangenen Brief vom 18. Januar Drohungen an ihn gesendet hatte, 1000 Mk. bei einem Bädermeister zu hinterlegen und unter einer Stichtmarke durch ihn abholen zu lassen.

100 Mk. wurden bei dem Bädermeister hinterlegt, auch danklich am Abend des 27. Januar durch einen Messenger-Boy abgeholt. Der nichtsahnende Messenger-Boy entging der Aufmerksamkeit der zahlreich zur Beobachtung aufgestellten Kriminalbeamten. Spätere Nachforschungen ergaben, daß auftragsgemäß der Brief mit 100 Mark vom Messenger-Boy einem Knaben, von diesem dem Mörder übergeben war.

Unnötig erhöhte die Untersuchungsbehörde die Belohnung auf 5000 Mk., also auf soviel, wie der unentdeckte Täter als Vorschau für sein Verlagswerk verlangt hatte. Am 4. Februar traf ein sechster langer Brief des Erpressers an Weber ein. In diesem wurden die an der Abfindungssumme noch fehlenden 900 Mk. verlangt. Der Schreiber gibt in diesem Brief unter anderem auch an, wie der Raubmordversuch in der Gottschiedstraße im September 1907 (gegen Frau Wagner) begangen sei. Der Täter habe versucht, der Dame den Hals zu durchschneiden. Das Messer habe sich in der Hoa verfangen. Die Frau habe „unerhört laut“ um Hilfe gerufen, und so sei, da der Täter gerade seinen Dolch zu Hause gelassen habe, das Attentat mißglückt.

Es erfolgten dann noch verschiedene Briefe im Februar seitens des Erpressers, in denen er ersucht, den Vorschauzeit bei einem anderen Bäder niederzuliegen. Aus einem Schreiben vom 11. Februar ergibt sich, daß der Schreiber das zufällige Verlassen der Verkäuferin des Bäderladens für einen Polizeicoup gehalten und dessentwegen weitere Schritte unterlassen hatte.

Nach weiterem Hin und Her wurde, dem Verlangen des Briefschreibers entsprechend, ein Päckchen bei einem Bädermeister hinterlegt. Das Päckchen wurde aber nicht abgeholt. Der Verbrecher schrieb in einem zwölften Brief, er sei zu der angegebenen Zeit in dem Bäderladen als Dame verkleidet gewesen. Die Polizeihäcker hätten ihn freilich nicht entdeckt. Seitdem erhielt Weber noch eine Reihe Erpresserbriefe.

Der Verbrecher wurde, wiewohl die Berliner Kriminalpolizei von der Dresdener Staatsanwaltschaft um Hilfstrophen ersucht war und diese auch nach Leipzig entsendet hat, bislang ebensowenig wie der Täter des früheren Leipziger Mordes oder des Ueberfalls in der Gottschiedstraße oder des Raubmordes in Berlin entdeckt.

Im Prozeß Klehner, der im Oktober 1909 zur Verhandlung stand, stellte sich heraus, daß Weber vorschnellweise das an die Berliner Polizei zu zahlende Geld verauslagt hat, weil — bis zur Einholung der justizministeriellen Genehmigung zur Zahlung der Summe etwa 14 Tage tallos verstrichen waren.

Außer den hier geschilderten Verbrechen sollen dem Argus R. noch ein Raubmordattentat auf das Dienstmädchen Hulda Seifert und der Giftmord an dem Buchhändler Hegler in Leipzig zur Last fallen. Wegen des Giftmordes wurde die Haushälterin Minna Doll zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Trifft es zu, daß auch der Giftmord Robbins und seinen Komplizen zur Last fällt, so wäre in ihr eine Unschuldige verurteilt.

Der Zufall hat es gefügt, daß einer der gefährlichen Leute festgenommen wurde. Weber der Schlußunge noch die entkommenen Wesker des Argus R. haben bislang von der Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelt werden können.

Wenn nach den Tätern der mit beispielloser Dreistigkeit unter ständiger Beschönigung der Polizei ausgeübten Verbrechen fast zwei volle Jahre ergebnislos von Staatsanwaltschaft und Polizei gesucht wurden, so hat die Resultatlosigkeit der Bemühungen dieser Behörden nicht zuletzt darin ihren Grund, daß diese Behörden, statt allein Verbrechen und der Entdeckung von Verbrechern nachzu-



spüren, sich mit politischen Dingen und mit Besuchen abgeben, Arbeiter und Arbeitervertreter zu verfolgen, die nach Hebung der Kultur und Anteilnahme an den Errungenschaften der Kultur streben. Das Vergehen der Polizei in der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe beruht nicht zuletzt darauf, daß sie im Klassenkampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet als Mittel gegen die Arbeiter mißbraucht wird. Sinnfällig zeigt sich hier, in wie eminentem Grade die Sicherheit des Lebens und Eigentums durch die von der herrschenden Klasse den Strafverfolgungsbehörden zugewiesenen politischen Aufgaben leidet. So paradox es klingen mag, so wahr ist es, wie der Fall Argus R. wieder mal beweist: Staatsanwaltschaft und Polizei müssen infolge ihrer heutigen Organisation und infolge der ihr zugewiesenen politischen Tätigkeiten in wachsendem Maße zur Verfolgung wirklicher Verbrecher unfähig und selbst zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit werden.

## Aus der Partei.

### Internationaler Kongress in Kopenhagen.

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben: Mehrere Bezirksorganisationen haben bisher dem Parteivorstand die Mandate des gewählten Delegierten noch nicht zugesandt. Die fraglichen Bezirksvorstände werden ersucht, das umgehend nachzuholen. Die Delegierten erhalten dann eine provisorische Legitimation und die erforderlichen Informationen vom Parteivorstand zugeföhrt. Außerdem müssen die Delegierten, soweit das bisher noch nicht geschehen ist, dem Parteivorstand mitteilen, ob sie in Kopenhagen Wohnung beschafft haben wollen. Der dortige Wohnungsausschuß hat sich in einer Reihe Hotels Zimmer gesichert und muß in den nächsten Tagen über die Wohnungsbeschaffung für die Delegierten bestimmte Mitteilungen machen. Es ist wünschenswert, daß Delegierte, die eventuell mit einem anderen zusammen in einem Zimmer zu wohnen wünschen, dies besonders mitteilen, weil Einzelzimmer nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Die „Mannheimer Volksstimme“ setzt ihre Veröffentlichungen von „Stimmen aus Arbeiterkreisen“ zur Budgetbewilligung fort. Nächst sind es Zustimmungserklärungen. So schreibt z. B. ein Roter Karl Schwemmer aus Gottenheim:

„Sie gestatten wohl einem Parteigenossen vom Lande, sich über die Budgetbewilligung auszusprechen. Es war gerade immer der Zentrumspartei ihr größter Trumpf, die Budgetverweigerung gegen unsere Partei auszuspielen. In was für demagogischer Art und Weise das geschah, dürfte den Parteigenossen genügend bekannt sein. Interessant ist die Verblüffung der ländlichen Zentrumswähler. War es doch ein fanatischer Zentrumsmann, der öffentlich das Beständnis machte, durch die Landtagsverhandlungen hätte er sich überzeugt, daß man die Sozialdemokraten nicht mehr in den Zentrumsversammlungen als Sprachmacher hinstellen könnte. Es muß deshalb unserer Landtagsfraktion für ihr kluges Verhalten Dank ausgesprochen werden. Diefelbe konnte gar nicht anders handeln, wollte sie nicht den Parteigenossen auf dem Lande, die ohnedies gegen Berge von Unwissenheit und Gleichgültigkeit zu kämpfen haben, die Möglichkeit nehmen, für unsere Ideen in der Zukunft an Boden zu gewinnen. Wenn wir die Taktik der norddeutschen Genossen, denen ich übrigens einen längeren Landaufenthalt in einer solch schwarzen Gegend zum besseren Verständnis unserer politischen Lage empfehlen möchte —, befolgen wollten, wäre das politischer Selbstmord.“

Es kommen aber auch entgegengesetzte Stimmen zu Worte wie z. B. die folgende:

„Von seiten der Budgetbewilliger und der badischen Parteipresse wird als Entschuldigungsgrund für die Budgetbewilligung angeführt, daß es von den badischen Landtagswählern nicht verstanden worden wäre und sicherlich Verwirrung verursacht hätte, wenn die Fraktion das Budget abgelehnt hätte. Wo auf die paar tausend Landtagswähler nahm man Rücksicht, aber auf die Millionen Reichstagswähler, die das Verhalten der Fraktion auch nicht verstehen werden, und unter denen es nicht nur Verwirrung, sondern auch noch Erbitterung hervorbringt, daß man sich über einen Parteibeschluß ohne Grund einfach hinwegsetzt, braucht man nach Ansicht dieser Genossen keine Rücksicht zu nehmen. Dann wird von der Mehrheit der Fraktion weiter angeführt, daß man durch die Budgetbewilligung dem Zentrum habe Abbruch tun wollen, und die „Volksstimme“ meint, das Zentrum „wäre“ über diese Niederlage. Ich bin der Meinung, daß man dadurch dem Zentrum keinen großen Schaden zufügen wird, und daß das Zentrum keine Ursache hat, zu wüten. Im Gegenteil könnte dem Zentrum doch nichts willkommener sein, als diese Budgetbewilligung, gerade jetzt, wo nicht nur die sozialdemokratische Arbeiterchaft bei der nächsten Reichstagswahl auf einen großen Zuwachs von sozialdemokratischen Stimmen und Mandaten rechnen, sondern auch unsere Gegner schon 120 bis 180 Mandate für unsere Partei herausgerechnet haben. Ist es doch dadurch dem Zentrum möglich, die Aufmerksamkeit seiner Wähler von dem Volksbetrug, den es bei der letzten Finanzreform begangen hat, ab- und auf den Streit in unseren Reihen hinzulenken, und so die Wähler durch allerlei Lug und Trug wieder für sich einzufangen. In Nummer 104 der „Volksstimme“ wird in einem Artikel behauptet, daß, wenn die Sozialdemokraten das Budget nicht bewilligt hätten, dann auch die Städte- und Gemeindeordnungsreform nicht so erledigt worden wäre. Man gibt sich damit den Anschein, als was wunderbar für die Arbeiter auf dem Spiel gestanden hätte, und doch habe ich die Ueberzeugung, daß, wenn diese Städte- und Gemeindeordnungsreform nicht so erledigt worden wäre, keinem Arbeiter etwas deswegen eingefallen wäre. Auch bin ich der Ueberzeugung, daß alle Arbeiter mit mir darin einig sind, daß der Arbeitsnachweis in Mannheim in der Schwelinger Vorstadt und mehr schadet, als uns die ganze Städte- und Gemeindeordnungsreform je nutzen kann, und gerade in dem Punkt, Arbeitsnachweis, hat die Regierung gänzlich versagt. Ich habe auch die feste Ueberzeugung, daß, wenn die Mannheimer Arbeiterchaft demnächst etwas gegen den Arbeitsnachweis unternimmt, der Minister v. Bodman, wegen dessen Stellung ja das Budget bewilligt worden sein soll, sich seinen Augenblick besinnen wird, der Polizei die Anweisung zu geben, bei gelegener Zeit den Säbelhauern und den Revolver schickten zu lassen; wie er ja schon einmal im Landtage gedroht hat. Meines Erachtens mag man die Sache betrachten, wie man will, so findet sich kein stichhaltiger Grund dafür, daß die Fraktion das Budget hätte bewilligen müssen, aber Gründe gerade genug, die für die Ablehnung sprechen. Es ist deshalb auch wünschenswert, wenn der deutsche Parteitag dafür sorgt, daß den Budgetbewilligern jede Gelegenheit genommen wird, noch weitere Verwirrung und Erbitterung in die Partei zu tragen und dadurch die Einheit und Einigkeit in der Partei zu stören, zum Schaden der Arbeiterchaft.“

### Badische Organisationen zur Budgetbewilligung.

In Karlsruhe wurde in einer von etwa 400 Parteigenossen besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Mittwochabend die Budgetfrage behandelt. Der Referent Sauer empfahl der Versammlung, auf dem nächsten Parteitage die Besetzung des Budgetbewilligungsparagrafen zu beantragen. Für uns in Baden könnte nur die fruchtbringende Tätigkeit der Fraktion maßgebend sein und die Abgeordneten hätten das Vertrauen ihrer Wähler vollauf gerechtfertigt. An der Diskussion be-

teiligten sich auch die Wgg. Kolb und Dr. Franz. Ein Antrag betreffend Zustimmung zur Haltung der badischen Landtagsfraktion wurde mit allen gegen 12 Stimmen, ein weiterer Antrag, der Aufhebung des Rührberger Beschlusses forderte, mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Von badischen Organisationen sprach der sozialdemokratische Verein von Wiesloch der Fraktion volles Vertrauen aus und billigte die Budgetabstimmung, dagegen erklärte eine Parteiverammlung in Mühlheim gegen eine starke Minderheit, daß sie die Budgetabstimmung für einen taktischen Fehler halte.

Die Generalversammlung für den Reichstagswahlkreis Cottbus-Spremburg tagte am Sonntag in Peitz. Nach Erledigung des Geschäftsberichts wurde eingehend Stellung zum Magdeburger Parteitag genommen. Zum badischen Disziplinbruch nahmen die Delegierten folgende Resolution an:

„Die Kreisgeneralversammlung des Reichstagswahlkreises Cottbus-Spremburg verurteilt auf das entschiedenste die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Staatsbudget. Durch diesen Beschluß hat die badische Landtagsfraktion dem Parteitagbeschlusse in Rürnberg eine betrübte Mißachtung entgegen gebracht und sich freiwillig außerhalb der Partei gestellt. Die heutige Kreisgeneralversammlung erwartet, daß der Parteitag in Magdeburg diejenigen Maßregeln ergreift, die auf Grund des Organisationsstatuts geboten erscheinen.“

Der sozialdemokratische Verein für den 7. sächsischen Reichstagswahlkreis Meissen-Gröden hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Mitgliederzahl und Abkommen der Parteipresse sind gestiegen. Die erstere beträgt 4148 gegen 3471 im vorhergehenden Jahre, davon hat Meissen allein 1841 Mitglieder. Die Einnahmen betragen im verfloffenen Jahre 14 825,14 M., die Ausgaben 6122,84 M., so daß ein Kassenbestand von 8702,30 M. verbleibt. Zum Parteitag wurde folgende Resolution des Genossen Schmidt-Meissen angenommen:

„Die am 24. Juli in der Weipolburg in Meissen tagende Kreisversammlung für den 7. sächsischen Reichstagswahlkreis erklärt in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entschiedenste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb der Partei gestellt haben.“

### Der sozialdemokratische Verein für Schaumburg-Lippe

hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Der Verein zählte am Schlusse des ersten Halbjahres in neun Ortsgruppen 299 Mitglieder, gegen 208 am Schlusse des Vorjahres. Durch die letzte Krisis in der Glasindustrie hat der Verein viele Mitglieder verloren. Die Gesamtsummen des Vereins betragen im Geschäftsjahre 1909/10 727,66 M., die Ausgaben 622,82 M., so daß ein Kassenbestand von 104,84 M. zu verzeichnen war. Anwesend waren 20 Delegierte und Parteifunktionäre, Vertreter des Agitationskomitees und der Presse und der Landtagsabgeordnete. Zum Ausbau der Organisation sollen monatlich regelmäßig Ortsversammlungen abgehalten werden. Von der Beschäftigung des Parteitages wurde Abstand genommen. Der Landtagsabgeordnete Lorenz gab zum Schlusse einen kurzen Bericht von der Tagung des Landtages.

„Anrichtige Darstellung“. In unserem Bericht über die in Dresden-Mittstadt stattgefundene Parteiversammlung wurde die Annahme folgender Resolution mitgeteilt: „Die Parteiverammlung des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises erklärt in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entschiedenste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb der Partei gestellt haben. Die Versammlung erwartet, daß die Disziplinbrecher aus ihrem Verhalten die Konsequenzen ziehen werden und ihre Mandate niederlegen.“

Dazu bemerkt die „Dresd. Volks.“: „Die Meldung ist infolgedessen unrichtig, als kurz vor der Abstimmung der letzte Satz, der die Niederlegung der Mandate fordert, vom Genossen Siedemann zurückgezogen worden war, nachdem eine ganze Reihe Debattierender sich dagegen erklärt hatte. Die so geänderte Resolution Siedemann wurde dann, nachdem die erste Abstimmung zweifelhaft war, gegen eine starke Minderheit angenommen.“

Dazu wird und berichtet, daß nicht der ganze Satz, sondern die letzten Worte: „und ihre Mandate niederlegen“, zurückgezogen. Das ist immerhin ein Unterschied.

### Ein sozialdemokratisches Gemeindevorstandsmitglied befristet.

Der Arbeiter Stadt- und Landrat hat am Mittwoch den Genossen Weder, der zum Mitglied des Gemeindevorstandes im Orte Tremsdorf gewählt war, in dieser Eigenschaft befristet und befristet. Bisher hat die liberale Behörde die Befristung sozialdemokratischer Gemeindevorstandsmitglieder stets grundsätzlich unterlassen; so wurden seinerzeit in dem lübischen Dorfe Noisling fünfmal sozialdemokratische Gemeindevorstandsmitglieder gewählt, aber nie befristet. Vielleicht beginnt es jetzt bei der „republikanischen“ Regierung zu dümmern.

## Soziales.

### Textilarbeiter in Rheinland-Westfalen.

In der rheinisch-westfälischen Textilindustrie ist eine Besserung eingetreten. Nach dem jüngsten Bericht dieser Berufsgenossenschaft ist die Zahl der versicherten Betriebe von 2781 auf 2788, also um 7 gestiegen. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter hat sich jedoch erheblich wieder vermehrt und ist von 142 192 auf 148 836, also um 6657 gestiegen. Die stärkste Zunahme hatte Sektion Warken mit 2428 Versicherten, während in der gleichstarken Sektion Münster die Zunahme nur 829 betrug. Der Durchschnittslohn der Textilarbeiter ist von 888 M. auf 912 M. im Berichtsjahre gestiegen. Im Jahre 1887 betrug der Durchschnittslohn gar nur 648 M. Ohne energische Lohnbewegungen der Textilarbeiter wäre heute noch nicht diese „Höhe“ erreicht, die doch noch Hungerlöhne bilden, da sie Durchschnittslohn sind, also auch den Lohn der Vorarbeiter, Bezugsmeister usw. mit enthalten.

Während des Jahres 1908 wurden insgesamt 2245 Unfälle der Berufsgenossenschaft gemeldet, von diesen jedoch nur 408 entschädigt. Die Zahl der Unfälle ist gegen das Vorjahr um 5 zurückgegangen. Von den entschädigten Unfällen hatten 9 Fälle tödlichen Ausgang. Nach der dem Berichte beigegebenen Statistik hatten die Unfälle eine Erwerbsunfähigkeit zur Folge und zwar: bis zu 4 Wochen: 1265 Fälle, bis zu 13 Wochen 475 Fälle, mehr als 13 Wochen ohne dauernde Folgen: 75 Fälle, mit dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit 295 Fälle, dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit in 1 Fall usw. Die Krankenkassen haben also in den allermeisten Fällen wieder die Lasten und Kosten des Heilverfahrens getragen, ohne einen Fennig Erfolg dafür zu erhalten.

Am maschinellen Betrieb sind 601 Unfälle vorgekommen, während der Rest als außer Zusammenhang mit dem maschinellen Betrieb gebucht wurde. Als Art der Verletzungen bezeichnet der Bericht: in 171 Fällen Verletzungen von Kopf und Gesicht (Augen), in 1201 Fällen von Armen und Händen (Fingern), in 457 Fällen von Weinen und Füßen, in 187 Fällen Verletzungen mehrerer Körperteile zugleich. Von den eingeleiteten Verurteilungen der Verletzten hatten nur 69 Erfolg, während in 190 Fällen die Verurteilung vom Schiedsgericht abgewiesen wurde. — Die Berufsgenossenschaft hatte selbst noch 13 Refurse erhoben und wurden von diesen dreizehn zu ihren Gunsten und 6 zu ihren Ungunsten entschieden, während die Verletzten 97 Refurse erhoben hatten und in 9 Fällen nur siegten und in 88 Fällen abgewiesen wurden.

Die technischen Aufsichtsbeamten der Genossenschaft haben im Berichtsjahre 2308 oder 83 Proz. der Betriebe revidiert. Rechnete man die einzelnen auf 3 Druckseiten des Berichtes näher angeführten Verträge gegen die Unfallverhütungsvorschriften zusammen, so ergibt sich, daß insgesamt in 2333 Fällen Verstöße vorgefunden wurden. Warum die Berichte nie Gesamtzahlen bringen?

Wetter heißt es in dem Bericht: „In dem Reibstoffsbezirk M. Gladbach beschwerten sich in einer Weberlei die Weber beim Aufsichtsbereitschaften darüber, daß die verbrauchte schlechte Luft nicht erneuert werden könnte, da sämtliche nach der Strafe gelegenen Fenster zugemauert waren.“ In dem schwarzen Gladbach scheint man eben Luft und Licht.

Auch lasse die Durchführung der erlassenen Unfallverhütungsvorschriften viel zu wünschen übrig und wurden im Berichtsjahre noch viele Verstöße vorgefunden. Teils waren seitens der Unternehmer abgemauerte Schutzvorrichtungen nicht ersetzt, teils von Arbeitern solche abgenommen oder außer Tätigkeit gesetzt. An mehreren neuen Maschinen fehlten sie überhaupt.“ Außer auf Verstöße gegen die Vorschriften hatten die Aufsichtsbeamten oft Gelegenheit auf mangelhafte Betriebsbedingungen aufmerksam zu machen, so auf zerbrochene, sich bewegende Maschinenteile, außer Betrieb gesetzte Wasserhähne, welche nicht mehr funktionierten.“ Ferner wird über den Zustand der Leitern und Treppen geklagt, daß wieder in einer großen Anzahl von Betrieben die Arbeiterinnen während des Betriebes die Haargöpfe nicht aufgeschickt tragen und sich dadurch großen Gefahren aussetzen. Zu den Gefahren gehöre es aber, daß jugendliche oder weibliche Arbeiter an gefährlichen Maschinen beschäftigt würden. In einem Falle sei nur ermittelt worden, daß dem Meister dessen noch schulpflichtiger Sohn regelmäßig während seiner freien Zeit an der Spinnmaschine half und wurde dies dann verpöndelt. Sider ist dies kein Einzelfall. „Nach der Ansicht der Aufsichtsbeamten lassen die Fabrikmeister es auch vielfach an der nötigen Aufsicht fehlen“ usw. Trotzdem bringen es die Aufsichtsbeamten fertig, zur Entschädigung ihrer Unternehmer darauf hinzuweisen, daß in der Unvorsichtigkeit und Unachtsamkeit der Arbeiter in den meisten Fällen die Ursache der Beschädigung zu finden ist.“ Es wird dann zwar noch hinzugefügt, daß auch mangelhafte Betriebsbedingungen usw. in Betracht kommen, in der Schlussstatistik über Ursachen der entschädigten Unfälle bei 427 ermittelten Fällen in 281 „Schuld des Arbeiters“ angegeben und nur in 29 Fällen Schuld des Arbeitgebers. Auf Konto „unvermeidliche Betriebsgefahr“ werden 81 Fälle gebucht.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein recht kuriose Geschichte,

welche das Jmberchell des Auditoriums in bedenkliche Erschütterung brachte, beschäftigte gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Heilbronn die 4. Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Wegen intellektueller Urkundenfälschung war der Arbeiter Walter Lehmann angeklagt. — Der Bruder des Angeklagten, Friedrich Lehmann, war wegen Gewerbevergehens zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Als er diese nicht bezahlte, sollte er die in dem Richtgahlungsfalle für die Geldstrafe substituierte Haftstrafe verbüßen. Die Anklage behauptet nun, daß nicht Friedrich Lehmann, sondern der jetzige Angeklagte Walter Lehmann die Strafe abgeleistet habe. Da sich Walter L. bei der Aufnahme in das Gefangeneregister als Friedrich L. ausgegeben hatte, so lag hierin eine intellektuelle Urkundenfälschung. Diese Anklage basierte auf folgendem Vorfall. Nachdem der angeklagte Friedrich Lehmann zwei Tage der Strafe abgeleistet hatte, ließ er sich vorführen und behauptete, daß er gar nicht Friedrich L., sondern Walter Lehmann sei. Die Strafsanktionsbehörde entließ nun merkwürdigerweise, ohne diese Angabe erst nachzuprüfen, den Inhaftierten und erstattete gegen Walter L. die Anzeige, welche das jetzige Strafverfahren zur Folge hatte.

In der gestrigen Verhandlung stellte es sich unter allgemeiner, vom Vorsitzenden fast nicht zu unterdrückender Heiterkeit heraus, daß die Justizbehörde tatsächlich einem recht originellen Trick zum Opfer gefallen war. Es ergab sich, daß sich in Wirklichkeit der richtige Lehmann zum Strafantritt gemeldet hatte. Als es ihm im Gefängnis nicht gefiel, behauptete er einfach, er wäre nicht der richtige und gab sich als Walter Lehmann aus. Er wurde daraufhin ohne weiteres entlassen. Nach dieser eigenartigen Aufklärung des Sachverhalts erfolgte natürlich auf Antrag des Staatsanwalts die Freisprechung des Angeklagten.

### Der Herr Graf.

Wie leichtfertig mitunter Geschäftsleute mit der Kreditgabe bei Personen sind, die lediglich einen hochklingenden Namen tragen, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Heilbronn vor der 4. Ferienstrafkammer des Landgerichts I stattfand.

Angeklagt wegen Betruges im Rückfalle war der Kontorist Robert Kladen. Der Angeklagte, welcher schon wiederholt wegen aller möglichen Hochkapereien vorbestraft ist, wurde kürzlich zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. In dem Zuchthause ließ er sich vor kurzem bei dem Anstaltsdirektor melden und bezichtigte sich selbst noch einer weiteren Straftat, wegen der er sich jetzt zu verantworten hatte. Am 16. Januar war der Angeklagte aus dem Gefängnis entlassen worden. Schon am nächsten Tage mietete er sich in der Landsbacherstr. 87 ein nobles Quartier, für welches er 110 M. Miete zu zahlen hatte. Der Wirtin gegenüber gab er sich als „Student der Rechte Graf Gradus von Helmstedt-Behlen“ aus, die den Schwindler auch in gutem Glauben mit diesem Namen bei der Polizei anmeldete. Nachdem sich der Angeklagte mit seinem Verdienst aus dem Gefängnis in Höhe von 75 M. eine Contourmütze und Band und vor allen Dingen ein Monatel angekauft hatte, ging er darauf aus, sich die erforderlichen Legitimationspapiere zu verschaffen. Infolge seiner Anmeldung bei der Polizei stellte ihm diese anstandslos auf den Namen Graf von Helmstedt-Behlen eine Kaufverurteilung aus. Mit Hilfe dieser ließ sich R. wiederum eine amtliche Postausweiserte ausstellen, auf welcher seine Photographie als stoffter Corpsstudent prangte. Nachdem er in dieser Weise den Boden vorbereitet hatte, ging er auf Kreditgeschwinder aus. Alle möglichen Geschäftsleute besuchten sich unter diesen Wädlingen und Hofflichkeitssprossen dem „Herrn Grafen“ Kredit einzuräumen, der diese Leichtfertigkeit natürlich auch nach Kräften ausnützte. Außerdem ließ sich der Herr Graf bei einer aus Richtadamen bestehenden Verbindung „Nugia“ aufnehmen, welche ihrem „vornehmen“ Mitglied alle möglichen Ehren erwies. Der Herr Graf war mit verschiedenen natürlich ebenfalls gedumpte Dedikationen sehr spendabel, wofür er wiederum mehrere Bier- und Weinspindel einheimste. Einem jungen Mädchen, welches jetzt von dem Pseudografen ein schreiendes „Souvenir“ erhalten hat, änderte er unter der Vorspiegelung, daß er Neuschulden habe und er sich erschießen würde, wenn er nicht zahlen könne, 250 Mark ab, die sich das Mädchen zum Teil erst selbst zusammendörnte. — In der Verhandlung brachte der Vorsitzende in recht drastischer Weise zur Sprache, wie unglaublich leicht es dem Angeklagten gefallen war, sich von zahlreichen Geschäftsleuten lediglich auf seinen Grafentitel hin Kredit zu verschaffen. — Den Urteil lautete auf 1 Monat Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe zusätzlich.

### Ein Schwefeläureentast eines verschmähten Liebhabers

wurde vor der 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts II verhandelt. Wegen qualifizierter Körperverletzung im Sinne des § 234 St.-G.-B. war der Bahnarbeiter Robert Wlzig angeklagt. Der Angeklagte unterhielt seit Weihnachten v. J. mit einem Dienstmädchen Cester ein Liebesverhältnis. Nachdem das erste Strohfeuer beraucht war, trat eine starke Abkühlung in den Beziehungen ein. Die C. teilte dem Angeklagten brüchlich mit, daß sie nur die Liebe wie eine Schwester zu ihrem Bruder, nicht aber die wahre „alleinseligmachende“ Liebe zu ihm empfinde. Wegen dieses Abkühlungsbriefes geriet W. in eine furchtbare Erregung. Er verfolgte das Mädchen auf Schritt und Tritt. Hierbei beobachtete er am 22. M. d. J., daß die C. mit einem anderen Manne Arm in Arm die Straßen entlang ging. In eifersüchtiger Wut sahte W. einen furchtbaren Plan. Am nächsten Tage begab er sich nach



der Warburgstr. 17, wo die G. in Stellung war. Als das Mädchen ahnungslos öffnete, goß ihr der Angeklagte konzentrierte Schwefelsäure in das Gesicht. Wie durch ein Wunder blieben die Augen des Mädchens verschont, während es sonst entsetzliche Brandwunden erlitt. Die G. befindet sich noch heute im Krankenhaus und erfährt mit einem Verbände vor Gericht. Da durch die ätzende Wirkung der Säure entstellende Narben und Wunden entstanden sind, lautete die Anklage auf schwere Körperverletzung. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt.

## Aus der Frauenbewegung.

**Die ungünstigen gesundheitlichen Wirkungen der Frauennarbeit.**  
Eine bemerkenswerte Beobachtung aller Krankenkassen ist, daß die Frauen öfter und auch länger krank sind, als die Männer. Das ist ganz offenbar eine Folge der Tatsache, daß die immer mehr in das Erwerbsleben hineingezogene Frau den körperlichen Anstrengungen nicht gewachsen ist, welche die dauernde regelmäßige Berufsarbeit mit sich bringt. Dazu kommen noch die Pflichten der Mutterschaft, welche die Krankheitsgefahren der Arbeiterinnen erhöhen. Das Kaiserliche Statistische Amt hat in seiner neuen großen Statistik der Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse festgestellt, daß auf 100 ein Jahr lang beobachtete, gegen Krankheit versicherte Personen in dem Alter von 25 bis 34 Jahren Krankheitsfälle entfielen

	männlich	weiblich
Bei den Pflichtmitgliedern	86,8	47,7
freiwilligen Mitgliedern	71,8	67,3

Daraus ist zu ersehen, daß nur bei denjenigen weiblichen Personen die Zahl der Krankheitsfälle höher ist, die erwerbstätig sind. Bei den freiwilligen Mitgliedern aber, die sich der Ruhe pflegen können, ist die Krankheitshäufigkeit bei den Männern größer. Daß im allgemeinen die Krankheitsfälle bei den freiwilligen Mitgliedern zahlreicher sind als bei den Pflichtmitgliedern, erklärt sich daraus, daß die freiwillige Mitgliedschaft vorwiegend nur von kranken Personen ausreicht erhalten wird.

Betrachtet man die auf beide Geschlechter entfallende Zahl der Krankheitsstage nach Altersklassen, so ist bemerkenswert, daß die Frauen in den mittleren Jahren den größten Krankheitsgefahren unterliegen. Das zeigt folgende Uebersicht:

Altersklasse	Auf 100 Versicherungspflichtige Mitglieder entfielen Krankheitsstage		Die männlichen Mitglieder haben mehr (+) wenig (-)
	männliche	weibliche	
unter 15	595	583	+ 62
15 bis 19	617	754	- 137
20 bis 24	657	955	- 298
25 bis 29	708	1205	- 497
30 bis 34	814	1395	- 581
35 bis 39	941	1485	- 544
40 bis 44	1088	1458	- 366
45 bis 49	1243	1496	- 253
50 bis 54	1456	1490	- 34
55 bis 59	1705	1486	+ 219
60 bis 64	2069	1632	+ 437
65 bis 69	2700	2373	+ 327
70 bis 74	3456	2581	+ 875
75 und mehr	4043	2512	+ 1531

Hier zeigt sich klar, welchen Einfluß die Mutterschaft ausübt. In dem hierfür in Betracht kommenden Alter der Frauen sind diese der Krankheitsgefahr mehr ausgesetzt, in der übrigen Zeit die Männer. Daß auch hier die in der Mutterschaft und der Erwerbstätigkeit bestehende Doppelpflicht die Ursache trägt, geht daraus hervor, daß bei den freiwilligen Mitgliedern in fast allen Altersklassen gleichmäßig die männlichen Mitglieder mehr Krankheitsstage als die weiblichen haben.

Hinsichtlich der durchschnittlichen Dauer der Krankheit wird folgendes festgestellt: Es entfielen auf einen Krankheitsfall Krankheitsstage

	männlich	weiblich
Bei den Pflichtmitgliedern	21,8	24,6
freiwilligen Mitgliedern	36,5	36,4

Für das Alter von 25 bis 34 Jahren ergibt sich bei den männlichen Pflichtmitgliedern eine Krankheitsdauer von 20,5, bei den weiblichen von 26,6 Tagen. Auch hier zeigt sich, daß die benachteiligten Frauen nur die erwerbstätigen sind.

### Lesabende.

**Drittes Treptow.** Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Schnorre, Eisenstraße 106: Frauen-Lesabende. Vortrag der Genossin Anna Matyske: Berlin: „Die Frau im heutigen Klassenstaat“.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Sechster Kreis.** Am Montag, den 1. August, nachmittags 1 Uhr, veranstalten die Genossinnen der 6., 9. und 10. Abteilung des sechsten Kreises ein Kinderfest, verbunden mit Kaffeeloch, im Moabiters Schützenhaus, Plögensee. Um zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen wird gebeten.

## Versammlungen.

Zu unseren Berichten über die letzten Parteiversammlungen erhalten wir folgende Erklärungen:

Der Bericht des „Vorwärts“ über die Parteiversammlungen vom Dienstag bringt zwei Sätze aus meinen Darlegungen, die geeignet sind, meine Ausführungen in ihr Gegenteil zu verwandeln. Ich machte die Bemerkung, daß man nun von den Gewerkschaften verlange, sie sollen für die Beachtung der Disziplin eintreten. Demgegenüber müsse aber verlangt werden, daß auch dann der Parteitag die gewerkschaftliche Arbeit anerkenne. Es sei in einer Gewerkschaft schlechterdings unmöglich, daß man einen, dem Münchener ähnlichen Beschluß fasse, wenn eine so starke Minderheit vorhanden sei. Dazu komme dann noch die Erklärung der 66, die einfach zu Protokoll genommen wurde. Damals hätte sofort die nötige Klarheit geschaffen werden müssen, indem man weiter verordnete und einen Beschluß zustande gebracht hätte, der nicht jede Bewegungsfreiheit hindere. Von den badischen Parlamentariern sei anzunehmen, daß sie nach reiflicher Ueberlegung zu ihrer Stellungnahme gekommen sind. Fr. Runge.

In dem Bericht über meine Rede im 6. Berliner Reichstagswahlkreis am 26. Juli wird mir folgender Passus in den Mund gelegt:

„Rechtlich werden schon jetzt energische Maßnahmen gefordert, aber es soll dem Parteitag nicht vorgegriffen und vermieden werden, daß man uns vorverurteilen kann, wir seien es, die durch vorschnelle Beschlüsse die Parteieinheit zertrümmern, jetzt wo die Reichstagswahlen vor der Tür stehen.“

Die in den gesperrt gesetzten Worten enthaltene Warnung habe ich nicht als meine Ansicht ausgesprochen, sondern ich habe sie vielmehr ausdrücklich bekämpft. Ich habe ausgeführt, daß es völlig widersinnig sei, für die schädlichen Folgen des Disziplinbruchs diejenigen Genossen verantwortlich zu machen, die gegen den Disziplinbruch entschieden vorgehen. Wenn die Disziplinbrecher selbst und deren Freunde mit dazugehörigen Redensarten uns vor einem energischen Vorgehen zurückzuführen suchen, so solle man sich nicht dadurch beeinflussen lassen. Das schlimmste, was der Partei passieren könne, seien nicht die Folgen eines Ausschusses, sondern die völlige Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Verordnung des Parteizusammenbruchs**, die daraus resultieren würde, wenn nicht gegen die Wiederholung eines solchen Disziplinbruchs Bürgschaften geschaffen werden. Jetzt sofort den Ausschluß der frondierenden Badenier zu verlangen, ginge aber deshalb nicht, weil ihnen in Magdeburg erst Gelegenheit gegeben werden müsse, sich zu erklären, ob sie in ihrer Haltung beharren, oder die bindende Verpflichtung eingehen wollen, künftig die Parteitagbeschlüsse zu halten. Würden sie eine solche Verpflichtung nicht eingehen, so bliebe dem Parteitag nichts übrig, als zu erklären, daß die frondierenden badischen Landtagsabgeordneten sich außerhalb der Partei gestellt haben. 28. Juli 1910. G. Ledebour.

In dem Bericht über die Generalversammlung des Wahlkreises Rixdorf läßt mich der „Vorwärts“ sagen: „Die bössischen Akte, welche die badischen sozialdemokratischen Abgeordneten mitgemacht haben, seien in der Verfassung begründet.“

Ich habe das nicht gesagt. Vielmehr bezeichnete ich die Anwesenheit der badischen Genossen im Landtagsaal beim Schluß des Landtags und während des Hochs auf den Träger der Krone als ein rein taktisches Verhalten, begründet durch die wütenden Angriffe des Zentrumsjunkers v. Stöckingen auf den Großhändler und den Großhändler v. Bodman. Dagegen sei die im Herbst vorgesehene Teilnahme zweier Genossen an der Gratulationscour begründet durch die beim Eintritt in das Landtagspräsidium gegebene Zusicherung, alle durch die Verfassung vorgesehenen Veranstaltungen mitzumachen. Zu diesen gehöre auch die Gratulationscour bei der silbernen Hochzeit des Großherzogpaars. Nachdem die Mehrheit der Kammer die Entsendung einer Deputation beschlossen, habe es für die sozialdemokratische Fraktion kein Ausweichen mehr gegeben, ohne sich der Wortbrüchigkeit schuldig zu machen. Fr. Jauch.

## Vermischtes.

### Treuer Dienste Belohnung.

Unerwarteter Meldung die Kapitalistenpresse aus Jßcherben bei Halle: „Die Bergleute Adolf Weiß von hier und August Schmidt aus Dölan erhielten von der Verwaltung der Pfännerhofschen Grube Alt-Jßcherben für 25jährige treue ununterbrochene Dienstleistungen jeder eine silberne Uhr und ein Sparbüchlein mit 200 Mark.“

Wieder ein Beweis für die ungetrübte Harmonie zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. 200 Mark und eine silberne Uhr für 25 Jahre treuer Dienste! Macht pro Jahr, die Uhr zu 25 Mark Wert gerechnet, den Betrag von neun Mark oder pro Arbeitstag 3 Pfennig. Und wieviel Lebensfreude, wieviel Kraft und Gesundheit haben die beiden „Belohnten“ in den Pfännerhofschen Gruben gelassen? Wieviel Werte haben sie denen erzeugt, die die Grube vielleicht nie gesehen haben? — Gewiß, die Grubenverwaltung brauchte nichts zu geben. Aber welche schlechten Eindruck hätte das gemacht und wie gut und „beweiskräftig“ ist der Eindruck dieses „edlen“ Geschenkes auf Leute mit undichten Tränenröhren.

### Bergmannslos.

Durch einen schweren Gesteinseinbruch auf der vierten Sohle der Zeche „Waldur“ bei Buer sind die Bergleute Johann Bomm und Wilhelm Goman vollständig abgesehlossen worden. Nach längerer mühevoller Arbeit gelang es den zur Rettung herbeigeeilten Kameraden, die beiden Knappen aus dem Gesteinmassen hervorzuholen. Beide Bergleute haben jedoch so furchtbare Verletzungen erlitten, daß der Tod sündlich eintreten kann.

### Neues von der Luftschiffahrt.

Das Militärluftschiff „M. III“ hat Mittwochabend eine Fernfahrt von Tegel aus unternommen. Auf der Fahrt nach Gotha passierte das Luftschiff Donnerstag früh 6 Uhr 15 Min. die Stadt Erfurt, um 7 Uhr erreichte es Gotha, führte einige Schleifen über der Stadt aus und schlug dann die Richtung nach Eisenach ein, wo es um 7 Uhr 20 Min. gestoppt wurde.

Nachdem sich das Luftschiff um 9 Uhr über Reiningen befand, erfolgte 12 1/2 Uhr in Gotha bei der neuerbauten Ballonhalle eine glatte Landung.

Wie ein Telegramm aus Koburg besagt, ist die Rückfahrt am heutigen Freitag direkt von Gotha nach Berlin beabsichtigt.

Aus Bitterfeld wird vom gestrigen Tage gemeldet: Abends 10 Uhr stieg der für München erbaute Luftkreuzer „Parseval VI“ bei frischem Winde zu einer kurzen Probefahrt auf. Außer dem Führer Oberleutnant Stelling befanden sich noch sechs Personen in der Gondel. Das Fahrzeug war von 800 kleinen Glühbirnen geschmückt, die von der Gondel aus bedient wurden, und durch deren Beleuchtung das Luftschiff ein reizvolles Bild bot. Der eigentliche Zweck des Aufstieges war die Erprobung der von dem technischen Direktor der Luftfahrzeuggesellschaft in Berlin konstruierten Projektionsapparate. Es wurden nämlich Lichtbilder gegen den Ballonkörper geworfen, die gleichfalls den Zuschauern ein eigenartiges Schauspiel boten. Das Luftschiff bewegte sich in einer Höhe von 250 Metern und darüber. Nach zwanzig Minuten erfolgte dann eine sehr glatte Landung. Mit diesem Aufstieg haben die Versuche dieser Art ihren endgültigen Abschluß gefunden.

Die Leitung der Ausstellung München für 1910 teilt mit, daß in der Nacht zum Freitag der für München erbaute Luftkreuzer „Parseval VI“ in Bitterfeld zur Fahrt nach München aufsteigen und am Freitag vormittag zwischen 10 und 12 Uhr in München eintreffen werde.

### Kleine Notizen.

**Schiffkatastrophe.** Aus Panama meldet ein Telegramm: Der neue peruanische Dampfer „Huallaga“ ist vor der Küste von Peru verdrankt. Drei Matrosen haben dabei ihr Leben eingebüßt. Die Passagiere und die übrigen Mannschaften sind von dem Schwesterdampfer „Uncahuasi“ an Bord genommen worden.

Eine Lehrerin wegen Kuppelerei verurteilt. Eine Judoposter Lehrerin, namens Fanny Zwinger ist wegen Kuppelerei verurteilt worden. Unter dem Schilde eines Ueberlegungs-Bureaus verpuppelte sie junge Mädchen mittelalter Eltern, die sich durch Ueberlegungen und Schreibmaschinarbeiten etwas erwerben wollten, an alte Weibsmänner. Sie wurde zu nur zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das milde Urteil erregt begreiflicherweise viel Aufsehen.

**Schwere Explosion.** Bei einem gestern abend von der Kurverwaltung im Kurpark von Bad Deynhausen veranstalteten Feuerwerk lag ein Feuerwerkskörper in den Behälter, wo die übrigen noch lagerten. Es entstand eine Explosion, durch welche die Frau des Werkmeisters Witten getötet und drei Personen schwer verletzt wurden.

**„Begnadigt.“** Der französische Präsident Fallières „begnadigt“ den zum Tode verurteilten Soldaten Grab, der am 15. Dezember vorigen Jahres Frau Souin, die Witwe des früheren Präsidenten der Bank von Frankreich, ermordet hatte, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

**Feuerbruch** nach einer Ludwigschafener Meldung gestern abend in der badischen Anilin- und Sodafabrik aus. In dem Gebäude 270, in welchem Anhydrid erzeugt wird, entstand eine Explosion, die in kurzer Zeit das ganze Gebäude vernichtete.

Die Pest in Odesa. Seit gestern treten in Odesa Pest-erkrankungen auf. Gestern ereignete sich ein Todesfall; heute werden zwei Erkrankungen und ein Todesfall gemeldet.

Erstochen. Der Münchener talentierte Kunstmalers und Kunstzeichner Wilhelm Johann Müller hat sich in seinem Atelier erschossen. Das Motiv des Selbstmordes ist unbekannt.

Ein schwerer Automobilunfall wird aus London gemeldet: Der Automobilbesitzer Hiet in Birmingham, der sich mit seinem Automobil nach dem Bureau begab, überfuhr auf der Straße ein Kind. Infolgedessen überfiel sich das Automobil und warf sich auf das Kind. Der Fahrerbesitzer erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. Das Kind ist ebenfalls tot, während der Chauffeur mit leichten Verletzungen davonkam.

Familien-drama. Nach einem Telegramm aus London verhaftete die Polizei in Walsall Staffordshire einen Arbeiter namens Daines, der seiner fünfjährigen Tochter mit einem Messer die Gurgel durchgeschnitten hatte. Seinem zwölfjährigen Sohne, der dasselbe Schicksal erleiden sollte, gelang es, aus den Armen des Vaters zu entweichen und die Polizei zu benachrichtigen.

Den Altar zertrümmert. Ein unbekannter Mann verschaffte sich in Segeberg Eingang in die Kirche und zertrümmerte den 400 Jahre alten Altar. Der Kirchengeldner überraschte den Mann bei seiner Tat. Der Täter schnitt sich mit einem Messer die Kehle durch und wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Unsere lieben Freunde u. Genossen

### Oskar Kasner

zu seinem 40. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.  
Die tüchtigen Quartettsänger.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
des  
2. Berl. Reichstagswahlkreises.  
(Bezirk 119.)  
Am Dienstag, den 26. d. Mts.,  
verstarb unser Mitglied, der Tischler  
**Philipp Pape**  
Solmsstr. 24.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag,  
nachmittags 4 Uhr, von der Halle des  
Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Marien-  
dorf aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
97/2 Die Ortsverwaltung.

### Danksgiving.

Allen Freunden und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung und liebevollen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, insbesondere dem Wahlverein des 4. Kreises, dem Lotterieverein Hoffnung, Sparverein Trost und dem Kolonisten von Krügerstraße sage meinen tiefgefühlten Dank.

**Gottfried Möbus.**

### Danksgiving.

Allen Freunden und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung und liebevollen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, insbesondere dem Wahlverein des 4. Kreises, dem Lotterieverein Hoffnung, Sparverein Trost und dem Kolonisten von Krügerstraße sage meinen tiefgefühlten Dank.

**Gottfried Möbus.**

### Danksgiving.

Für die aufrichtige Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

**Martha Barlösius**  
sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Gesangsverein „Alpen-  
glöck“, den Kollegen des „Klassen-  
kellers“ der Brauerei Bahrenhölzer NO,  
den Genossen und Genossinnen des  
396. Bezirks, Teil I, ferner den Wierern  
des Hauses Wilhelm-Stolze-Str. 21,  
insbesondere der Firma W. Kirchner  
u. Co. meinen herzlichsten Dank.

**Georg Barlösius**  
nebst Kindern.  
Esterle in seiner schönen Barock-  
**Fette Gänse 65.**  
Nur allererste Qualität.  
Gänserümpfe, 1/2 Gänse,  
Fette Suppenhühner,  
junge Brathühner.  
Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1967.

**Sonntag, den 31. Juli, vormittags 10 Uhr:**  
**Mitglieder-Versammlung**  
für Adlershof, Alt-Gliencke u. Rudow  
im Lokal von Bengsch, Adlershof, Sedanstr. 3/4.

Tages-Ordnung:  
1. Der neue Kurs in der Sozialpolitik. Referent: Kollege Oswald  
Johansen. 2. Diskussion. 3. Verlesensdes.  
Kollegen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung  
ist das Erscheinen aller dringend notwendig.  
Gäste willkommen.

**Montag, den 1. August 1910:**  
**Bezirks-Versammlungen**  
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin  
in folgenden Lokalen:

**Norden:** Pharus-Säle, Wallerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.  
Vortrag: „Arbeiterchaft und Christentum.“ Referent: Genosse  
H. Störmer.

**Norden:** Obligions Festsäle, Schwedter Straße 23, abends  
8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Kollegen Adolf Busch über: „Gewerkschafts-  
Bewegung und Konsumgenossenschaften“.

**Norden:** Frankes Festsäle, Sobstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.

**Tegel:** Borsigwalder Festsäle in Borsigwalde, Span-  
bauer Straße, abends 8 Uhr.

**Moabit:** Frachtsäle Nord-West, Wicestrasse 24, abends  
8 1/2 Uhr.

**Westen und Schöneberg:** Wieloch, Schöneberg,  
Grünwaldstr. 82, abends 8 1/2 U

**Osten und Lichtenberg:** Litas Festsäle, Weimeler  
Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.

**Stralau und Rummelsburg:** Blumes Restaurant, Alt-  
Borsig 56, abends 8 1/2 U.

**Südenbezirke:** Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75, abends  
8 1/2 Uhr.

**Weißensee:** Restaurant zum Prälaten, Weißensee,  
Schderstr. 122, abends 8 1/2 Uhr.

**Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Genossen Dr. Bruns Gorchardl.

**Steglitz:** Schellhases Festsäle, Ahornstraße 15a, abends  
8 1/2 Uhr.

**Köpenick u. Friedrichshagen:** Gesellschaftshaus,  
Friedrichshagen,  
Friedrichstr. 69, abends 8 1/2 Uhr.

**Spandau:** Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße 80,  
abends 8 1/2 Uhr.

**Ober-Schöneweide:** Restaurant Wernicke,  
Wilhelmstr. 18, abds. 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung: 119/4

**Stellungnahme zu der Generalversammlung.**  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Wir machen die Genossen nochmals auf das am Sonnabend stattfindende Sommerfest des Wahlvereins aufmerksam.

Schönendorf bei Königswinterhausen. Am Sonnabend, den 30. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Otto Pätz die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Bernau. Die Wahlvereinsversammlung findet am Sonnabend, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr präzis, bei Salzmann statt.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 30. Juli, abends 8 Uhr, feiert im Lokale von R. Peter, Bahnhofsstraße, der hiesige Wahlverein sein erstes Stiftungsfest.

Berliner Nachrichten.

Verlandung der Grunewaldseen.

Schon mancher, der im Grunewald zum ersten Male den Kiemeistersee zu Gesicht bekam, wird sich darüber gewundert haben, wie dieser hübsche Waldteich nur zu dem Ehrentitel eines Sees gekommen sein mag.

Man braucht nur aufmerksam die Ufer der Grunewaldseen oder sonst eines märkischen Sees zu verfolgen, um zu erkennen, wie der Verlandungsprozess arbeitet.

Zwischen den Uferpflanzen im seichten Wasser lebt nun auch eine reiche Fauna kleiner und kleinster Tierchen. Eine Generation nach der anderen stirbt ab; die toten Hüllen sinken zu Boden.

Zu dem Artikel „Auskunft über Kranke“ in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ wird uns geschrieben: Der Zweck der Geleitsvorschrift, daß Ärzte über den Krankheitszustand ihrer Patienten nur einem bestimmten und engbegrenzten Kreise „befugter“ Personen Auskunft geben dürfen, ist der, von dem Kranken Aufregungen und damit eine Verschlimmerung seines Zustandes streng fernzuhalten.

Geistlichen hier Auskunft über den Zustand des Kranken? Oder täuscht der Diener des Herrn absichtlich dem Kranken einen ersten Zustand vor, um besser zu seinem Ziele zu gelangen? Man kann ja darüber streiten, ob in bezug auf die Wahrung des Berufsgeheimnisses seitens des Krankenhausarztes der Geistliche als befugte oder als unbefugte Person anzusehen ist.

Zum Verbrecher geworden.

Der Entwicklungsgang des wegen Postbedräuberei verhafteten fünfzehnjährigen Fürsorgezögling Conrad beweist recht schlagend, daß es fast ausschließlich die sozialen Verhältnisse sind, die den Menschen zum Verbrecher werden lassen.

Und wer trägt die Schuld? Die Gesellschaft ist es, die nicht nur den Vater, sondern auch die Mutter in die Erwerbstätigkeit zwingt, nur um das nötige zum Lebensunterhalt der Familie heranzuschaffen und ihnen keine Zeit übrig läßt, sich um die Erziehung der Kinder so zu kümmern, wie das notwendig wäre.

Ein neues Volksnahrungsmittel.

Ein in Deutschland noch fast unbekanntes Gemüse ist der süße Mais (sweet corn). In den rats bauenden Staaten von Amerika ist er seit langem Volksnahrungsmittel.

Die Baroness auf der Stadtbahn. Ueber einen eigenartigen Vorfall, der sich am Dienstagabend in einem Abteil der Berliner Stadtbahn abspielte, wird von einem Augenzeugen berichtet: Als am Dienstagabend in der zehnten Stunde am Bahnhof Grunewald eine größere Anzahl Personen in ein Abteil der zweiten Klasse einsteigen wollten, wurde ihnen der Zugang durch eine Dame behindert, die das eine Bein in wenig weiblicher Weise auf das gegenüberliegende Polster gestützt hatte.

Ein ungetreuer Briefträger. Gestern morgen um 7 1/2 Uhr ist mit 50 000 M. in bar der Briefträger Ludwig Vergemann, der am 22. Juni 1877 in Jßen, Kreis Burgdorf, geboren ist und in der

Modaistr. 3 wohnte, flüchtig geworden. Darüber werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Der Postbeamte Vergemann, der seit dem Januar d. J. bei dem Postamt 17 in der Fendstraße 8 beschäftigt ist, hatte gestern morgen nach Antritt seines Dienstes den Auftrag bekommen, 50 000 M. nach dem vier Minuten von dem Postamt entfernten Bahnhofamt 4 zu bringen.

Ein Skelettfund wurde von Bauarbeitern in Niederschönheide gemacht. Auf dem an die Spree gelegenen Grundstück Berliner Ede Rudower Straße soll ein Wohnhaus errichtet werden.

Zu der Familientragödie aus der Kahlstr. 4. Unlänglich eines Besuches im Krankenhaus am Urban konnte ermittelt werden, daß der Zustand des einzig überlebenden Opfers immer noch sehr bedenklich ist.

Kinderleiche. Gestern wurde im Landwehrkanal in der Nähe des Schweizerhäuschens im Tiergarten die Leiche eines neugeborenen Mädchens angeschwemmt.

Mit Sublimat vergiftet hat sich gestern die 39 Jahre alte Wirtschafterin Marie Schulenburg aus der Kugelsstraße 84. Von der Nachbarin wurden zwei Ärzte hinzugezogen, die die Ueberführung nach dem Krankenhaus veranlaßten.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Kastanienallee. Ein Geschäftswagen der Firma Otto Reichel, Schweinmörderstr. 70, versuchte zwischen einem in gleicher Richtung sich bewegenden Straßenbahnwagen der Linie 51 und einem an der Vordrüse stehenden Handwagen hindurchzukommen.

Ein Straßenbahnunfall erheblicher Natur ereignete sich gestern früh am Karolplatz. An der Ecke der Karlstraße verfuhr die Frau des Eiserfelders Straße 10 wohnenden Direktors v. Wolff, hinter einem Straßenbahnwagen der Linie 12 hervortretend, den sie eben verlassen hatte, das zweite Gleis zu überschreiten, ohne darauf zu achten, daß in demselben Augenblick aus entgegengekehrter Richtung ein Straßenbahnzug der Linie 14 herannah.

Arbeiter-Vaugenossenschaft „Paradies“. Die Kolonisten auf dem Raubengelde der Vaugenossenschaft „Paradies“ veranstalteten am Sonntag, den 31. Juli zu Wolsdorf bei Oranau ihr diesjähriges Erntefest.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. Durch einen falschen Sparkassenbeamten sind in Schöneberg zahlreiche Personen geschädigt worden. Jugendliche Arbeiter und Dienstmädchen, die kleinere Einzahlungen bei der städtischen Sparkasse, deren Räume sich im Erdgeschoß des Rathhauses am Kaiser-Wilhelm-Platz befinden, machen wollten, wurden am Eingangsportaal von einem Herren angesprochen, der sie nach ihrem Begehren fragte.



**Keller** fragten, mußten sie natürlich erfahren, daß sie einem raffinierten Schwindler in die Hände gefallen waren. Das Treiben des Betrügers kam erst gestern zur Kenntnis der Polizeibehörde, als ein sechszehnjähriger Lehrling aus der Wartburgstraße, der um 18 M. geprellt worden war, Anzeige erstattete. Daß der Gauner seinen plumpen und zugleich frechen Trick längere Zeit hindurch mit Erfolg zur Anwendung bringen konnte, liegt darin, daß die meisten der Geschädigten aus falscher Scham eine Anzeige unterlassen haben. Im Laufe des gestrigen Tages jedoch haben sich eine ganze Anzahl Betrogener bei der Schöneberger Polizei gemeldet. Der Schwindler ist etwa 30 Jahre alt, von mittlerer, schlanker Statur, hat besonders volles Haar, blonden Schnurrbart. Er trug ein sogenanntes Lüsterjackett, weißen Stehkragen und rote Strawatte, jedoch, wie oben bemerkt, keine Kopfbedeckung.

Die Geschädigten, die einem wildtötenden Manne ihr Geld übergaben, scheinen nicht gerade mit allzu großer Intelligenz versehen zu sein.

### Rixdorf.

Einen Selbstmordversuch verübte in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag der der Unterschlagung von Parteigelde beschuldigte und flüchtige Maschinenarbeiter Richard Spann. Auf offener Straße vor dem Hause Barthestr. 56/57 schoß er sich mit einem Revolver eine Kugel in die Schläfe, so daß er beunruhigend zusammenbrach. Er wurde in bedenklichen Zustände nach dem Rixdorfer städtischen Krankenhaus in Budow gebracht. Bald nach Einlieferung ins Krankenhaus ist Spann verstorben.

Der Rixdorfer Stadtrat Leyke ist in Müddroy, wo er sich zur Kur aufhielt, plötzlich gestorben. Leyke gehörte seit 1892 der Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung an und wurde im Jahre 1902 zum unbedingten Stadtrat gewählt.

Der Volkshildegarten in der Richardstraße erstreckt sich eines so regen Zuspruchs, daß, wie und berichtet wird, der freiwillige Erziehungsbeirat entschlossen ist, einen weiteren Kindergarten in der Nähe der Hermannstraße oder des Tempelhofer Feldes zu errichten. Leider haben sich trotz aller Bemühungen noch keine geeigneten Räume gefunden.

### Wilmersdorf.

Die Generalversammlung des Wahlvereins tagte am Dienstag, den 26. d. M., im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112. Der Vorsitzende teilte mit, daß Grünberg aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Ein Antrag, auch in der Mitgliederversammlung die Beiträge entgegenzunehmen, wurde abgelehnt, dafür den größeren Bezirken empfohlen, neben dem Bezirksführer noch einen Kassierer zu wählen. Hierauf hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Stülcken seinen Vortrag über „Politische Ausblicke“. Redner schilderte die politische Lage in Europa und speziell in Deutschland und kam auch auf die Budgetabstimmung in Baden zu sprechen. Als der Redner dabei die Zustimmung zum Budget stark kritisierte und das Verhalten der badischen Landtagsabgeordneten scharf verurteilte, wurde ihm lauter Beifall gesendet. In der Diskussion sprach der Genosse Gentsche dafür, daß man die badischen Landtagsabgeordneten aus der Partei ausschließen solle, da man in der Partei und auch in den Gewerkschaften bei Disziplinbrüchen gewöhnlicher Parteigenossen nicht viel Federlesens mache. Genosse Harder wendete sich gleichfalls scharf gegen das Verhalten der badischen Landtagsfraktion und sprach die Erwartung aus, daß der Parteitag mit dieser Sache hoffentlich nicht zu viel Zeit vergeude, da noch sehr viel wichtige Punkte auf der Tagesordnung ständen. Beide Redner fanden lebhafteste Zustimmung in der Versammlung. Genosse Schröder verteidigte, teilweise unter heftigem Widerspruch der Versammlung die Haltung der badischen Landtagsfraktion. Da noch eine ganze Anzahl Redner auf der Rednerliste standen, wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und soll am nächsten Dienstag eine neue Versammlung sich mit dieser Sache beschäftigen. Hierauf berichtet der Vorsitzende von den Verhandlungen mit dem Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands organisiertem Gastwirten. Genosse Niebel stellt den Antrag, bei den Gastwirten anzufragen, ob sie sich mit den Ausföhrungen ihres ersten Vorsitzenden solidarisch erklären. Dieses wird einstimmig angenommen. Genosse Schröder gab hierauf den Bericht des Vorstandes für das vergangene halbe Jahr. Der Gesamtverdienst wurde dann einstimmig wiedergeprüft. Mitgeteilt wurde, daß am 1. August im Viktoria-Garten eine öffentliche Versammlung stattfindet, die sich mit der Ausdehnung der Sonntagsschließung beschäftigt. Die Parteigenossen werden gebeten, für regen Besuch Sorge zu tragen.

### Groß-Ziethersfelde.

Der hiesige Wahlverein hielt seine ordentliche Generalversammlung am 26. d. M. im Lokal Wahrendorf ab. Nach dem Geschäftsbericht fanden in verfloffenen Halbjahre 3 öffentliche und 6 Mitgliederversammlungen statt. Außerdem wurde ein Kunstabend veranstaltet. Der Vorstand erledigte die Geschäfte in 12 Sitzungen, davon 3 mit sämtlichen Funktionären. Dem Verein gehörten am 30. Juni 310 männliche und 56 weibliche Mitglieder an, dies bedeutet eine Zunahme von 71 Mitgliedern. Vom Vorstand wurde das laue, interesselose Verhalten des größten Teiles der Mitglieder gerügt und dieselben energisch aufgefordert, kräftig mitzuarbeiten und die Funktionäre zu unterstützen. Nach dem Kassierenbericht betragen die Einnahmen 231,20 M., die Ausgaben 332,50 M., davon wurden dem Kreis 119,20 M. zugeführt, mithin ein Defizit von 60,20 M. Ein Bestand war am Anfang des Jahres nicht vorhanden. Der Kassierer bemerkt, daß das Defizit hauptsächlich durch den Kunstabend verursacht ist, welcher nicht genügend von den Genossen besucht wurde. In der Diskussion wurde trotzdem verlangt, die Kunstveranstaltungen fortzusetzen. Dem Bericht des Bildungsausschusses ist zu entnehmen, daß sechs Sitzungen stattfanden, davon drei der Jugendorganisation gewidmet. Die Genossen werden aufgefordert, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter derselben zuzuführen. Amelungen nimmt Richard Wieneke, Ringstr. 18, entgegen. Der neu gewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vors. E. Schindler, 2. Vors. H. Wieneke, Kassierer E. Walfo, Schriftführer W. Träger, Beisitzer Frau Osburg. In Bezirksführern wurde eine Anzahl Genossen gewählt, für sechs Bezirke mußte die Wahl zurückgestellt werden, ebenfalls die Wahl der Lokalkommission, weil sich keiner der Anwesenden bereit erklärte, einen Posten anzunehmen. Zum Bibliothekar wurde Genosse Wenzel bestimmt. Eine rege Debatte entspann sich wegen der geplanten Erhöhung des Parteibeitrags. Dagegen sprachen die Genossen E. Pints, Osburg, Tiffat, Rang und Schönweiser; dafür Biège, Laban und Wieneke. Die Versammlung wurde auf Dienstag, den 2. August, vertagt.

### Steglitz-Friedenau.

Das Volksfest für Steglitz und Friedenau findet am Sonntag, den 7. August, nachmittags von 3 Uhr an im „Virkenswäldchen“, Steglitz, Schützenstraße, Ede Chausseestrasse, statt. Eintrittskarten zum Preise von 25 Pf. sind in den Bezirkslokals, sowie bei den Bezirksführern zu haben. Diejenigen Genossen, welche sich an dem Tage als Ordner auf zwei Stunden zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, zu einer Besprechung am Sonntag, den 31. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Virkenswäldchen“ zu erscheinen.

### Brig-Budow.

Aus der Organisation. Wie auch am hiesigen Orte unsere Sache im Vormarsch begriffen ist, das zeigt deutlich der Geschäftsbericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins im verfloffenen Halbjahr, der in der Generalversammlung am 19. resp. 26. d. M. gegeben wurde. Danach fanden statt: 12 Vorstandssitzungen (davon vier engere), 4 Vereinsversammlungen, 7 öffentliche Versammlungen (davon zwei in Budow), 12 Flugblatt- und 4 Handzettelverbreitungen, 1 Konsumentenversammlung des Käufervereins „Brig“, 1 Landtagswahlversammlung, die Kaiserin und zweimalige Gemeindevahl in Brig sowie in Budow. In letzteren Orten gelang es, unseren

Kandidaten zum ersten Male durchzubringen, während wir in Brig ein Mandat behaupteten und zwei neue eroberten. Die Mitgliederzahl stieg von 290 auf 326, eine Zahl, die noch nie in Brig erreicht worden ist. Auch die Zahl der „Vorwärts“-Abonnement stieg von 354 auf 420 und hoffen wir im nächsten Geschäftsjahr diese Zahl erheblich zu vergrößern. Die Einnahmen des Vereinskassierers betragen 684,48 M., die Ausgaben 622,00 M., so daß ein Bestand von 61,88 M. vorhanden ist. Die Benutzung der Bibliothek ließ leider zu wünschen übrig, dieselbe wurde nur 47 mal benutzt. Eine rege Debatte schloß sich an den Bericht der Lokalkommission. Der Besitzer des Lokals „Landhaus“ hat es für nötig befunden, den Besitz der Lokals „Landhaus“ hat es für nötig befunden, den freien Turnern sein Lokal zu kündigen, angeblich weil seine Lokaltäten bei den Übungen zu sehr ruiniert würden. Dann soll sich derselbe auch Klagen erlauben, die aber nicht genügend geflärt werden konnten. Die Lokalkommission konnte, da ihr irgend welche Mitteilungen über das Vorwärts nicht zugegangen, keine Schritte unternehmen. Aus dem Bericht der Gemeindevertreter ist hervorzuheben, daß unsere Vertreter in allen Kommissionen, ausgenommen, wie in Preußen selbstverständlich, die Schul- und Armenkommission, vertreten sind. Aus dem verlesenen Bericht des Schulrates Sanitätsrats Dr. Wachsen ging die beschämende Tatsache hervor, daß von 24 Kindern, die für den Aufenthalt in einer Ferienkolonie unbedingt in Frage kamen, im Höchstfall fünf dieser Wohlthat teilhaftig werden konnten, da die Gemeinde nicht genügend Mittel dafür übrig hat und das Geld lieber für anderen Klimm auf die Straße wirft, wie das letzthin am 3. Juli aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der freiwilligen Feuerwehr der Fall gewesen, wo 1000 M. zum Bekleben der Straßen mit bunten Zappeln bewilligt wurden. Gegen die Genossen A. Albrecht, E. Klein und Reed beschloß die Versammlung das Ausschlußverfahren aus der Partei in die Wege zu leiten. Die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre ergab folgendes: Kopf erster, Tiefte zweiter Vorsitzender, Ahrens Kassierer, Lehmann Schriftführer, Frau Ahrens, Beisitzerin; Revisoren: Wenzelmann, Kocsmarek, Friedrich; Bibliothekskommission: Engelmann, Küger, Koch, A. Abendroth; Lokalkommission: Ernst, Ahrens, Sandmann; Kinderkommission: Frau Rowad. Als Revisor des Kreises wurde beschlossen, den Genossen Weinmann vorzuschlagen. Am kommenden Sonntag, den 31. Juli, veranstaltet der Wahlverein eine Dampferpartie mit Russl. Billets sind noch bis Sonnabend bei den Bezirksführern, in den mit Plakaten belegten Geschäften sowie im Konsum, Werder, Ede Rungiusstraße, zu haben.

### Reinickendorf-Ost.

Der Bezirkswahlverein Reinickendorf-Ost hielt am Dienstag, den 26. d. M., seine fällige Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse A. Domnik über „Die Aufgaben des Parteitags in Radeburg“ referierte. Redner verurteilt aufs Schärfste das Verhalten der badischen Abgeordneten, die für das Budget gestimmt haben. Die Zustimmung ist ein schwerer Disziplinbruch, wie ihn die Partei noch nicht zu verzeichnen habe. Derselbe wäre von den badischen Genossen bewußt geübt worden und bereite der Partei in der überaus günstigen Situation Ungelegenheiten und störe die Einheit der Partei. Er erwarte von den Delegierten des Radeburger Parteitags die allerschärfste Zurückweisung der Disziplinbrecher, um ähnliche Fälle zu verhüten. Der Referent begrüßt mit Freuden, daß die Wahlrechts- sowie die Konsumgenossenschaftsfrage auf dem Parteitag zur Verhandlung kommen. Der Wahlrechtsfrage deshalb, damit uns neue Mittel und Wege gegeben werden, um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen. Der Genossenschaftsbewegung würde ein neuer Impuls gegeben, wenn der Neutralitätsgebote ihr genommen würde. In der Diskussion über das Referat wie über den Bericht von der Kreisgeneralversammlung und deren Beschlüsse sprachen sich alle Redner im Sinne der Referenten aus. Die gefaßten Beschlüsse wurden gutgeheißen.

### Weißensee.

Eine Verkehrsverbindung mit Hohen-Schönhausen will ein Projekt schaffen, welches von Gemeindegewegen angeführt werden soll. Betrieben soll die Strecke elektrisch werden mit Kraft vom Gemeindegewerbe. Eine Verbindung nach dem neuen Friedhof, welcher drei Kilometer von der Grenze, dicht an Falkenberg liegt, muß ohnehin geschaffen werden und soll bei dieser Gelegenheit die Strecke so verlegt werden, daß die Bahn Hohen-Schönhausen berührt und eventuell nach Ahrensfelde und Falkenberg. Nun ist die Trace so gedacht, daß sie von der Ecke der Berliner Straße die Falkenberger Straße hinaufführt, an einer Straße in der Nähe des Säuglingskrankenhauses abbiegt und direkt auf Hohen-Schönhausen zuführt. Von hier nach Ahrensfelde und zurück nach Falkenberg wieder in die Falkenberger Straße bis zum Eingang zur Straße nach dem Friedhof, so daß bevor man zum Friedhof gelangt, erst drei Ortsteile berührt werden. Einen Jahnplennig-Tarif will man nicht einführen, da mit diesem Preise eine Rentabilität nicht gewahrt ist. Unter keinen Umständen können unsere Gemeindevertreter diesem Projekt zustimmen, wenn nicht eine direkte Verbindung mit dem Friedhofe und der Jahnplennig-Tarif gewährleistet wird. Vom Herzen des Ortes liegt der neue Friedhof zirka 6 bis 7 Kilometer entfernt, man muß außerdem zwei Bahnen benutzen, die Große Berliner und eventuell die Gemeindegewerbe, außerdem noch eine Rundreise durch Ortsteile, in denen man nicht zu suchen hat. Unter solchen Umständen wird das Projekt auch von bürgerlicher Seite keine Anerkennung finden.

### Neuenhagen (Ostbahn).

Die letzte Gemeindevortretung fand schon im neuen, in räumlicher Beziehung allen Anforderungen genügenden Sitzungssaal statt. Zunächst führte der Gemeindevorsteher den vom Landrat beauftragten und vereideten Schöffen, Herrn Ritterbart in sein Amt ein; die dadurch notwendig gewordene Ertragwahl für das Mandat in der zweiten Klasse findet innerhalb sechs Wochen statt. Die Aufstellung von im südwestlichen Teil unserer Gemarckung gelegenen Wegeparzellen wurde bis zur Verwirklichung des noch fehlenden Katastermaterials zurückgestellt. Dem Antrage Kassubers und Genossen wegen Pflasterung der Schmidtstraße konnte nicht stattgegeben werden, weil noch nicht 75 Proz. der Anlieger sich bereit erklärt haben, die Pflasterkosten zu hinterlegen. Ein Vaugebot in gegenannter Straße wurde unter den bekannten Bedingungen genehmigt. Außerordentlich schnell wurden die mit dem Kreis gepflogenen Verhandlungen zum Abschluß gebracht. Der vorliegende Vertrag wurde mit 9 Stimmen angenommen; danach erhält die Gemeinde Neuenhagen für Uebernahme von Teilen der in ihrem Bezirk gelegenen Kreisbauern eine Abfindungssumme von 42 770 M. und zur Unterhaltung der noch nicht fruchtbarlich auszubauenden Teile von Chausseen 24 064 M., insgesamt 66 834 M. Merkblätter über schädliche Wirkungen des Alkohols sind den Lehrern und Behörden zur Verteilung zu überweisen.

### Schwargendorf.

Die am Dienstag, den 26. d. M., im Restaurant „Wirtshaus Schwargendorf“ stattgefunden, gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Geschäftsbericht entgegen. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im verfloffenen Halbjahr von 100 auf 114 stieg, darunter 12 weibliche. Der Kassierenbericht zeigt eine Gesamtsumme von 218,10, eine Gesamtsumme von 186,71, so daß am Ort ein Bestand von 31,39 M. verbleibt. Die Kassierer brachte zirka 68 M. Ueberschuß. Bei der Gemeindevahl, bei der wir unseren ersten Vertreter ins Dorparlament entsenden konnten, hatten wir eine Ausgabe von 90,25 M., eine Einnahme von 66,70 M., so daß ein Defizit von 23,55 M. verbleibt. Die Bibliothek umfaßt 102 Bücher, doch ist die Benutzung derselben noch zu gering, es wurden im letzten Halbjahr nur 23 Bücher ausgeliehen. Die Abonnementzahl des „Vorwärts“ stieg auf 187. Auf Antrag des Vorstandes wurden folgende Genossen wegen restierender Beiträge in der Mitgliederliste gestrichen: G. Strobel, W. Weber, K. Döbberghal, A. Geysh, B. Woda,

B. Wiese, B. Aufhaus, D. Schüler, A. Gornegle, Röner, Witt, Lemm, Mevide, Kapsh, Glaser Reumann. Die Reuwahl des Vorsitzenden hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender M. Waule; 2. Vorsitzender: W. Weiger; Kassierer: Cullmann; Beisitzer: Lehmann; Bibliothekar: Rigschle; Revisoren: Praash, V. Spring; Lokalkommission: Gerhardt; Zeitungspediteur: Kaminsky.

### Norwales.

Aus der Gemeindevortretung. Zum Vorsitzenden des zu errichtenden Gewerbegerichts wurde in der letzten Gemeindevortretung Bürgermeister Winkelmann und als dessen Stellvertreter Gemeindevorsteher a. D. Objt gewählt. Der vorgelegte Kostenverteilungsplan für die Pflasterung des Fußsteiges in der Hufarenstraße wurde von der Vertretung genehmigt; danach betragen die Kosten 1728 M., wovon die Anlieger 50 Proz. aufzubringen haben.

Von der Regierung wird von der Gemeinde die Vornahme periodischer Wasseruntersuchungen zur Hebertwachung der Wirkungsweise der Kläranlagen verlangt. Die Vertretung beschließt, diese Arbeiten dem Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg zu übertragen. Die chemische Untersuchung erfolgt mindestens zweimal im Jahre und sind für jede eingefandte Probe 20 M. Untersuchungskosten zu zahlen.

Flarer Schlund hat nunmehr sein auf Kosten der Allgemeinheit gebautes prächtiges neues Pfarrhaus bezogen und ist das alte Pfarrhaus am Weichem-Kirchplatz der Gemeinde übergeben worden. Dasselbe soll abgebrochen und der freierwerbende Platz mit gärtnerischen Anlagen versehen werden.

Dem Antrage auf Herstellung einer Regenrohrleitung von der Kleiststraße bis zur Ruhe unter Benutzung der Großbeerenstraße, des Lühnerplatzes und des Weichem-Kirchplatzes, deren Kosten auf 30 000 M. veranschlagt sind, gab die Vertretung ihre Zustimmung, um den in diesen Straßen und Plätzen bei Regengüssen und Schneeschmelzen sich ansammelnden Wassermassen einen besseren Abfluß zu gewähren. Die Aufnahme einer neuen Anleihe für diesen Zweck ist nicht nötig, da bei dem mSchmiasialbau nach den bisherigen Ausschreibungsbedingungen mit Bestimmtheit eine Ersparnis von 30 000 M. zu erwarten ist, welche zu obigem Zwecke verwendet werden kann. Es ist geplant, nach Höherlegung des Eisenbahnskörpers auch die Priesterstraße und die angrenzenden Straßenteile an diese Leitung anzuschließen.

Die Ueberlastung des Steuerbureaus infolge der neuen Steuern und die Arbeiten für das neu zu errichtende Gewerbegericht machen die Schaffung einer neuen Assistentenstelle nötig; dem angestellten Beamten sollen auch die Arbeiten des Wahlbureaus, welche bisher vom Steuerbureau erledigt wurden, sowie die Bearbeitung der Volkszählung und andere kleinere Arbeiten übertragen werden. Die Vertretung erklärt ihr Einverständnis hiermit.

Biel Kopfschmerzen scheint der Gemeindevorkaltung das Projekt der Umwandlung der Reiterstraße in eine Fortbildungsschule, die jetzt eine nebenamtliche ist, in eine hauptamtliche Direktorstelle zu machen; nachdem dieser Antrag bereits auf der Tagesordnung der vorigen Sitzung stand, vom Bürgermeister aber zurückgezogen wurde, erklärt er diesmal das gleiche Schicksal, weil die mit den Vorarbeiten beauftragte Kommission dieselben noch nicht zu Ende geführt hat. Hoffentlich führt diese Verzögerung zu einem für das Gedeihen und den notwendigen weiteren Ausbau der Fortbildungsschule erspriechlichen Beschlusse.

### Falkenhagen-Seegefeld.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins war sehr gut besucht. Nach dem Vorstandsbericht zählt der Verein jetzt 55 Mitglieder, davon 7 weibliche. Abonnenten des „Vorwärts“ sind leider nur 42 vorhanden. Infolge des immer noch andauernden Soalmangels für Versammlungen wurden drei öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel im Dorfjahr abgehalten. Außer der „Fadel“-Vertretung wurden alle Bezirke mit zusammen 3500 Flugblättern belegt. Vom Herbst ab werden Lesende stattfinden. Als Bezirksführer wurden sieben Genossen beauftragt. Zur bevorstehenden Kreisgeneralversammlung entspann sich eine lebhaftige Diskussion, in welcher u. a. der Disziplinbruch der badischen Abgeordneten scharf verurteilt wurde, der von Spanbau angenommene Antrag auf Ausschluß der Beteiligten aber keine Befürworter fand. Ein Antrag, die Ortschaften Dalgow, Ren-Düberitz und Hohenbeck dem Gebiet unseres Wahlvereins anzugliedern, wurde als verfrüht abgelehnt. Zum Vertreter für die Kreisgeneralversammlung wurde Genosse Reines gewählt. Zum Schluß wurde über die Lokalsfrage debattiert. Die neu gewählte örtliche Lokalkommission soll Vorschläge machen, um einen Saal für die Partei zu erkämpfen. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß eine lebhaftere Parteitätigkeit am Orte einsehen wird.

### Jugendveranstaltungen.

Kreis Jugendorganisation Berlin, Abteilung 21. Sonntag, den 31. Juli, Nachmittagsausflug nach der Königsheide. Abfahrt 10 Uhr, Treffpunkt nachmittags 2 Uhr Schließliches Tor (Uranianstraße). Gäste sehr willkommen.

Steglitz. Am Sonnabend, den 30. Juli, wird von der freien Jugendorganisation Steglitz und Umgebung eine Nachpartie nach den Radeburger Kalkbergen veranstaltet. Treffpunkt abends 9 Uhr Kaiserliche. Abfahrt von Oberstraße. Fahrgehd und Schlafgeld 1,15 M.

Wilmersdorf. Sonntag, den 31. Juli, finden für die Jugendlichen im Gemeinwald Baldpfeils statt. Treffpunkt um 3 Uhr bei Sasse, Brandenburgische Str. 100.

Bei schlechtem Wetter ab 4 Uhr in genanntem Lokal Unterhaltungs-spiele usw. Der Jugendausflug.

Schöneberg. Am Sonntag, den 30. Juli, findet ein Ausflug vom Jugendausflug statt. Abfahrt nachmittags 2 Uhr Bahnhof Oberstraße nach Eichkamp. Erwachsene können ebenfalls teilnehmen, alle Jugendlichen müssen unbedingt erscheinen.

Zentralverband der freien Händler, Kaufleute und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Sitz Essen. Verwaltungsstelle Berlin, Bezirk II Kordien. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung bei Veitch, Pappelallee 80. Gäste willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Carl Singer) ist soeben das 44. Heft des 2. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Der Kampf gegen die Monarchie. — Der Zustand in Baden. Von A. Kautsky. — Die Theorie und die Praxis. Von Rosa Luxemburg. (Schluß). — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Algernon Lee. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: Wagnin Anin, Die Nationalitätenprobleme der Gegenwart. Von M. N. Dr. A. Broda und Dr. Paul Deutsch. Das moderne Proletariat. Eine sozialpsychologische Studie. Von Therese Schleginger. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Reisporetzen zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann die Hälfte bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern liegen jedersell zur Verfügung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 16 hat u. a. folgenden Inhalt: Ein Sieg des Rechts. — Die politischen Parteien. Das Zentrum (Schluß). Von J. Vorardt. — Vom gefunden und tranken Herzen. (Maleriet). Von S. Druzer. — Das wirtschaftliche Programm der freien Jugendbewegung. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Der Kampf um die Jugend im Kaiserlichen Weimar usw. — Zeilagen: Die Alten an die Jungen. Gedicht von A. Peterßen. — Es lebe die Freiheit! Erzählung aus dem Moskauer Revolutionskampf. Von Dimitriew. — Der Große sieht den Kleinen. III. Der ganz Große. Von S. Löffler. — Ein Indianerjugend. Von E. Fahnenwald. (Maleriet). — Wander- und Reiseportraits. Von B. St. — Vom Begeh der Schwärze im sprachlichen Ausdruck. Von M. Franz. — Mit Gedicht von Lieblich Eider. — Gerechte Entrüstung. Erzählung.

Erinnerungen. Ein Beitrag zu der Geschichte der literarischen Arbeiterbewegung vom Reichstagsabgeordneten Genossen Josef Hannich. Preis 50 Heller. Norddeutsche Volksstimme, Wandsbeck (Bergedorf). Die Zuphllübebehandlung mit dem Grlsch-Gutschen Mittel. Zusammenstellung der hiesigen Erfahrungen von Dr. Johannes Bröckler. Preis 1 M. Verlagsbuchhandlung Carl Neufeld, Halle a. S.



**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vor dem Treppen - Fahrstuhl - wochentags von 4 bis 7 Uhr abends Sonnabends von 4 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterscheidungsbezeichnung anzugeben. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Anfragen tragen man in der Sprechstunde vor.

N. 32. Fragen Sie bei dem Vorstand des Arbeiter-Radfahrervereins Lando, Lindenstraße 8 an. - N. 100. 1. Ohne Ihre Zustimmung ist das umzulassen. 2. Sie können sich auf einen Beitrag mit der Gemeindefürsorge einigen. - Dietrich, Mauerstr. 100. II. Abteilung 9-12, I. Abteilung 1-3, III. Abteilung 3-5. - N. 3. 100. 1. Ja. 2. Nein.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Preis: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Rind- und Kalbfleisch nachgehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr in Mäßen über Bedarf, sonst genügend, Geschäft in Mäßen schleppend, Preise fest. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft reger, Preise hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig.

Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft wenig befriedigend, Preise unwesentlich verändert.

**Witterungsbericht vom 28. Juli 1910, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temper.
Sennende	764	SW	1 heiter	16	Lipavanda	763	SW	wolkig	17
Hamburg	764	SW	2 heiter	15	Peteraburg	747	SW	2 heiter	15
Berlin	765	SW	1 bedeckt	15	Scilly	753	SW	5 wolkig	14
Frankfurt	763	D	1 heiter	14	Aberdeen	750	SW	3 bedeckt	15
München	763	SW	2 heiter	13	Paris	759	SW	3 wolkig	15
Wien	764	SW	1 wolkig	17					

Wetterprognose für Freitag, den 29. Juli 1910.  
Etwas wärmer, ziemlich heiter bei meist schwachen südöstlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27. 7.	am 28. 7.	Wasserstand	am 27. 7.	am 28. 7.
Remel, Elbe	98	98	Saale, Großh.	124	124
Regel, Unterburg	21	21	Gabel, Spandau	44	44
Siegel, Thorn	128	128	Mathenow	86	86
der, Ratibor	242	242	Spre, Spremberg	—	—
Kroffen	213	213	Breslau	68	68
Frankfurt	223	223	Beyer, Rindon	30	30
Wartbe, Schrumm	44	44	Rindon	98	98
Landberg	25	25	Rhein, Magdeburg	606	606
Rehe, Nordam	6	6	Raub	400	400
Elbe, Peitzberg	35	35	Röben	489	489
Preußen	90	90	Redar, Heilbronn	106	106
Parba	192	192	Rain, Bertheln	180	180
Wagdeburg	164	164	Wojel, Zier	—	—

**Theater und Vergnügungen**

**Freitag, den 29. Juli**  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Königl. Opern-Theater.  
Abergold.  
Deutsches. Dorothea Rettung.  
Kammerstücke. Liebeswälder.  
Leitung. Kaspernluft.  
Komische Oper. Der Regimentskapitän.  
Neues Schauspielhaus. Der Rieger.  
Alteins. Nur ein Traum. (Anfang 7,9 Uhr.)  
Berliner. Taifun.  
Neues Operetten-Theater. Der Graf von Luxemburg.  
Thalia. Carl'sche Tante.  
Festel. Dem gehört Helena?  
Spul. (Anfang 8,7 Uhr.)  
Schiller. O. (Wälder. Theater.)  
Waldmädchen von Schöneberg.  
Schiller. Charlotteburg. Die von Hochstetel.  
Wife. Der Seeladell.  
Süßmilchhaus. Das Leutnantsmündel.  
Metropol. Hullo!! - Die große Revue.  
Folies Caprice. Die böse 13.  
Die keusche ToINETTE. - Der Wälder. - Pariser Ehen. - (Anfang 8,7 Uhr.)  
Wolke. Atricia.  
Puhlmann. Berliner in Japan.  
Wolke. Spezialitäten.  
Vasage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Winter Tymian.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Karl Faberland. Spezialitäten.  
Prater. Schützenlied.  
Urania. Tausendfüßler 4/4/49.  
Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen.  
Sternmarke. Anhaltstr. 57-62.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wälder-Theater.)  
Gottschald-Oper.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
In vollständigen Preisen:  
Das Milchmädchen aus Schöneberg.  
Voll mit Gesang von W. Manfald.  
Ende gegen 11 Uhr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
In vollständigen Preisen:  
Das Milchmädchen aus Schöneberg.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Die Insel Rügen.**

**Passage-Panoptikum.**  
Die zusammengewachsenen  
**Schwestern Blazek**  
und ihr Kind.  
Von 11-1 Uhr mittags  
u. von 8-10 Uhr abends zu sehen.  
Kein Extra-Entrée!  
Nur wenige Tage!  
Eintritt 50 Pf., Kinder und  
Soldaten 25 Pf.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Der größte Theatererfolg  
Berlins  
der spanische  
**Caruso**  
Senor Orduna,  
der stimmgewaltigste Tenor,  
der je gehört wurde,  
u. das große Juli-Programm.

**Metropol-Theater**  
Hullo!!!  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**WINTERGARTEN**  
Seison-Schluss: 31. Juli 1910.  
Letzte Woche!  
**La Tortajada**  
in ihrer neuesten Schöpfung:  
„Abenteuer eines Toreros“.  
**De Dio**  
Phantasie-Tänzerin  
**Amann**  
Mimiker und Charakteristiker  
sowie  
die sensationellen Attraktionen  
des Juli-Programms!

**Apollo**  
Theater  
Abends 8 Uhr: Das Programm der  
großen Spezialitäten. 9,7 Uhr:  
Klassische Tänzerinnen  
vom königl. bairischen Hofset  
5 Beant's Korinnas 5.  
9,7 Uhr:  
Schimpanse - Orang-Utang  
als Tandemfahrer  
u. u. u.

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo  
Wallerstein und Ludwig Keller.  
Ende nach 10 Uhr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Am Park täglich Doppel-Konzert.  
Eintritt: 10-4 Uhr 1 R., v. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert 6 R.

**CIRCUS**  
Cyrill Halle  
Das Monstrum aller europäischen Zirkusse  
Berlin, Potsdamer Str.,  
früherer alter Botan. Garten.  
Tel. Amt 6, 129.  
Sonnabend, 30. Juli,  
abends 8,7 Uhr:  
**Gr. Gala-Premiere**  
mit allen Weltschlagern.  
Vorverkauf: A. Wertheim,  
Leipziger Straße.

**Königstadt-Kasino.**  
Polamarktstr. 72. Offe Mecklenburger.  
(Inhaber: Max Schindelhauer.)  
Am herrlichen Naturgarten (bei un-  
günstiger Witterung im Theateraal).  
Täglich: „Hund, Konjakt“ aus Hof-  
hama 7 7 7 Wälder, bester Ent-  
sehlungsstänkt, u. w. Goldschmied's  
Töchterlein, Solist m. Ges. in 1 Akt.  
Anfang wochent 7,7. Sonnt. 5 Uhr.

**Luna-Park**  
TERRASSEN  
HALENSEE  
Größter Vergnügungspark  
des Kontinents.  
Täglich: Sensationelle Attraktionen, Translaten-  
und Militär-Orchester. - Eintrittspreis 50 Pf.  
Demnächst: **Tanagra**, das achte Weltwunder.  
Sonnabend,  
den 30. Juli: **Gala-Tag**. 6 Kapellen.

**„Pharus-Sommer-Theater“**  
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.  
Berlin N., Müllerstr. 142.  
Täglich: Im herrlichen Naturgarten, bei Regen im Theatersaal:  
**Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung**  
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.  
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 6 Uhr.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungünstiger Witterung  
Schny für 2000 Personen. - Täglich:  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Aufstehen der  
besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolds.  
The 3 Blackburns, phänomenaler Vuffsteiter-Mit. Gr. Lachertolg:  
Gustav Looser Comp. Sensations- u. Pantomime, ein Spaß in  
einer holländischen Waldhansell. - Duett Krill und Gustav  
Haller, Original-Quartetten  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägern und des  
neue beste Programm Berlins. -  
Jeden Sonntag: **Riesen - Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 8 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten  
Louise und Walther Diez.

**Sozialdem. Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis**  
Sonnabend, den 30. Juli 1910:  
**Großes Sommerfest**  
in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide 108-114  
bestehend aus 208/4  
Konzert, Spezialitäten-Vorstellung, turnerischen Aufführungen, Gesangsvorträgen  
vom Männerchor der Handels- und Transportarbeiter (Mitgl. des A.-S.-B.),  
Feuerwerk, Marionetten-Theater und Fackelpolnaisse.  
Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.  
Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon zur Stocklaterna gratis.  
Kasseneröffnung 3 Uhr. Anfang des Konzerts 5 Uhr.  
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.  
Von 7 Uhr an **Großer Festball.** Herren, die daran teilnehmen,  
zahlen 50 Pf. nach.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

**Ausstellungshalle am Zoo.**  
Täglich (Anfang 8 Uhr):  
Kinematographische Vorführungen.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Morz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 933.  
Lebende Photographien.  
Während der Sommermonate nur  
Sonnabend, Sonntag u. Montag.  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Umf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Preis wech. Prog. Jed.  
Sonnt. 1. Oberjaal: Künstlerkonzert.  
Entrée 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.  
Täglich: Freikonzert.

**Folies Caprice**  
Anfang 8,7 Uhr. Ende 10,7 Uhr.  
**Die böse 13.**  
**Die keusche ToINETTE.**  
**Der Athlet.**  
**Pariser Ehen.**

**Herrnfeld**  
Theater  
Sonnabend, den 30.: Wiedereröffnung.  
Die größten Schläger  
der letzten Saison:  
**Die Welt geht unter!** und  
**Wenn zwei daselbe tun**  
mit Anton und Donat Herrnfeld.  
Billetvorverkauf täglich 11-2 Uhr.

**BBB**  
Brunnenstraße 16.  
Das größte Kino-  
Theater Berlins.  
Neues Programm.  
Eintritt 30 Pf.

**Voigt-Theater**  
Geleindbrannen Babstr. 58.  
Freitag, den 29. Juli:  
7,8 Uhr **Bineta.** 7,8 Uhr  
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang  
und Tanz in 3 Akten von D. Schula.  
Das glänzende Juli-Programm.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4,7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Gastspiel  
**Winter**  
**Tymian**  
mit seiner berühmten  
Herrn-Gesellschaft  
Anf. wochent. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Montag, d. 1. 8.:  
Wiederbeginn der  
Solren der  
Stettiner Sänger.

**Volksgarten-Theater**  
früher Weimann.  
Babstr. 8. Behm u. Bellermannstraße.  
Täglich: Konzert, Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue  
Kieser-Zustuprog. Zur Auffüh. gel.:  
**Der Goldentel.** Lebensbild mit  
Gesang u. Tanz in 3 Akten v. R. Fimar.  
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Fouror.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Täglich:  
**Konzert, Theater,**  
**Spezialitäten.**

**Schweizer Garten**  
Am Königstor - Am Friedriehshain.  
Täglich:  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Abend 7,10 Uhr:  
**Berliner Herzen.**  
Vollstück mit Ges. in 2 Akt.  
Volksbelustigungen. Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.

**Puhlmanns Theater**  
Schönh. A. 148 - Kastanien-A. 97/99.  
Wenn ich bin - im Garten!  
Wenn Regen - im Saal!  
Genie ab 9 Uhr:  
**Berliner in Japan.**  
Cigarette u. Reiflingen, Musik v. Ritz.  
Vorher: Die brillantesten neuen  
Spezialitäten.  
Sonnabend und Sonntag:  
**Die Tochter der Hölle.**

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

**Max Kliems Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: Rudolf Krüger.  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,  
Kapellmeister: Max Wolffheim.  
Jeden Donnerstag: **Elito-Tag!**  
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7,5 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Heute Benefiz des ersten Kaffee-  
Herrn Bobenberg:  
**Schützenlied.**  
Spezialitäten, Konzert und Ball.  
Anfang 4,7 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**POSE-THEATER**  
Große Brauhofstr. 122.  
Auf der Gartenbühne:  
**Der Seekadett.**  
Operette in zwei Akten von  
Otto Richter. Musik von G. Sieffens.  
Aufstehen erstklassiger Spezialitäten.  
Großes Gartenkonzert. Anf. 4,7 Uhr.  
Sonntag, 31. Juli, Wiedereröffnung  
des Theaters: Ein feierlicher Hall.

**Sommer-Theater**  
**Café Bellevue**  
am See und  
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.  
Täglich:  
**Spezialitäten**  
**Theater, Konzert.**



